

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Unterstützung für Jugendliche bei der Schaffung von Jugendtreffs

GR. **Hohensinner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hohensinner**: Seit mehr als drei Jahren fordern Jugendliche im Bezirk Gösting ein Jugendzentrum. Mehrere Studien vom Sozial- sowie Jugendamt zeigten den Bedarf auf und unterstrichen die Notwendigkeit eines Jugendtreffpunktes. Jugendliche erarbeiteten gemeinsam ein innovatives Konzept, Stadträtin Tatjana Kaltenbeck–Michl wurde auch mehrmals darüber informiert.

Zwei Jahre ist es nun her und es ist leider bis jetzt nichts passiert, es ist kein Jugendzentrum geschaffen worden, außer enttäuschten Jugendlichen im Bezirk Gösting ist nichts vorhanden, sie sind enttäuscht von Lippenbekenntnissen und Sonntagsreden.

In den letzten Monaten fanden von der Gruppe „Freiraum“ zwei Hausbesetzungen statt. Besonders „laut“ fordern hier aus meiner Sicht radikale junge Menschen ein autonomes Jugendzentrum, indem sie Eigentumsrechte missachten und somit gesetzwidrige Handlungen setzen.

In einem Brief fordert nun die Jugendstadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl die Stadtregierung auf, eine gemeinsame Kraftanstrengung zu vollbringen, um dieses durch Hausbesetzungen geforderte Jugendzentrum zu verwirklichen.

Mit folgenden Fragen wurde ich von Jugendlichen aus dem Bezirk Gösting konfrontiert:

- Werden Jugendliche in unserer Stadt, die gegen Gesetze verstoßen, belohnt?
- Warum werden junge Menschen, die sich konstruktiv für einen längst notwendigen Jugendtreffpunkt einsetzen, ignoriert?

Ich habe die Fragen schlichtweg nicht beantworten können und bin enttäuscht und zornig.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Kann es sein, dass nur den „schreienden“, sich gegen die Rechtsnormen und den sozialen Frieden stellenden Jugendlichen bei der Durchführung und Durchsetzung ihrer Forderung Gehör geschenkt wird und die „leisen“ benachteiligt werden? (Applaus ÖVP).

Bgm. Mag. **Nagl**: Lieber Kurt Hohensinner! Da gebe ich dir gleich eine Antwort, weil ich ja mehrfach damit befasst...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Lieber Herr Gemeinderat Candussi, es geht um ein wichtiges Thema und die Art und Weise, wie da manche Menschen, ich sage schon fuhrwerken dazu, und ich freue mich auf die Diskussion jetzt auch darüber. Weil ich glaube, es war im Juli, als die Hausbesetzung bei der Andrä-Schule stattgefunden hat. Ich habe dort auch einige bekannte Gesichter getroffen, aber ich habe vor allem dort auch Gesichter getroffen, die nicht nur verummt waren, sondern auch als Clowns geschminkt waren, es sind Damen und Herren, mit denen wir dann auch diskutiert haben, weil wir ihnen klargemacht haben, dass Hausbesetzung dort sowieso sinnlos ist, weil es nicht einmal mehr ein städtisches Haus ist. Mittlerweile weiß ich ja auch, dass sie sich die SquatterInnen nennen, abgesehen davon sollte man sich einmal fragen, wo denn dieser Name abgeleitet ist und dann trifft man dort nicht so viele Jugendliche, man trifft schon einige, aber wenn man mich fragt, sind es einige, die da irregeleitet werden von ein paar Herrschaften, mit denen ich nicht

vorhabe, weitere Gespräche zu führen. Mit den jungen Menschen schon und die werden auch eine Antwort kriegen. Aber wenn ich dann dorthin fahre und dort sehr viele Erwachsene auf den Mauern sitzen sehe, wenn ich dann dorthin fahre, dass diese SquatterInnen in schwarzen Uniformen mit Barrett und Clowngesicht mit deutschen Akzenten mir dann Antworten geben, so nach dem Motto, ihr habt eh lauter leerstehende Gebäude, gebt sie gefälligst her. Nicht in dem steirischen Ton, sondern, wie gesagt, mit deutschem Dialekt, dann frage ich mich schon, was läuft denn da in unserer Stadt auf einmal durch deutsche Persönlichkeiten, die da nicht einmal ihre Identität preisgeben, die sich hinter Masken verstecken, was läuft da eigentlich ab? Und dann habe ich damals gleich gesagt, meine lieben Herrschaften, das ist nicht die Art und Weise, wie man sich verhält, wenn man ein Jugendzentrum haben möchte. Das ist ein Verhalten, das niemand an den Tag legen sollte, aber es war noch niemand jemals bei uns vorweg, das heißt, ihr kommt da her, besetzt ein Haus, keiner hat vorher jemals was gehört von euch, jetzt wollt ihr auf einmal was haben. Ist ein politisches Agieren aus meiner Sicht, wer auch immer da alles dahinterstecken möge, aber die Jugendlichen waren dort eher in der Minderheit. Es sei denn, es betrachten sich auch die Personen, die dort waren, noch als sehr jugendlich. Also das hat für mich gar nicht mehr viel mit Jugendpolitik zu tun, das ist das eine, das Zweite ist, ich habe ihnen gleich gesagt, diese Hausbesetzung wird schief gehen, es ist längst verkauft, dann haben wir versucht, auch mit der Polizei einen Sprecher zu finden oder eine Sprecherin, auch dort haben sie mir gleich mitgeteilt, das werden sie bei uns nicht finden, bei uns wird es keinen Ansprechpartner geben. Ich bin jetzt nicht dazu befugt, sie können aber mit mir reden und dann sind sie ins Rathaus gekommen, da haben dann ein paar junge Menschen ihre Wünsche bei mir deponiert und wir haben ausgemacht, dass sie mir auch ein Konzept schicken. Dieses Konzept habe ich bekommen, antworten kann ich ja eh nur auf ein E-Mail mit der Adresse Squatters Graz, das ist dann da so nicht so gegendert, wie es beim handschriftlichen Vermerk ist, und da haben sie aus meiner Sicht dann ein sozialromantisch, nicht durchführbares Konzept geliefert und ich habe auch vor, eine Antwort den Jugendlichen und nicht, den aus meiner Sicht, Verführenden dort zu schreiben. Zunächst einmal möchte ich mich für die Übermittlung des Konzeptes offenes Zentrum Graz bedanken und mein Schreiben gleich vorausschicken, dass ich Engagement in einer Sache oder Einsatz für Ziele sehr begrüße. Die Grenze für Engagement ist aber dort zu setzen, wo in einem

demokratischen Staat in Rechte oder sogar in grundrechtliche Positionen anderer Menschen eingegriffen wird. Genauso wie die Versammlungsfreiheit oder das Recht, seine Meinung frei äußern zu können, ist auch das Eigentumsrecht ein von der Verfassung garantiertes Recht in Österreich. Jede Person hat ein Recht auf Achtung ihres Eigentums, deshalb kann auch kein noch so großer Wunsch nach einem autonomen selbstverwalteten Zentrum den Eingriff ins Eigentumsrecht Dritter rechtfertigen. Deshalb gibt es auch mein dezidiertes Nein zu Hausbesetzungen. Zum Konzept beziehungsweise zur Forderung nach einem Objekt für ein autonomes Zentrum in Graz. Wie Fotos zeigen Statistiken immer nur bestimmte Ausschnitte aus der Wirklichkeit, andere Dinge bleiben im Dunkeln. Wenn in Österreich 8 % der Wohnungen leer stehen, so sagt diese Zahl nichts darüber aus, wie viele Wohnungen in Graz leer stehen. Wenn 16 % der Wohnungen in Großbauten Gebietskörperschaften gehören, das wird alles so behauptet von den Zahlen her, so bleibt mit dieser Zahl im Dunkel, wie viele Wohnungen die Stadt Graz in Großbauten besitzt. Fakt ist, die Stadt Graz hat kein leerstehendes Gebäude, das auch nur annähernd die geforderten Kriterien 600 m² Wohnfläche, Garten allenfalls leicht sanierungsbedürftig, mit Wasser- und Stromanschluss erfüllen könnte. Zum einen liegt das daran, dass es sich die Stadt Graz schon in der Vergangenheit nicht leisten wollte, leer stehende Gebäude in ihrem Besitzstand zu haben, zum anderen hat aber auch die angespannte finanzielle Situation der Stadt Graz und die Bemühungen, bis 2010 wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, dazu geführt, dass Miet- und Objektflächen der Stadt auf das absolut niedrigste notwendige Bedürfnis reduziert wurden. Selbst für den Fall, dass sich ein Leerstand in einem Gebäude, das der Stadt Graz gehört, ergibt, handelt es sich dabei um eine kurzfristige Maßnahme, weil entweder das Objekt neu belegt oder verkauft wird und zwar auch deswegen, weil wir Raum für viele andere Projekte geschaffen haben. Für Schulsanierungen, Kindergartensanierungen, Krabbelstuben und, und, und, dafür wird es gebraucht. Diese Fakten werde ich den Jugendlichen mitteilen, sage aber noch einmal dazu, mir gefällt es gar nicht, wie hier von Menschen agiert wird, vor allem von Menschen, die mit Jugendlichen in dem Sinn, wie wir sie uns jetzt da alle vorstellen, in einem Alter zwischen 15 und vielleicht 25 Jahren da ein Zentrum wollen. Und das wollte ich hier auch gleich einmal anmerken (*Applaus ÖVP*).

StR. **Miedl:** Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Kurt Hohensinner! Ja, es gibt tatsächlich einen Bedarf. Es gibt einen Bedarf von Raum für junge Menschen in dieser Stadt, dieser Bedarf ist jetzt lange Zeit schmachlichst nicht erfüllt worden. Ja, meine Damen und Herren, ich habe heuer im Sommer eine Umfrage unter Schülerinnen und Schülern gemacht, diese Umfrage, Tatjana, du magst lachen, sie ist erfolgt und ich habe einen irrsinnig hohen Rücklauf gehabt. Die Umfrage war anonym, es haben in Summe 2.005 TeilnehmerInnen da mitgetan, 43 % davon waren Frauen, Mädchen, 57 % waren Männer. 75 % dieser Jugendlichen sagen, wir wollen in dieser Stadt mit Freunden etwas unternehmen, 68 % wollen es in Richtung Sport, 53 % wollen Freizeit, Kino in diese Richtung. Aber alle definieren einen Ort, an dem sie sich treffen können. Wie Sie, meine Damen und Herren, und liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, wo sollten sich Jugendliche zur Zeit in unserer Stadt treffen? 47 % in Kinos und ich habe mehrmals darauf hingewiesen, was in diversen Kinos auch unter ganz, ganz jungen Menschen in dieser Stadt, 12/13-Jährigen stattfindet. Der Rest trifft sich auf Sportplätzen, in Tankstellen, meine Damen und Herren, wir haben mehrmals darauf hingewiesen, wie groß die Gefahr ist in Zusammenhang Tankstelle und Alkohol. 17 % der Jugendlichen, wobei gesagt werden muss, hauptsächlich 12- bis 15-Jährige haben geantwortet, in Cafe- und Gasthäusern, 9 %, eine ganz neue Entwicklung, im Einkaufszentrum. Jetzt sage ich, es müsste niemandem unbekannt geblieben sein, was sich da entwickelt hat. Unter den jungen Menschen eine irrsinnig hohe Unzufriedenheit, weil ein Drittel der Befragten sich gerne wo ohne Konsumzwang treffen würde. Und 80 % der Befragten glauben, dass die Stadt am ehesten in der Lage ist, eine solche Einrichtung zu schaffen. Das heißt, wir haben eine hohe Glaubwürdigkeit in dem Bereich. Meine Damen und Herren, und jetzt kommt für mich das eigentlich Frappierende. Es gibt jetzt des Längereren, seit 2005/2006 eine Gruppe in Gösting, die einen solchen Bedarf artikuliert hat. Ganz klare Konzepte vorgestellt hat, mit Namen, mit Unterschrift gesagt haben, ja das bin ich, das sind wir, wir treten ein für ein Jugendzentrum in unserem Bezirk, in unserem Grätzel. Es hat lange gedauert, bis die zuständige Jugendstadträtin mit dieser Gruppe von Menschen überhaupt gesprochen hat. Jugendzentrum haben diese Menschen bis heute keines und jetzt sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, die einen gibt es nicht, die anderen schon, was sich da an Informationen abspielt. Ich habe heute, wirklich heute, unter dem Begriff SquatterInnen ein bisschen gegoogelt und habe mich umgeschaut im Internet und

ich komme dann auf die Grazer HausbesetzerInnen, und jetzt halten Sie sich an, da gibt es einen Leitfaden im Internet, wo Folgendes enthalten ist: Bürobesetzungen, wichtig ist, Informationen darüber zu beschaffen, wie er ins Gebäude kommt, offene Erdgeschossfenster, Notausgänge, Seiteneingänge. Achtet darauf, dass alle den Grundriss des Gebäudes kennen, eine fein gekleidete Person soll zuerst einmal hineingehen und all den anderen die Türe öffnen, ein kleines Stückchen Holz in die Tür legen, damit die Tür nicht richtig schließt und alle hineinkommen. Das Ziel ist es, so viele als möglich daran zu hindern, ihre Arbeit auszuführen in den Büros. Verstopft ihre E-Mails, Fax, Telefon, besonders wenn es umsonst ist, wähle die 0800er - Nummer, das macht extra Arbeit für sie, bringt ihre Bürokratie durcheinander und gibt ihnen das Gefühl, persönlich verantwortlich zu sein. Und, meine Damen und Herren, jetzt kommt es, Beispiele: Setzt Anzeigen für Schnäppchen in der freien Werbung mit der Telefonnummer, produziert billige Flugblätter, die eine wahnsinnige Schnäppchenankündigung mit der Telefonnummer dieser Firma und blockiert sie, wo immer ihr nur könnt. Das ist eine Geschichte, die zweite Geschichte, der Hinweis darauf, das ist ein und dieselbe Gruppe, Carwalking, haben Sie schon einmal was von Carwalking gehört, wissen Sie, was unter Carwalking zu lesen steht? Warum Carwalking, wissen Sie was Carwalking ist? Über das Auto sozusagen hinwegmarschieren, ich werde Ihnen gleich beschreiben, wie die Gruppe das beschreibt: Die Stadt soll Lebensraum sein für Menschen, die dort wohnen. Autos stören nicht nur durch Gestank und Lärm, sondern sie verstopfen auch die Straße und eigentlich ist die Straße auch für uns Menschen. Der erste Schritt, das geht ganz einfach, schreibt man da, lassen Sie sich die Wege nicht einfach nehmen, der erste Schritt auf die Stoßstange, der zweite auf den Rand der Kühlerhaube, Achtung, wenn du auf die Kanten auf der Motorhaube trittst, dann gibt es garantiert Dellen. Da hilft zwar allerdings eine Haftpflichtversicherung, sonst gibt es Ärger wegen der Sachbeschädigung. Einen großen Schritt über die Motorhaube zweitens und dann auf die Windschutzscheibe, dann vorne auf das Autodach, einen lockeren Schritt über das Dach bis hin zur hinteren Dachkante, kann schon sein, dass es dabei plobb macht, aber keine Angst, es macht gleich wieder plobb, damit geht dann die Delle hinaus. Meine Damen und Herren, dann gibt es „Rechtliches und Polizei“ auf dieser Homepage und dann gibt es, für mich besonders beachtenswert, dann gibt es sozusagen Lock-ons, da wird genau erklärt, wie man sich mit Handschellen anfesselt, da wird erklärt, wie man sich Armrohre bastelt, diese Armrohre haben

zweierlei Zweck, zum einen sich anzufesseln und zum anderen dienen sie als Waffe, weil sie sollten so ausgestattet sein, am besten mit einem starken Metallstab in der Mitte eingeschweißt, damit man sich dann entsprechend wehren kann. Das ist diese Gruppe, meine Damen und Herren, von der einige meinen, sie hätten ein besonderes Recht, ein Jugendzentrum zu erhalten von der Stadt. Diese Gruppe hat ein Konzept vorgelegt. In dem Konzept steht vielerlei zu lesen, auch darüber möchte ich Sie ganz kurz informieren. Nämlich in dem Konzept wird darüber geredet, dass man zum Beispiel eine Bibliothek einrichten möchte. Jetzt kenne ich mich in Bibliotheken in der Zwischenzeit relativ gut aus, habe mir gedacht, das interessiert mich, das möchte ich genau hinterfragen. Bibliothek, lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen, diese dient der Lagerung von Büchern, welche vorher gelesen oder ausgeborgt werden können. Meine Damen und Herren, das ist das Bibliothekenkonzept dieser Gruppe. Ich lasse mir das wirklich klasse auf der Zunge zergehen, hätte die Stadt jemals nach einem solchen Konzept gearbeitet, brauche ich sie nicht fragen, wo wir stehen würden. Atelier, das offen zugänglich Atelier soll für alle Interessierten Menschen in jeglicher Weise künstlerisch nutzbar sein. Das ist das Konzept dieser Gruppe, Veranstaltungsräume: In diesen Räumen können Lesungen, Vernissagen, Feiern, Fortbildung und Veranstaltungen diverser Art abgehalten werden. Meine Damen und Herren, wenn Sie das ein Konzept nennen, dann weiß ich nicht, was in Wirklichkeit fachliche Kompetenz dahintersteckt. Meine Damen und Herren, ich kenne mich nicht aus, ich habe nämlich auf Grund dieses Konzeptes, nicht wissend seinerzeit, dass das diese Gruppe ist, per E-Mail geantwortet und E-Mail ist unzustellbar retourniert worden, weil die E-Mail-Adresse in der Zwischenzeit wieder geändert wurde. Meine Damen und Herren, da gibt es also eine anonyme Gruppe, die sich mit Ellbogen und Brachialgewalt durchsetzen will, ich kann Ihnen zu den Nationalitäten der Gruppe ganz genau was sagen, die sich durchsetzen will auf Kosten der anderen, die sich anstellen wollen. Jetzt können sie tun und lassen, was sie wollen, aber eines meine Damen und Herren, sage ich Ihnen mit aller Gewissheit und Bewusstheit: Wir dürfen nicht zulassen, dass die, die am lautesten schreien, zuerst etwas kriegen. Wir müssen zuerst auf die Jugendlichen schauen, die sich anstellen, die Konzepte schreiben, die bekannt sind und wo wir wissen, wo sie wohnen, meine Damen und Herren, alles andere wäre fatal in dieser Stadt. Wenn wir diesem Treiben Vorschub leisten und das zulassen, dann gratuliere ich Ihnen, heute ist es diese Gruppe, morgen sind es dann andere, die alle anderen

überholen, weil sie einfach ganz nicht bereit sind, sich irgendwo einzureihen und einzuordnen. Mit uns, meine Damen und Herren, kann eine solche Art der Jugendpolitik nicht vollzogen werden, das ist mit der ÖVP nicht zu machen, ein für alle Mal (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Jahn**: Herr Bürgermeister! Ich glaube, das Großproblem in dieser Diskussion ist, dass sie da zwei Sachen vermischen, es geht nicht um ein Jugendzentrum, darum geht es nicht...

Zwischenruf GR. Schönegger: Es geht um eine Hausbesetzung.

GRin. **Jahn**: ...natürlich sind bei diesen Leuten, die bei den HausbesetzerInnen dabei waren, auch Menschen von 15 bis 25 dabei, aber auch andere. Natürlich sind junge Menschen bei solchen Aktionen mit dabei, klar, aber es geht um ein offenes Kulturzentrum, das ist der Hintergrund der ganzen Sache. So was in der Art wie das Wiener WUK zum Beispiel. Einrichtungen, wie sie zum Beispiel in Maribor, in Zürich, in Barcelona, in Berlin, in unzähligen anderen Städten existieren und das was Sie da als Sozialromantik bezeichnen, das finde ich schon komisch, dass das in anderen Städten und Ländern überhaupt nicht so empfunden wird und dass das dort einfach gemacht wird. Also, auch in Wien zum Beispiel, also da muss ich schon sagen, es handelt sich hier um eine Vermengung von zwei unterschiedlichen Themen. Ich unterstütze das Anliegen der ÖVP, die ja da gearbeitet hat Richtung Jugendzentrum in Gösting, das muss man sich anschauen, wie der Bedarf ist, wir haben einzelne Bezirke in Graz, wo Jugendeinrichtungen noch gebraucht werden, nur da muss man eben schauen, was die geeignete Form ist, also das müsste man einmal in einem Ausschuss wirklich gescheit diskutieren, das ist die eine Thematik und die andere ist die des offenen Kulturzentrums, das ist etwas anderes. Und es hört nicht auf mit 25 Jahren, das ist gedacht als Freiraum, wo Menschen ohne Konsumzwang aktiv sein

können. ob sie dort lesen, ob sie dort, keine Ahnung, ob es Kleine-Kinder-Betreuung dort gibt, ob sie sonst ein Bild malen wollen dort oder eine Zeitung produzieren wollen, mir ist das egal, wie alt die Leute sind und den SquatterInnen auch. Und das ist eine komplett andere Sache als so ein klassisches Jugendzentrum. Man muss das wirklich auseinanderhalten in der Diskussion. Herr Kollege Miedl, was Sie gemeint haben von wegen Anleitungen, natürlich im Internet findet man zu jedem Thema ziemlich viel eigenartige abstruse Anleitungen, Blödsinn aller Art, es ist nichts, womit ich mich persönlich identifiziere und ich sage Ihnen auch, ich habe ein Problem damit, wenn Sie dann solche Dinge hier einbringen und damit eine Gruppe, die ein konkretes Anliegen hat, pauschal da irgendwie aburteilen, diskreditieren und in ein gewisses Eck stellen, das finde ich einfach überhaupt nicht in Ordnung, und apropos BürgerInnenrechte, ich muss schon sagen, ich habe mir, sehr lustig, der Grazer, in der neuen Zeitung, der ja jetzt ganz super unterstützt wird von der Grazer ÖVP mit Megabeilagen, was eh voll ok ist, wenn ihr das Geld habt und so natürlich, macht das ruhig.

Zwischenruf GR. Schönegger: Ist ja redaktionell gewesen.

GRin. **Jahn:** Nur wenn Sie, Herr Bürgermeister, zu uns noch sagen...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Die Zeitung interessiert sich für uns.

GRin. **Jahn:** BürgerInnenrechte sind wichtig, das Recht auf freie Meinungsäußerung etc. da haben Sie völlig Recht, nur wenn Sie dann in Ihrer Wahlwerbung in Ihrer Beilage da drinnen schreiben, dass wir als Grüne, weil wir einen Rechtshilfefolder herausgegeben haben,...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: War die Wahrheit.

GRin. **Jahn:** ...aktiv zum Widerstand gegen die Polizei aufrufen, dann ist das eine Riesenfrechheit und dagegen verwehre ich mich aufs Allerschärfste, und Sie können gerne beim Herrn Polizeidirektor anrufen und bei verschiedensten Juristen, mit denen wir diesen Rechtshilfeguide vorher abgesprochen haben, da stehen nur Informationen zu den rechtlichen Gegebenheiten, zu den BürgerInnenrechten im öffentlichen Raum drinnen, weil wir leider immer wieder in Graz im öffentlichen Raum diesbezüglich Probleme gehabt haben und wenn Sie solche Äußerungen weiterhin tätigen, dann überlege ich mir ernsthaft eine Verleumdungsklage, das sage ich Ihnen jetzt und hier, das finde ich unglaublich, dass Sie solche Dinge permanent und wiederholt in den Raum stellen und das hoffe ich wirklich, dass das anders wird. Noch dazu finde ich es besonders arg, in einer Woche, wo Sie gleichzeitig ein Fairnessabkommen unterzeichnen, das ist extrem absurd. Da hätten Sie es genauso wie die FPÖ und das BZÖ gleich lassen können.

Bgm. Mag. **Nagl:** Frau Gemeinderätin, vielleicht gleich ein paar Antworten direkt drauf. Die Landeshauptstadt Graz und die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker, und damit auch Sie als Mitglied des Gemeinderates, haben das Eigentum der Grazerinnen und Grazer ordnungsgemäß zu verwalten (Applaus ÖVP) und wenn Sie von Bürgerrechten sprechen, dann möchte ich sagen, wenn diese Bürgerinnen und Bürger, und ich stelle Fragen, ob die überhaupt wirklich Bürgerinnen und Bürger der Stadt sind, da sind Menschen dabei, die aus meiner Sicht hergekarrt worden sind, um zu inszenieren, weil sie verstecken sich hinter Masken, sie verstecken sich, sie sagen nicht den Namen...

Zwischenruf GRin. Jahn: Den würde ich Ihnen auch nicht sagen.

Bgm. Mag. **Nagl**: So, und jetzt kommt genau der Punkt, liebe Frau Gemeinderätin, ich hoffe, dass das nur Ihre Meinung ist und nicht die Meinung des gesamten Grünen Klubs. Es ist nicht denkbar, dass die Stadt Graz ein Gebäude quasi an niemanden übergibt, die Städte, die Sie aufzählen und ein paar andere haben Sie vergessen, dort wo sie es nämlich wieder geschlossen haben und wo viele froh sind, dass der ganze Wirbel dort ein Ende wieder hat. Ein vertragloser Zustand, ein Haus herzugeben, keine Sicherheitsfragen oder sonst was wird es in dieser Stadt nicht geben und da ist es gut, wenn jemand Grenzen aufzeigt und wenn wir vielleicht auch feststellen, dass wir in den Fraktionen unterschiedliche Meinungen haben. Ich sage Ihnen nur, dass diese Personengruppe, die ich dort getroffen habe, und das was wir im Internet über sie recherchieren können, die sich noch dazu verstecken, sicher nicht Vertragspartner der Stadt werden können und ohne Verträge gibt es bei uns überhaupt keine Übertragung von irgendetwas (Applaus ÖVP).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Ich möchte beim Herrn Kollegen Miedl beginnen und zwar bei seiner Umfrage aus der er ableitet, dass wir in Graz zu wenig Jugendzentren haben und wie verärgert und enttäuscht die Jugendlichen seien und was denn alles seine Umfrage ergeben habe an Wünschen. Faktum ist, Herr Kollege Miedl, aber wir haben ja eh schon öfter über das geredet, wir haben ganz offensichtlich unterschiedliche Zugänge zur Frage, was Partizipation von Menschen grundsätzlich und vor allem von Partizipation von Jugendlichen anbelangt. Dein Zugang scheint mir so zu sein, jedenfalls kann ich dieser Umfrage entnehmen, wo einfach junge Menschen gefragt werden, wollt ihr mehr Jugendzentren, ja oder nein, also blöd wären sie, wenn sie bei Nein ankreuzen, also dein Zugang scheint zu sein zu sagen, wünscht euch was und alles ist gleich wichtig und was ihr wünscht, das werden wir euch erfüllen und wer es nicht erfüllt,...

Zwischenruf StR. Miedl unverständlich.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Störe mich bitte nicht beim Reden. ...wer es nicht erfüllt, der hat schlechte Politik gemacht. Unser Zugang ist ein fachlich pädagogischer Zugang, den du natürlich als Polizist nicht so gut nachvollziehen kannst, verzeihe mir diese Anmerkung, aber der Polizist spielt halt immer ein bisschen durch. Unser Zugang lautet, und so steht es bitte auch in unserem Arbeitsprogramm, im Arbeitsprogramm vereinbart zwischen ÖVP und SPÖ in dieser Periode, Jugendliche dabei zu unterstützen, wenn sie selbst Einrichtungen nicht nur fordern sondern auch sich mitbeteiligen, um diese umzusetzen. Ein wunderschönes Beispiel dafür ist das neue Jugendzentrum in Straßgang, da sind junge Menschen vor ungefähr einem Jahr an mich herangetreten, ganz viele junge Leute, und haben gesagt, Frau Stadträtin, wir hätten so gerne in Straßgang ein Jugendzentrum, wir haben nichts, können Sie uns helfen. Dann habe ich gesagt, seid ihr bereit, selber was zu tun, haben sie gesagt, klar. Dann haben wir mit den Jugendlichen vereinbart, was unser Beitrag sein kann, was ihr Beitrag sein kann, den größten Beitrag haben die jungen Menschen selbst geleistet, erstens einmal haben sie dabei sehr viel gelernt, das ist ja auch ein wichtiger Lernprozess, zweitens haben sie die Erfahrung gemacht, dass es schon gut ist, für das, was ich gerne hätte, auch selber einen Beitrag zu leisten und drittens haben sie die Erfahrung gemacht, dass die Politik durchaus bereit ist und auch imstande ist, ihre Anliegen zu unterstützen im Sinne von meinem Politikverständnis, reden wir mit den Menschen darüber, was sie brauchen für ihr gutes Leben und machen wir es mit ihnen gemeinsam. Also Beteiligung heißt ja für mich auch, Kompetenzen von jungen Menschen zu stärken, du weißt das nicht, weil du in der letzten Periode nicht da warst, aber wir haben damals zwei große Konzepte verabschiedet zur Jugendbeteiligung und in allen diesen Konzepten ist auch formuliert, Beteiligung ist deshalb so wichtig und sinnvoll, weil jugendliche Menschen in ihren Beteiligungsprozessen sehr viel lernen können, das ist ein Lernprozess. Sie lernen, wie man etwas durchsetzt, sie lernen, wie man Anliegen formuliert, sie lernen, sich selbst zu organisieren, sie lernen den Dialog zu führen mit denen, die sie brauchen als Partner, sie lernen, ihre Lobbying-Gruppen zu entwickeln, sie lernen, gut zu kommunizieren, sie lernen, sich selbst darzustellen, also alles das, was man braucht, die sogenannten Schlüsselqualifikationen können in Beteiligungsprozessen vermittelt werden. Daher ist mir ja auch das Kinderparlament so ein wichtiges Anliegen gewesen und das Mädchenparlament, genau um das geht es, Beteiligung, lieber Herr Kollege Miedl, heißt nicht, so wie zu Weihnachten, ich weiß nicht,

Wunschzettel zu schreiben und das Christkinderl erfüllt das dann oder erfüllt es nicht. Aber ok, da haben wir halt unterschiedliche Zugänge. Was Gösting anbelangt, geht es auch genau um diesen Aspekt, unter anderem um diesen Aspekt. Das Amt für Jugend und Familie und natürlich ich, wir waren sehr bemüht und sind es natürlich nach wie vor, in Gösting eine Einrichtung stattfinden zu lassen, also ein Jugendzentrum zu errichten, aber genau in diesem Sinne des Beteiligungsprozesses und meines Anspruches an Beteiligung habe ich zum Beispiel die jungen Menschen, haben ja hunderte, glaube ich, unterschrieben auf dieser Unterschriftenliste, eingeladen zu mir ins Büro, damit wir gemeinsam an einem Abend damit wir gemeinsam darüber reden können, was denn ihre Vorstellungen sind. Und dann habe ich die Mitteilung bekommen von den Bezirksvorstehern, tut uns leid, es hat keiner der jungen Leute Zeit zu diesem Gespräch, das nur so. Also diese Gespräche und diese Beteiligungsprozesse haben nicht stattgefunden, trotzdem nehme ich die Unterschriftenliste ernst.

Zwischenruf GRin. Gesek: Stimmt ja gar nicht.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Mein Amt für Jugend und Familie ist gemeinsam mit den Bezirksvorstehern und Bezirksvorsteherinnen auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten, gescheitert ist das Projekt bisher, ich rede gar nicht von den schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen, daran, dass noch keine Räumlichkeiten gefunden wurden und wenn die Bezirksvorsteher, die beiden, die sich ja da sehr engagiert haben, auch der ehemaligen Nationalratsabgeordnete Ehmann war da sehr engagiert, keine Räumlichkeiten finden, dann muss ich davon ausgehen, dass es im Moment tatsächlich keine gibt. Das heißt aber nicht eine endgültige Absage an ein Jugendzentrum in Gösting. Wobei das ja durchaus weiterverfolgt werden wird in der nächsten Periode. Zur Hausbesetzung, also wenn hier der Anschein erweckt werden sollte, dass ich eine begeisterte Anhängerin von Hausbesetzungen bin, dann möchte ich ein für alle Mal klarstellen, dass alle, die das glauben, einem starken Irrtum unterliegen, obwohl ich gerne zugebe, dass ich gut

Bescheid weiß darüber, wie übrigens die Frau Kollegin Christina Jahn, wie viele gute Projekte, übrigens auch in Graz, wie viele gute Projekte in anderen Staaten und in Wien, man lese bitte einmal auf der Internetseite über die Arena, man lese auf der Internetseite über das WUK, eines der bekanntesten tollsten Kulturzentrumsprojekte überhaupt in Europa, ist hervorgegangen aus einer Hausbesetzung.

Zwischenruf GR. Schönegger: Vor 13 Jahren.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Na klar, Hausbesetzung war immer schon ein Instrument einer bestimmten Gruppe von Menschen, um auf ein Anliegen, ein politisches Anliegen aufmerksam zu machen. Also ich wünsche mir nicht, bei den nächsten drei und vier Hausbesetzungen dabei zu sein, aber ich bin dabei und ich werde dabei sein und ich kann Ihnen sagen warum, weil ich meine Rolle dort als eine sehe, die sich bemüht zu deeskalieren.

Zwischenruf GRin. Gesek: Jetzt lassen wir uns erpressen.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Alle, die dort anwesend sind von Seiten der Politik haben größte Ängste, dass eine solche Situation eskalieren könnte und wir sehen unsere Aufgabe darin, so gut wie möglich zu deeskalieren (*Applaus SPÖ*) und nehmen Sie es mir bitte nicht übel, wenn das so ist, dass die jungen Menschen dort zu uns, die wir anwesend sind, und im Besonderen auch zu mir ein besonderes Vertrauen gefasst haben, obwohl sie wissen, dass ich ihre Vorgehensweise nicht billige, das sage ich ihnen, das wissen sie ganz genau, dann besteht darin die Chance, in schwierigen, kritischen Situationen vermittelnd da zu sein. So habe ich meine Anwesenheit, das ist Aufgabe der Jugendstadträtin und auch der Sozialstadträtin,

und so habe ich das auch mit dem Polizeidirektor Westermeier abgesprochen und Sie werden es nicht glauben, die Jugendlichen hören auf mich, weil sie dieses Vertrauen haben und es hat eine Situation gegeben bei dieser Hausbesetzung, die uns allen sehr kritisch vorgekommen ist, wie die Jugendlichen da oben gestanden sind am Dach, so ein steil abfallendes Dach und wir genau gewusst haben, wenn da einer runterfällt, dann haben wir die absolute Eskalation, dann geht es los. Die Polizei war vorbildlich friedlich, vorbildlich, muss man wirklich sagen...

Zwischenruf GRin. Gesek: Aber nur die Polizei.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Kann man stolz sein, wie sensibel sie damit umgegangen sind, die Jugendlichen waren vorbildlich friedlich.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic. Werner ist auch ein Polizist.

StRin. Kaltenbeck-Michl: Er ist ja auch vorbildlich friedlich, weiß ich eh, er tut ja nur manchmal anders. Er hängt sich nur manchmal den, nein eben keinen Beißkorb, den nimmt er runter, aber reden wir nicht so viel über den Miedl, das ist ja nicht so wichtig. Jedenfalls in dieser schwierigen Situation hat mich der Einsatzleiter der Polizei gebeten, mit den jungen Leuten zu reden am Dach, um sie dazu zu bewegen, das Dach zu verlassen und sie werden es nicht glauben, sie haben es gemacht und zumindest für einige Zeit war wieder einmal eine uns gefährlich erscheinende Situation ein bisschen deeskaliert (*Applaus SPÖ*). Im Übrigen, wenn, jetzt muss ich leider doch wieder über den Kollegen Miedl reden, weil ich vom Arbeitsübereinkommen gesprochen habe, möglicherweise würde es diese Hausbesetzungen nicht geben, auch wenn es nicht nur um ein Jugendkulturzentrum

ginge, wenn der Herr Kollege Miedl so wie ich seine Hausaufgaben erledigt hätte, die festgeschrieben sind im Arbeitsübereinkommen, weil da steht nämlich, Unterstützung von jungen Menschen bei der Schaffung eines weiteren Jugendkulturzentrums in der Stadt Graz.

Zwischenruf GRin. Gesek: Aber nicht von Hausbesetzern.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk unverständlich.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Hat er nicht gemacht, es gibt kein weiteres, nicht einmal das Explosiv ist noch gescheit auf Schiene. Ich glaube, weil die Bau- und Anlagenbehörde die Bescheide nicht erlasst oder so irgendwie, haben mir die Jugendlichen erzählt. Und Herr Bürgermeister, ich möchte jetzt auch die Gelegenheit, obwohl ich nicht auf alles, was ihr in eurem Wahlkampf an Schmutzkübeln ausleert, jetzt antworten werde. Aber eines möchte ich klarstellen, weil ich da jetzt gelesen habe, ich hätte die Subventionen fürs Explosiv eingestellt und die ÖVP hätte diese gerettet. Genauso war es nicht, möchte das jetzt in aller Deutlichkeit hier sagen, wie das tatsächlich war.

Zwischenruf GRin. Gesek: Die Wahrheit tut weh.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ungefähr im Jahr 1996 haben wir Jugendzentren neu konzipiert und sind bei diesen Überlegungen, Diskussionen zu dem Punkt gekommen zu sagen, wir haben eine Reihe von Jugendzentren, eigentlich alle mit

Ausnahme des Explosiv, die ihren Schwerpunkt in Jugendarbeit haben. Und wir haben ein anderes Jugendzentrum, nämlich das Explosiv, das den Schwerpunkt ganz woanders hat, nämlich im Jugendkulturbereich und da schien es uns, und zwar dem Explosiv von sich aus und uns aus unseren Übelregungen heraus, sinnvoll zu sagen, machen wir einen klaren Schnitt, das Jugendamt ist zuständig für die Jugendzentren mit dem Schwerpunkt Jugendarbeit, das Kulturamt soll sich zuständig fühlen und hat dann ja auch die Zuständigkeit übernommen für jenes Jugendzentrum, das den Schwerpunkt in Sachen Jugendkultur hat. So habe ich mich damals auch mit dem Kollegen Strobl an einem Tisch gesetzt, wir haben das ausgehandelt, wir haben meine Subvention auf seine Voranschlagsstelle übertragen und zwar in der gleichen Höhe und das ist die Geschichte des Explosiv. Und wenn ihr, ich weiß nicht, zehnmal das Gegenteil behauptet, schriftlich und mündlich, wird es trotzdem nicht wahrer, sondern, das Wort Lüge will ich nicht verwenden, weil da bin ich einmal gerügt worden, aber jedenfalls nicht einmal die Annäherung zur Wahrheit, was man Wahrhaftigkeit nennen würde (*Applaus SPÖ*)

Zwischenruf GR. Kolar: Jetzt hast du es schwer.

GR. Rajakovics: Ich brauche nur ein paar Sachen richtigstellen. Interessant ist es, dass gerade jetzt von den Grünen heftig dieses Kulturzentrum gefordert wird oder Kulturjugendzentrum, man hätte ja fünf Jahre lang irgendwann einen Antrag bringen können und sagen, man ist mit einer Gruppe im Gespräch, die planen da ein Kulturjugendzentrum, es gibt zu wenig Freiräume, ihr habt ja sonst auch etliche Anträge gestellt, dringliche, weniger dringliche. Faktum ist, dass es keinen einzigen gegeben hat und jetzt haut ihr euch irrsinnig auf die Sache drauf. Es gibt Freiräume und es ist nicht wahr, dass es keine Freiräume gibt, zufällig, das war nicht geplant, nehme ich an, jedenfalls heute ist diese Broschüre Kulturräume herausgegeben worden, in der sich eine Reihe von Einrichtungen, die unentgeltlich zur Verfügung stehen, Ateliers, Proberäume etc. wo man sich künstlerisch, kulturell verwirklichen kann, wo man Veranstalten kann etc. Es ist nicht wahr, dass es in Graz nichts gibt, wo

man etwas machen kann und dass man da ein Haus besetzen muss, weil Graz so grauslich ist und für frei und Leute, die sich frei entfalten wollen, nichts zur Verfügung stellt, so ist es nicht (*Applaus ÖVP*), wobei es ganz klar ist, dass wir auch diese Freiräume für junge Leute haben wollen und dass die wir auch institutioneller haben wollen, so dass das klar ist, dass es vor allem in Siedlungen etc., wir haben auch Vorschläge dazu gemacht, bis jetzt warst du zuständig für das Jugendressort, wir werden schon schauen, dass wir solche Sachen dann umsetzen. Bei den Jugendzentren zur Erinnerung, weil da kann ich mich noch gut erinnern an die Diskussion mit dem Jugendzentrumsverband, weil ich damals selber noch im Szenario dabei war. Es ist darum gegangen, dass Jugendzentren wie die Insel, wie das Szenario, wie das Explosiv eigentlich gut gegangen sind, sehr großen Zulauf hatten und andere weniger gut gegangen sind. Und dann bist du hergegangen und hast gesagt, wer jetzt nicht ein Jugendkonzept, ein sozialpädagogisches, in sein Konzept aufnimmt, der kann keine Förderung mehr bekommen.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Nein, das habe ich nicht gesagt.

GR. **Rajakovics:** Genau um das ist es gegangen und es haben auch die Jugendzentren genau auf Grund dieser Vorgaben durchaus Schwierigkeiten bekommen.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl unverständlich.

GR. **Rajakovics:** Ja, den kannst befragen, den kannst du sicher befragen, weil der war damals im Dachverband drinnen. Es ist darum gegangen, dass es nicht nur Jugendzentren geben kann, die ein spezielles Konzept verfolgen, sondern dass wir

Jugendzentren brauchen einfach als Freiräume, als Begegnungszentrum, wo man laut Musik hören kann, wo man sich zusammensetzen kann, das war das Ziel vom Jugendzentrum und deshalb hat das Explosiv keinen Platz mehr gehabt, weil sie nicht ein anderes Konzept verfolgen wollten, sondern weil sie gesagt haben, es kann ihr Konzept, nämlich einfach den Freiraum zu schaffen, ein autonomes Jugendzentrum zu bleiben, nur funktionieren, wenn sie an dem Konzept, wie sie es haben, bleiben.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Das war vor neun Jahren.

GR. **Rajakovics:** Genauso war es und jetzt werde ich gleich (*Applaus ÖVP*), damit du, liebe Elke, weißt, warum ich soweit aushole, weil es interessant ist, dass ein Teil der Leute, die hausbesetzt haben vorige Woche, durchaus auch im Explosiv dabei sind, zumindest dort auch auftreten mit Musikgruppe etc., aber von denen, die so laut ein Jugendzentrum fordern, der Renè Mollner braucht dringend Leute die helfen, dieses Jugendzentrum weiterzubauen, fertig zu bauen, kein Einziger von denen, die ein Haus besetzt haben, haben bis jetzt bei ihm geholfen und nur einen Ziegel in die Hand genommen. Das heißt, wir sind gerade beim Umbau eines sehr großen Zentrums, das genau in diese Richtung für Jugendliche, jüngere Erwachsene arbeiten und unter Bescheid, lieber Wolfgang Riedler, du weißt genau, dass ein Bescheid, es geht nur darum, dass er vor dem 31. Dezember da ist, damit die Subvention vom Land kommt.

Zwischenruf GRin. Gesek: So ist es.

GR. **Rajakovics**: Wenn das vom Land vor fünf Jahren gekommen wäre, hätte der Renè Mollner auch eine Freude gehabt, dann hätten wir nämlich das große Konzept beim BBC auch verwirklichen können, das ist ja dadurch nicht der Fall gewesen, weil das Land nicht...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl unverständlich.

GR. **Rajakovics**: Habe ich gerade selbstkritisch angemerkt, Faktum ist, dass es jetzt soweit ist und die gerade ordentlich bei der Arbeit sind und sehr dringend auch Menschen bräuchten, die ihnen helfen, weil es genau jene Menschen zum Teil sind, die inzwischen ein Haus besetzen, während die anderen dieses autonome Jugendzentrum voranbringen und aufbauen (*Applaus ÖVP*). Das heißt, es geht uns wirklich darum und wenn du schreibt, Jugendförderung, Sicherstellung von Jugendbeteiligungsmodellen, Unterstützung für Jugendliche bei der Schaffung von nicht kommerziell orientierten Jugendtreffen und Freizeitangeboten, kann ich den zweiten Punkte voll unterschreiben, wir werden uns auch weiterhin bemühen, diese Freiräume ohne jetzt weiß Gott welche Konzepte von den Betreibern zu verlangen, dass diese Freiräume auch geschaffen werden, wobei ich bei der Sicherstellung von Jugendbeteiligungsmodellen nur darauf hinweisen möchte, dass wir vor zwei Jahren einen Antrag gestellt haben, jeweils einen Jugendbeirat wieder einzurichten und bis heute zwar alle möglichen Beiräte eingerichtet worden sind von dir, aber der eigentlich per dringlichem Antrag beschlossene noch nicht stattfindet, soviel zum großen Engagement, dass die Jugendlichen mitreden können (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Edlinger: Beschlossen ist etwas anderes.

GR. **Rajakovics:** Abschließend wirklich die ÖVP ist immer bereit, auch mitzudiskutieren und mitzuhelfen, wenn es um Freiräume geht, auch dass Jugendliche in einer Stadt einen Platz haben, gerade wenn es um Proberäume geht, wenn es um das Zusammensitzen geht, ohne dass man einen Konsumzwang hat. Aber wir werden uns nicht und wir werden uns sicher nicht von Leuten erpressen lassen, die sich in ein fremdes Haus einfach reinsetzen, während ihre anderen Freunde gerade beim Umbau eines Jugendzentrums sind (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Also, ich finde das spannend, lieber Herr Kollege, ich weiß nicht, haben wir unterschiedliche Wahrnehmungen von dem, was wir beschließen oder ich kenne mich nicht aus, weil du jetzt sagst, wir hätten hier beschlossen, einen Jugendbeirat zu installieren. Ich kann mich genau erinnern, dass es einen Antrag dazu gegeben hat, aber wir haben den Antrag in die Richtung formuliert, dass wir gesagt haben, und mit Recht gesagt haben, es findet ja bitte ein wirklich sehr teures Beteiligungsprojekt in der Stadt Graz statt, Werkstatt Graz, und dort muss es natürlich auch darum gehen, Beteiligungsangebote für die Jugend zu setzen, ich hoffe ja, dass das auch stattgefunden hat, gehört habe ich noch nichts davon. Aber du wirst es ja wohl wissen, weil du kannst ja deinen zuständigen Referenten fragen und dann haben wir gesagt, wenn es aus dieser Beteiligung heraus Überlegungen und Strukturen für einen Jugendbeirat gibt, dann diskutieren wir weiter, so sind wir verblieben, oder erinnere ich mich da falsch.

Zwischenruf GR. Herper: So war es.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Es ist ja Wahlkampf, da wissen sie nicht mehr, was sie beschlossen haben.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Das haben wir gemeinsam beschlossen, vergiss nicht immer deine eigenen Beschlüsse, du hast das Handerl gehoben, lieber Kollege (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schönegger**: Sehr geehrte Damen und Herren, vor allem liebe Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl, du weißt, ich schätze dich wirklich sehr...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Tatjana, aufpassen.

GR. **Schönegger**: Und heute muss ich sagen, jetzt hast du dein wirklich ordentliches und tolles Abschiedsinterview gegeben in den großen Tageszeitungen und ich finde es äußerst schäbig von deinen Parteil Freunden, dass sie dich heute da hinausstellen, dass du dich verbiegen musst, sogar deinen Nationalrat Ehmman da in die Kiste hauen musst, der wird sich nämlich schön bedanken in Gösting, wenn die Göstinger...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: ...schäbig gesagt...

GR. **Schönegger**: Unter Anführungszeichen, wenn die Göstinger erfahren müssen, dass der Michael Ehmman einen Termin bei dir verschlafen hat, da wird er sich schön bedanken, der Herr Ehmman.

Zwischenruf GR. Eichberger: Das ist eine Unterstellung, das ist eine Sauerei.

GR. **Schönegger:** Aber zum eigentlichen Thema, liebe Christina Jahn, zum eigentlichen Thema, es geht hier nicht um die Frage, definitiv nicht um die Frage, ob es ein Jugendkulturzentrum, ein Jugendzentrum oder ein offenes Kulturzentrum ist. Wir haben für all diese Anliegen ein ganz klar geregeltes Vorgehen, das für alle Menschen in der Stadt gleich geregelt ist, dieses Vorgehen. Und dieses Vorgehen besteht ganz sicher nicht darin, dass man jemandes fremdes Eigentum besetzt und okkupiert und ich darf auch erinnern und das in aller Deutlichkeit an alle jene, die hier sympathisieren, wir haben alle, die wir hier in diesem Raum sitzen, ausnahmslos alle einen Eid abgelegt, unverbrüchliche Treue, nicht nur der Stadt Graz gegenüber, sondern auch dem Rechtsstaat gegenüber (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Was unterstellst du uns? Das ist unverschämt.

GR. **Schönegger:** Und, dieses Sympathisieren und ich darf jetzt noch etwas vorlesen, was vielleicht wirklich interessant ist, ich darf was vorlesen, das ist schon einige Jahre alt, es ist von Cicero, Cicero wird den meisten ein Begriff sein, es nennt sich „De Officiis 2“ oder anders auf Deutsch: Vorschriften für Staatsmänner. „Vor allem“, schreibt Cicero, über 2000 Jahre her, „vor allem aber wird ein Politiker darauf sehen müssen, dass ein Jeder seinen Besitz behält und am Vermögen der Privatleute öffentlich keine Verminderung eintritt. Denn hauptsächlich aus diesem Grunde“, schreibt Cicero, „dass der Besitz behalten wird, sind Staaten und Bürgerschaften gegründet worden.“ Er schreibt dann weiter, „und die aber, die Volksfreunde sein wollen“ und da können sich jetzt alle angesprochen fühlen, „die aber die Volksfreunde sein wollen und deswegen versuchen, die Besitzer von ihren eigenen Wohnsitzen zu vertreiben, erschüttern“ und da schließe ich mich an,

„erschüttern die Grundlage unseres Staates. Erstens die Eintracht, die es nicht geben kann, wenn einem Geld weggenommen wird und den anderen gegeben wird, zweitens die Gleichheit vor dem Gesetz,...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Wie sieht es Cicero mit dem öffentlichen Recht?

GR. **Schönegger:** „...die gänzlich beseitigt wird“ und das versuchen Sie hier wirklich gemeinsam mit den Squattern in Graz zu erreichen und dagegen wehren wir uns (Applaus ÖVP), auch in unserer Verantwortung, der wir uns bewusst sind, erstens als größte Partei in dieser Stadt, zweitens als Bürgermeisterpartei, dagegen wehren wir uns ganz entschieden (Applaus ÖVP).

Zwischenruf GRin. Edlinger: Ja, Herr Bezirksgeschäftsführer.

GRin. **Rücker:** Herr Magister Schönegger, die Rolle der ÖVP als Bürgermeisterpartei hat durchaus einen engen Zusammenhang mit dem, was wir da jetzt als grundsätzliche Fragestellung am Tisch haben. Wir haben in den letzten Jahren in Graz erlebt eine echte Klimaveränderung, wenn ich nicht sagen will Klimavergiftung, und zwar, wenn es darum geht, wer im öffentlichen Raum sein und wer nicht sein soll. Wer im öffentlichen Raum unter welchen Bedingungen sein darf und wer lieber aus dem öffentlichen Raum verdrängt gehört. Wie der öffentliche Raum in dieser Stadt mehr und mehr privatisiert wird im Sinne von Konsum und einer Ausgrenzung unterzogen wird für Personen, die nicht hineinpassen; zu dieser Diskussion und zu dieser Situation, die wir heute haben, dass der öffentliche Raum in Graz zwischen Besseren und Schlechteren unterteilt wird, das ist ein ganz ein großer Verdienst der Bürgermeisterpartei, des Bürgermeisters, der für alle Grazer und Grazerinnen

zuständig ist, das möchte ich einmal vorausschicken (Applaus SPÖ und Grüne). Das ist eine Stimmung, die wir in Graz haben, wo Menschen und gar nicht wenige Menschen das Gefühl haben, sie sind ja weniger erwünscht als andere, soviel zu den gleichen Menschen in dieser Stadt. Das will ich einmal ganz klar sagen. Die zweite Diskussion, und ich ersuche noch einmal die ÖVP ganz deutlich, wenn wir als Grüne Hausbesetzungen als politisches Mittel sehen würden, das wir anwenden wollten, dann würden wir es tun, wir tun es nicht.

Zwischenruf GR .Schönegger: Christina Jahn war dort.

GRin. **Rücker:** Die Christina Jahn und ich auch und die Kollegin Stadträtin Kaltenbeck-Michl waren dort, jawohl, wir waren dort in einer Rolle als Vermittler und Vermittlerinnen, weil wir das Anliegen verstehen können, weil wir aber nicht die Hausbesetzung als politisches Mittel unterstützen,...

Zwischenruf GR. Schönegger: So klar habe ich das noch nie gehört.

GRin. **Rücker:** ...das ist ein Mittel einer autonomen Gruppe, die das für sich entschieden hat, wie das schon seit Jahrzehnten in europäischen Städten immer wieder ein Mittel ist, über das man diskutieren kann, ob das jetzt mehr oder weniger Sinn macht, ob das professionell organisiert ist oder nicht, das ist nicht unsere Geschichte. Unsere Geschichte ist, in dieser Stadt darauf hinzuweisen als Grüne, dass in dieser Stadt Unterschiede gemacht werden. Immer wieder und immer mehr und dass da die ÖVP ganz einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat.

Zwischenruf GR. Schönegger: Ist ja nicht wahr, sind alle gleich.

GRin. **Rücker:** Und eine Klimavergiftung herbeigeführt hat sie, dass Menschen hier zu härteren Mitteln greifen müssen anscheinend, weil sie sonst nicht gehört werden. Aber die Hausbesetzung uns als Aktivität in die Schuhe zu schieben und zu sagen, wir würden zu illegalen Mitteln greifen, wir würden zum Widerstand gegen die Polizei aufrufen, davon erwarte ich mir eine ganz klar Distanzierung durch die ÖVP und zwar heute und hier.

GR. **Hohensinner:** Ich möchte die Emotionen ein bisschen beruhigen und eine Feststellung machen, ich mache eine Feststellung, heute ist der 18. Oktober, ist ein historisches Datum, weil wir sind uns, glaube ich, heute alle einig, dass wir in Graz mehr Raum für junge Menschen brauchen, können wir uns selber applaudieren (Applaus ÖVP).

Zwischenruf GRin. Edlinger: Das sind wir schon seit Jahren.

GR. **Hohensinner:** Also ich habe mich auf die Diskussion ein bisschen vorbereitet, Frau Edlinger, ich habe die ganzen Protokolle durchgelesen und es ist weder von der SPÖ und auch nicht von den Grünen eine Initiative für mehr Jugendraum gestartet worden in der Periode.

Zwischenruf StRin. Kahr. Aber von der KPÖ.

GR. **Hohensinner**: Von der KPÖ, super, das hat es nicht gegeben und ich kann mich erinnern, an die Diskussion, das war vor zirka zwei Jahren...

Zwischenruf GR. Eichberger: Wir brauchen keine Anträge, wir arbeiten.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 14.30 Uhr den Vorsitz.

GR. **Hohensinner**: Sie kennen sich in vielen politischen Diskussionen aus, melden Sie sich nach mir zu Wort und reden Sie ein bisschen mit, Herr Eichberger, das Rausschreien ist immer ein bisschen komisch. Danke, Herr Vizebürgermeister. Ich war vor zwei Jahren live dabei in Gösting, wie die Forderung aufgekommen ist, dass in Gösting mehr Jugendraum geschaffen werden muss. Und viele junge Leute haben sich dort zusammengetan, die Bezirksvorstehung hat sich dann reingeworfen in diese Geschichte, da war eben der jetzige Nationalrat dabei, von uns der Bezirksvorsteher, die haben das unterstützt, es sind Unterschriften abgegeben worden, zirka an die 300 Unterschriften. Ich habe zwei Anträge stellen müssen, bis wir einen Weg in dein Büro gefunden haben, Frau Stadträtin. Es hat da eine persönliche Diskussion zwischen uns gegeben, ich war dann wirklich sehr froh, dass wir das diskutiert haben, dass wir den Entschluss gefasst haben, da zu helfen. Mir ist damals abgegangen, dass du einen Brief an alle Stadtregierer schreibst und einen Kraftakt einforderst, dass man in Gösting ein Jugendzentrum zusammenbringt, das alle ein bisschen ein Geld zuschießen. Was passiert jetzt, es passiert eine Hausbesetzung und jetzt schreibst du diesen Brief, wo du das auch argumentierst mit dem Arbeitsübereinkommen, das ist mir vor zwei Jahren von dir abgegangen. Ein weiterer Punkt, ja die Grünen möchte ich ansprechen. Meine Frage ist, wart ihr vor der ersten Hausbesetzung mit dieser Gruppe in Kontakt? Wart ihr dabei und hat es nachher noch einmal einen Kontakt gegeben, wart Ihr in Kontakt mit ihnen, ja oder nein?

Zwischenruf GRin. Jahn: Sind wir jetzt bei der Staatspolizei?

GR. **Hohensinner:** Gut, es gibt kein Nein, davon gehe ich aus, dass Ihr mit ihnen Kontakt gehabt habt und warum sagt ihr nicht zu denen, das ist ein wichtiges Anliegen, wir bringen das Anliegen in den Gemeinderat ein, uns hättet ihr als Partner gehabt, da braucht man kein Wahlkampfthema aufziehen...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Wer macht daraus ein Wahlkampfthema?

GR. **Hohensinner:** ...und das Ganze verstärken, das braucht man nicht. Und wenn so ein Brief geschrieben wird, muss ich sagen, Frau Stadträtin, das ist dann eine Bankrotterklärung an die Jugendpolitik der Stadt Graz, ist eine Feststellung. Ich schätze dich sehr, deine ganzen Initiativen, aber wenn dann nach einer Hausbesetzung so ein Brief kommt, dann ist das wirklich nicht ein großes Zeichen. Dann noch etwas zu deiner Argumentation, auch bezugnehmend zu einem Punkt, den du da geschrieben hast, im Arbeitsübereinkommen ist vereinbart worden, dass Jugendbeteiligungsmodelle mehr Fuß fassen sollen. Ich habe damals einen Antrag eingebracht, einen dringlichen, der ist Gott sei Dank von allen Parteien mitgetragen worden, du hast Recht, es war so, dass wir gesagt haben, die Werkstatt Graz soll entscheiden, die jungen Leute sollen entscheiden. Aber witzigerweise berufst du dich jetzt auf die Werkstätte Graz, die SPÖ war ja die Partei, die als einzige Partei gegen die Werkstätte Graz gestimmt hat, das ist eine Feststellung. Die Christina Jahn war bei der ersten Besprechung der Jugendwerkstätte dabei, die hat sich da sehr gut eingebracht, ich habe da Rückmeldungen gehört. Ich war bei der zweiten dabei und dieses Projekt ist als zweitwichtigstes Projekt hervorgegangen mit einer sehr hohen Prioritätensetzung und das war vor vier Monaten. Als Jugendstadtrat hätte ich mich in diese Gruppe dazu reingesetzt, da sind wirklich sehr viele wertvolle Ideen entstanden.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Die werden wir hoffentlich präsentiert bekommen.

GR. **Hohensinner:** Aber ich bringe heute einen Antrag ein mit einem Vorschlag, wie wir in Graz mehr Jugendraum schaffen können, ich werde einen Vorschlag einbringen, ich habe schon der Zeitung entnommen, dass die Frau Stadträtin...

Zwischenruf GRin. Krampl: Es hat geheißen keine Gemeinderäte.

GR. **Hohensinner:** Also ich war dort, da waren schon ein paar junge Leute dort, waren Sie dort?

Zwischenruf GRin. Krampl: Ich war nicht eingeladen, es war ein ÖVP-Privileg. Es hat geheißen, keine Gemeinderäte.

GR. **Hohensinner:** Das ist eine öffentliche Sache, Sie haben nur dagegen gestimmt. Der Alexander Perissutti ist doch der Jugendsprecher, warum war er nicht dort? Noch einmal, machen wir das jetzt konstruktiv, ich bringe heute einen Antrag ein mit dem Vorhaben, in Graz mehr Jugendraum zu schaffen. Ich habe den Antrag jetzt nicht dringlich gemacht, weil ich das jetzt in der Vorwahlzeit nicht zum politischen Spielball machen wollte.

Zwischenruf GR. Eichberger: Sei mir nicht böse, bei dieser Unwahrheit verbiegt sich das Mikrophon.

GR. **Hohensinner:** Ja Herr Eichberger, ich habe Ihnen schon zuvor angeboten, melden Sie sich somit nach mir zu Wort. Sie werden ja nachher meinen Ausführungen lauschen können und wenn Sie dem zustimmen, dann können wir uns an einen Tisch setzen und schauen, dass wir mehr Jugendraum schaffen. Die Frau Stadträtin hat auch in einem Zeitungsinterview dieser Sache zugestimmt. Sie hat gesagt, das hat sie schon lange vorgehabt, mehr Jugendraum zu schaffen, genau auf eine ähnlich Art und Weise und vielleicht können wir das ganz wichtige Projekt mehr Jugendraum in Graz vorantreiben. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.40 Uhr den Vorsitz.

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja auch wenn es drei Monate vor einem Wahltermin ist, eine Stilfrage, was hier gesprochen wird und wie man miteinander umgeht.

Zwischenruf GRin. Gesek: Dann schaut auf eure Leute.

GR. **Herper:** Ich halte unseren bisherigen Arbeitspartner ÖVP als christliche Partei für nicht sehr glaubwürdig, weil wenn ich mir anschau, wie in den letzten Monaten über bestimmte Minderheiten, über bestimmte Personengruppen gesprochen, Interviews gegeben wurde und diesmal geht es wieder um eine kleine Minderheit, die

ich nicht unterstütze in ihrem Begehren, aber auf Kosten deren wird Wahlkampf gemacht, hier in dem Saal und es werden Minderheiten hingestellt mit Feindbildcharakter und ich frage mich wirklich, ist das einer christlichen Partei würdig, die dann Schalmaien-Klänge aushängt, wenn es um zu Integrierende geht, wenn es um gleichgeschlechtliche Paare geht, wenn es um türkische Minderheit geht, wenn es um bettelende Menschen geht, wenn es um Punks und bunte Menschen geht oder wenn es eben um Menschen geht, die aus Verzweiflung oder aus Dummheit oder aus Verantwortungslosigkeit Taten setzen, die aber dennoch nicht für politisches Kleingeld erhalten dürfen. Ich halte auch deine, Herr Bürgermeister, du bist wahrscheinlich jetzt nicht Bürgermeister gewesen, die letzten Minuten, sondern du warst Spitzenkandidat der ÖVP, wenn du ein Wort deines Kollegen Bezirksgeschäftsführer mit dem Begrifflichkeit Schäbigkeit zulässt. Wenn das der Stil ist, der in diesem Hause dann einhergeht, dass wir uns gegenseitig so niedermachen, dann frage ich mich, was ist in Zukunft noch zu erwarten in dieser Stadt?

Zwischenruf StR. Miedl: Wer macht wen nieder?

GR. **Herper:** Ich weiß, du bist tätig in der Arbeitsteilung in der ÖVP, hier spielt der gute Siegfried Nagl, dort spielt der Scharfmacher Werner Miedl, ihr habt eine gute Arbeitsteilung, ihr gießt Öl ins Feuer und macht Wahlkampf auf Kosten von kleinen Minderheiten oder bestimmten Gruppen in der Gesellschaft. Sachlich, fachlich hat die Stadträtin nicht nur über die letzten Jahre, sondern auch über den Standpunkt klar fachlich alles gesagt. Das ist unsere Unterstützung der Fraktion, das ist eine tolle Darstellung gewesen Tatjana. Es war richtig und wichtig, und wichtiger ist als alles Kleingeld des Wahlkampfes, deeskalierend zu sein. Verhindern, dass es zu Unfällen kommt (*Applaus SPÖ*), verhindern, dass es zu Sicherheitspannen kommt, zu verhindern, dass diese Gesellschaft, diese Stadtgesellschaft, die Menschen dieser Stadt gespalten werden und dass es zur Eskalation kommt. Das war immer unsere Aufgabe, deswegen ist auch das Büro für Frieden und Entwicklung gegründet worden, deswegen ist auch das Konzept Frieden in der Stadt ins Leben gerufen

worden und wir sollten uns alle dazu bemühen und beitragen, deeskalierend zu sein, wem und was auch gegenüber. Der Sache ist es dienlich, dem Menschen noch viel mehr und das ist unsere Aufgabe. Deswegen bitte ich dich, wo ist der ÖVP-Bezirksgeschäftsführer, das Wort Schäbigkeit zurückzunehmen, weil das ist unerlässlich, dass wir hier einen Stil pflegen in diesem Gemeinderatssitzungssaal und auch weiterhin die nächsten drei Monate in diesem Wahlkampf, wo wir uns ehrlich ins Gesicht schauen können und die Hand geben können. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Nur ungern widerspreche ich dem Karl-Heinz Herper als Klubobmann der SPÖ, aber ich werde den Eindruck nicht los, dass die Eskalation am Plan der ÖVP heute steht. Weil, wenn man in diesem Saal hier dem Arbeitsübereinkommenspartner Schäbigkeit vorwirft, weil eine Stadträtin vorgeschoben würde, also ob die Tatjana Kaltenbeck sich jemals von irgendwem irgendwohin vorschieben hätte lassen, oder es notwendig gehabt hätte, sich irgendwelche Aufträge erteilen zu lassen, und der Bürgermeister das völlig ruhig hinnimmt, nicht einmal bereit ist, einen Ordnungsruf zu erteilen, das ist völlig klar, er ist ja so stolz auf sein Stadtregierungsteam.

Zwischenruf GRin. Gesek: Gott sei Dank.

Str. Dr. **Riedler**: Dann muss ich sagen, ist das ein Hinweis, dass die ÖVP hier und heute einfach eskalieren will und sie will auch auf der Straße eskalieren, weil sie kein Herz hat für die jungen Leute in Wirklichkeit im Gegensatz zu dem, was hier und heute gesagt wurde (*Applaus SPÖ*). Die ÖVP ist eine Partei, die man nach allen Möglichkeiten von einem Jugendressort fernzuhalten hat, weil sie mit den Jugendlichen ja gar nichts am Hut hat (*Applaus SPÖ*), die ÖVP ist eine Partei, die nicht einmal in der Lage war, ein Jugendkulturzentrum, wie es im Arbeitsübereinkommen festgehalten ist, umzusetzen, meine Damen und Herren

(*Applaus SPÖ*), die ÖVP ist eine Partei, die Broschüren drucken lässt, wo sie sich für Dinge rühmt, gegen die sie im Gemeinderat hier gestimmt hat, die sie gar nicht mittragen wollte, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*), die ÖVP ist eine Partei, die diesen Stil hier in diesem Hause verschärfen will und zwar im Wahlkampf verschärfen will, da darf nur einer gut dastehen, das ist der Herr Bürgermeister, der mit allem nichts zu tun hat, tatsächlich mit nichts etwas zu tun hat, der immer den Raum verlässt, wenn es heikel wird, der Herr Bürgermeister ist der Gute, alle anderen sollen streiten und sollen möglichst blöd ausschauen und die Leistungen, auf die es dann wirklich angekommen ist, mit denen hat niemand etwas zu tun außer natürlich die ÖVP, die bei Gelegenheit aber dann doch dagegen stimmen will, meine Damen und Herren. Das ist ein Stil, den die Grazerinnen und Grazer durchschauen werden und es ist ein Stil, der für die Zukunft nichts Gutes versprechen lässt, was die Zukunft der politischen Haltung dieser ÖVP erwarten lässt. Die ÖVP ist eine Partei, die zu verantworten hat eine Finanzkatastrophe in dieser Stadt und die gleichzeitig in jeder Sitzung mit neuen Anträgen kommt, wo man das Geld beim Fenster rausschmeißen kann (*Applaus SPÖ*), auch heute wieder werden wir das erleben. Und da gibt es viele Beweise dafür. Die ÖVP ist eine Partei, die ihren Spitzenrepräsentanten ganz gerne losschickt, um Verhandlungen zu führen, die er dann entweder versäumt, aus welchen Gründen auch immer, oder die mit einem schlechten Ergebnis enden für Graz. Meine Damen und Herren, wenn wir uns schon auseinandersetzen...

Zwischenruf GRin. Gesek: Was ist mit der BAWAG?

StR. Dr. **Riedler**: Liebe Kollegen Gerda Gesek, einmal möchte ich Sie hier heraußen erleben, kommen Sie doch einmal raus, diskutieren wir doch einmal, das wäre ja ein Vergnügen für mich, kommen Sie doch, setzen Sie sich doch auseinander, hier ist der Ort, wo wir miteinander diskutieren, wo Argumente gegeneinander anlaufen, Argument gegen Argument, ich bin jederzeit bereit. Meine Damen und Herren, ich habe hier einen Zwischenruf gehört (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der*

Ordnungsglocke), der diesem Haus sehr gut tun würde, vor allem dem Kollegen Schönegger, der immer wieder ein bisschen sich nicht im Griff hat, wenn er da heraußen steht, und den ich uns alle ans Herz legen möchte, ich halte das für hervorragend, was die Kollegin Maxie Uray-Frick zwischengerufen hat, das Kulturzentrum sollte hier im Raum sein. Befleißigen wir uns einer Kultur, die dieser Gemeinderat verdient hat (*Applaus SPÖ*).

StR. **Miedl**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Wolfgang Riedler und lieber Charly Herper! Es findet ja jetzt folgendes Spiel, statt wenn sachlich argumentiert wird, wird persönlich reagiert. Wenn persönlich agiert wird, wird sachlich agiert und dieses Spiel, meine Damen und Herren, ich habe die Diskussion bis jetzt hochpolitisch und sehr anständig empfunden. Ich habe sie für sehr anständig empfunden, es war zwar widersprüchlich, aber es war anständig. Was war der Widerspruch? Es gibt in Wirklichkeit zwei Parteien in dem Haus, so interpretiere ich das, die mit diesem Weg der Hausbesetzung, um damit was zu erzwingen, nicht einverstanden sind und es gibt aus meiner Sicht drei Parteien, die irgendwie sympathisieren, aber es nicht so ganz wollen und eigentlich nicht ganz klar sagen, was sie wollen.

Zwischenruf GR. Herper: Wer hat das gesagt?

StR. **Miedl**: Und jetzt zur Sache selbst. Liebe Tatjana Kaltenbeck, ich habe dir mehrmals gesagt, meine Wertschätzung hast du für deine Art der Politik, es ist nur nicht meine Art der Politik. Wir haben eine andere...

Zwischenruf StR. Kaltenbeck-Michl: Das merkt eh jeder.

StR. **Miedl:** ...und ich lasse mich dafür auch nicht von dir lächerlich machen, Tatjana, ganz sicher nicht.

Zwischenruf GR. Eichberger: Das schaffst du ganz allein, dazu brauchst du die Tatjana nicht.

StR. **Miedl:** Ich stehe für etwas anderes, die ÖVP steht für etwas anderes als die SPÖ und die KPÖ und die Grünen möglicherweise.

Zwischenrufe unverständlich.

StR. **Miedl:** Lasst mich jetzt ausreden und lasst mich argumentieren, ihr befleißigt da immer den guten Stil im Haus, aber lasst mich jetzt argumentieren. Es gibt somit unterschiedliche politische Haltungen. Die einen sind für die Hausbesetzer, sympathisieren mit ihr und die anderen sind das nicht. Alle wollen aber für die Jugend in dieser Stadt was tun. Und jetzt, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen ganz ehrlich, wenn der Schulstadtrat in dieser Stadt eine Umfrage unter jungen Leuten macht anonymisiert, wo Fragen enthalten sind, die bei Gott objektiv und sachlich gestellt wurden, dann lasse ich nicht zu, dass die Jugendstadträtin dieser Stadt das runtermacht, weil das ist unfair, das tut man nicht, das ist auch nicht korrekt in dieser Frage (*Applaus ÖVP*). Ich kann durchaus gerne ein paar Fragen vorlesen: Welchen Hobbys gehst du in deiner Freizeit nach, immer bitteschön mit einem offenen Feld auch hier zu antworten, wo triffst du dich in deiner Freizeit, wo in deinem Bezirk,...

Zwischenruf GR. Eichberger: *Ihr wisst es ja eh.*

StR. **Miedl:** ...welche Treffpunkte würdest du dir wünschen, die Tatjana hat soeben gebeten vorzulesen und jetzt kommt es, meine Damen und Herren, das was der Vorwurf der ÖVP ist, dass in Wirklichkeit die SPÖ-Jugendpolitik, die in Wirklichkeit eine permanente Randgruppenpolitik war und ist am Ende und das ist das Problem, weil für den durchschnittlichen Jugendlichen in dieser Stadt ist nie etwas passiert (*Applaus ÖVP*), ist nie etwas passiert und wir wollen, dass das anders wird, wir wollen eine andere Jugendpolitik in dieser Stadt und jetzt noch etwas, meine Damen und Herren, die Frage des Sozialen und der Jugend sind von der SPÖ nicht gepachtet und das täte uns wirklich gut, hier einmal mit anderen Ansätzen zu arbeiten, sowohl...

Zwischenruf GR. Eichberger: *Nein, bitte nicht.*

StR. **Miedl:** ...in der Verwaltung, wie auch in der Politik wäre es gut, damit in der Stadt wieder einmal was weitergeht, meine Damen und Herren.

Zwischenruf GR. Eichberger: *Werner, bleib bei deinem Metier.*

StR. **Miedl:** Daher, und da bin ich jetzt wirklich betroffen, meine Damen und Herren, es gibt ein Jugendkulturzentrum, das hochprominent auf der Liste der Subventionsnehmer dieser Stadt steht. Das Jugendkulturzentrum Explosiv hat jetzt unter meiner Führung plus 40 % mehr an Subventionen erhalten, soviel wie noch nie zuvor kriegt das Jugendzentrum Explosiv, meine Damen und Herren. Wir haben ein Jugendkulturzentrum am Lendkai 45 und es gibt das BBC und es gibt viele, viele

Jugendliche, die auch ein Jugendkulturzentrum einrichten wollen. Wissen Sie, was die alle gemeinsam haben, wir kennen deren Namen, wir haben ein Konzept in der Hand und wir sind in Kommunikation mit diesen Jugendlichen, permanent in Kommunikation. Die kommen immer wieder, die sagen, bitteschön Herr Stadtrat und das wäre der Weg und das wäre der Weg und da unterscheidet sich etwas ganz gewaltig, das was wir als ÖVP ganz sicher nicht wollen, meine Damen und Herren, dass eine Gruppe von Egoisten hergeht, sich durchsetzt und mit Hemdsärmeln aufgestreift ganz einfach auf Kosten der anderen sich hineinsetzen in diese Stadt, und das wollen wir nicht und das muss zur Kenntnis genommen werden.

Zwischenruf GR. Eichberger: Was regst du dich auf, das wollen wir auch nicht.

StR. **Miedl:** Das ist bitte weder eine Grenzverletzung, noch eine Verletzung des politischen guten Stils, wenn wir sagen, wir denken dran, wir wollen das anders und wir tun das anders, das muss doch möglich sein, meine Damen und Herren (*Applaus ÖVP*). Ohne dass wir uns da gegenseitig nahetreten oder irgendwelche Dinge an den Kopf werfen, es müssen und es muss erlaubt werden, dass in diesem Gemeinderat unterschiedliche Konzepte diskutiert werden und wenn das sozusagen als Majestätsbeleidigung gilt, dann hat der, der schreit, ein schlechtes Gewissen und ich denke, dass die Jugendpolitik in dieser Stadt nicht gut bedient war in den letzten zehn Jahren und dass sich da etwas ändern muss und das ist unsere Überzeugung und der Überzeugung wollen wir zum Durchbruch verhelfen (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Eichberger: Das ist eine Frechheit. Kümmere dich bitte um deine...

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wenn man so zuhört kommt mir vor, ich bin jetzt ein bisschen auf der falschen Veranstaltung. Da gibt es zwei Parteien im Haus, die haben vor fünf Jahren ein Arbeitsübereinkommen geschlossen, das ist ja eine gefährliche Drohung, muss ich sagen, weil was da jetzt passiert, das sind ja beinharte Kämpfe, das sind ja Hahnenkämpfe, also von wegen, dass hier ein Arbeitsübereinkommen geschlossen wurde, da frage ich mich und das Zweite, in letzter Zeit, Herr Bürgermeister, schalten Sie Anzeigen, dass alles, wie der Wiener zu sagen pflegt, leiwand ist oder alles Wonne/Griesschmarren in der Stadtregierung, nur wenn man sich Ihre Stadtregierer anschaut, na danke, wenn Sie sozusagen der Vorstandsvorsitzende der Firma Graz sind, dann tut es mir sehr leid. Aber das nur einmal einleitend. Zur Thematik, Frau Stadträtin, wir haben dazu einen anderen Ansatz und es steht dir natürlich unbenommen, sozusagen in den letzten Tagen deiner Regierungszeit als Stadträtin dich noch sozusagen als Mutter Theresa der Hausbesetzer aufzuspielen. Ich verstehe das ehrlich gesagt nicht, wir haben hier einen anderen Zugang, ich glaube, dass zuerst, es kann nicht so sein, dass man Gesetzesverletzung tätigt und dann redet, da haben wir einen anderen Zugang, wir glauben, wenn jemand was haben soll, dann soll er sich auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit bewegen und dann ist jederzeit, glaube ich, bei jedem Politiker und sonst überall die Tür offen, so wie es diesmal abläuft, kann es nicht abgelaufen sein und der Herr Bürgermeister hat das eh gesagt und das ist nicht ganz unrichtig, wenn man ein bisschen im Internet surft und ein bisschen sich die Seiten anschaut in Deutschland, wo ein bisschen ein härterer Wind schon weht, geht das ja jetzt nicht mehr, da kommen diese verummten Gruppen, das sind wahrscheinlich ihre Kommilitonen, kommen da und versuchen da in Österreich Stimmung zu machen. Stimmung zu machen und ich glaube, dass es so ist und da unterscheiden wir uns ja auch dann, dass es vielleicht 97 oder 98 % der Jugendlichen ja nicht betrifft, sondern es sind vielleicht maximal 1 % der Jugendlichen, die nicht bereit sind, sich ein bisschen in den gesetzlichen Rahmen einzuordnen und wie gesagt, es wird Sie auch nicht verwundern, wir sind keine besonderen Freunde von autonomen Jugendzentren, weil ich glaube, dass es nicht schlecht ist, wenn auch einem Jugendzentrum...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Sehr überraschend.

Mag. **Korschelt:** Sehr überraschend natürlich, haben Sie vollkommen Recht, natürlich ist es nicht überraschend, aber ich glaube, Jugendzentrum, eine gewisse Art an Führung gehört dann und dass diese autonomen Zentren im Großen und Ganzen sich nicht besonders bewährt haben und es überall Probleme gibt dann und ich glaube, wir müssen nicht unbedingt auch das aus Deutschland beziehungsweise aus anderen Staaten wieder zu uns holen. Also von uns ein klares Nein zu Hausbesetzungen, weil es kann nicht so sein, dass man zuerst versucht, mit Gewalt ein Haus zu besetzen und dann verhandeln wir, wenn jemand verhandelt, dann soll er zuerst kommen und wenn Jugendzentren, natürlich es ist immer schön und wie gesagt, der Kollege Miedl hat da eine Umfrage gemacht unter Jugendlichen, natürlich wünschen die sich mehr Jugendzentren, das ist so, wenn in einem Betrieb eine Umfrage mache und sage, wollt mehr Gehalt, na, natürlich will jeder mehr Gehalt, also diese Umfragen sind natürlich immer wieder, du bist jetzt vielleicht beleidigt, wenn man dieser Umfrage nicht einen hohen Stellenwert einräumt, aber natürlich diese Umfragen sind natürlich immer Nona-Fragen, die du da gestellt hast. Aber natürlich, wenn es Möglichkeiten gibt, dann zusätzlich ein Jugendzentrum zu errichten, soll von unserer Seite her werden wir sicher keinen Stein in den Weg legen. Was wir nicht haben wollen, ist ein autonomes Jugendzentrum, wo sich wieder Zellen bilden, die dann sozusagen der Beginn sind, dass wir weitere Hausbesetzungen, wieder Probleme haben, das wollen wir nicht und wie gesagt, wir glauben, dass es, wie gesagt, vernünftiger wäre hier Politik zu machen, die 97 oder 98 % der Jugendlichen der Stadt betrifft und nicht nur wieder 1 % und dass sich alle dann künstlich erregen wegen nicht einmal einem Prozent der Jugendlichen und hier, glaube ich, das hat der Wähler und das haben sich die GrazerInnen auch nicht verdient, dass jetzt schon seit fast zwei Stunden wird eigentlich über eine Minderheit diskutiert und dann, wie es so immer ist, dann um 20.00 Uhr werden dann die wichtigen Anträge im Schnellzugsverfahren durchgepeitscht und damit ist dann die Gemeinderatssitzung beendet. Also in diesem Sinne, wie gesagt, von unserer Seite her jederzeit ein Ja zu einem Jugendzentrum, aber wenn, dann soll es ordentlich geführt sein. Danke.

GRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich denke mir, die Strategie ist offensichtlich, jede Partei überlegt sich vor einer Gemeinderatssitzung, wie wird man es anlegen, dieses Mal hat halt die ÖVP ausgemacht, der Kollege Hohensinner stellt eine Anfrage an den Bürgermeister, wirft ihm quasi ein Hölzchen, der Bürgermeister antwortet gleich, weil man dadurch dann diskutieren kann hier in diesem...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Er kann ja gut fangen.

GRin. **Edlinger**: Das ist gut, dass euer Bürgermeister gut fangen kann und dann haben wir vielleicht als ÖVP auch die Möglichkeit, einzelnen Parteien vorzuwerfen, sie würden Hausbesetzungen fordern oder was auch immer, nicht so direkt aber indirekt. Denke mir, ok, es ist Wahlkampf, das Ganze haben wir jetzt noch drei Monate, damit werden wir leben, nur Tatsache ist, Herr Stadtrat Miedl, auch wenn Sie die Diskussion da herinnen bis jetzt als sehr interessant oder hochpolitisch gefunden haben, geholfen und gebracht hat die Diskussion da herinnen den Grazer Jugendlichen bis jetzt noch nichts (*Applaus SPÖ*). Weil wir sind jetzt keinen Schritt weiter als vor einer Stunde und Tatsache ist, dass wir im Sinne der Grazer Jugendlichen halt nur weiterkommen, wenn wir uns wirklich zusammensetzen. Natürlich haben wir in einzelnen Fragen manchmal unterschiedliche Zugänge. Grundsätzliche Sachen sind für uns alle gleich und nicht erst seit heute, Kollege Hohensinner. Dass Jugendliche möglichst viel Freiraum in dieser Stadt brauchen, da sind wir nicht erst heute draufgekommen, da haben wir uns sogar schon gemeinsame Beschlüsse schon in der letzten Gemeinderatsperiode gefasst. Nur Tatsache ist, weiterkommen in dem Bereich tun wir mit Hölzerlwerfen nicht, sondern weil wir uns einfach zusammensetzen und das diskutieren und schauen, welche Schritte sind möglich. Und da würde ich mir auch eines wünschen, Herr Stadtrat Miedl, vielleicht darf ich das noch anbringen. Sie haben diese Umfrage gemacht in den Schulen, das ist Ihr gutes Recht als Schulstadtart. Was ich mir als Mitglied des Kinder-, Familien-, Jugendausschusses gewünscht hätte, ist, dass Sie als Schulstadtrat so nett sind und vielleicht mit der Kollegin Potzinger als unserer Vorsitzenden im Ausschuss Kontakt aufgenommen hätten und gesagt hätten, du,

das muss doch auch interessant sein die Ergebnisse für die Mitglieder im Familien- und Jugendausschuss, wir haben durchaus die Praxis, vielleicht können Sie sich noch erinnern, wie sie früher selbst ja einmal Ausschussvorsitzender waren, damals noch als Gemeinderat, ist durchaus die Praxis, dass wir immer wieder zu speziellen Themen einzelne Sitzungen unabhängig von Gemeinderatsstücken einberufen, also was ich mir gewünscht hätte ist, ist ja auch noch möglich, vielleicht auch noch bis zum 20. Jänner, Sie nehmen Kontakt auf mit der Kollegin Potzinger, sagen, ich habe diese Umfrage in den Schulen gemacht, ich habe jetzt Ergebnisse, das muss ja interessant sein für diesen Ausschuss, können wir das nicht dort präsentieren und diskutieren. Das kann dann dort eine Diskussion sein, die den Grazer Jugendlichen wirklich was bringt, aber so ist es ein bisschen schwierig. Ich habe nämlich im Amt angerufen, wie ich gehört habe, aus den Medien gelesen, dass Sie diese Umfrage machen und habe gefragt, da muss es ja jetzt ein Ergebnis geben, als Mitglied im Ausschuss Familie und Jugend interessiert mich das. Das Amt hat mir das Ergebnis nicht zur Verfügung stellen können, weil sie es nicht gehabt haben, weil das offensichtlich irgendwie über Ihr Büro abgewickelt wurde, also da tue ich mir dann ein bisschen schwer im Sinne der Grazer Jugendlichen als Ausschussmitglied zu arbeiten, deswegen vielleicht schaffen wir es bis zum 20. Jänner, hier eine sachlich wirklich fundierte Diskussion zu führen, sonst kann man den Grazer Jugendlichen nur sagen, bitte warten bis zum 20. Jänner, danach hat sich hier herinnen die Diskussion wieder normalisiert und es geht in eurem Sinn was weiter (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder:** Interessant, was sich so abspielt in den letzten Gemeinderatssitzungen vor der Wahl, obwohl ja gerade die Bürgermeisterpartei gemeint hat, sie wird einen ganz, ganz kurzen Wahlkampf machen.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: *Es soll ja sogar Hausbesetzungen geben.*

GRin. **Binder:** Wir merken, dass es auch in Zeitfragen unterschiedliche Auffassungen gibt. Es haben einige heute ihre tollen Auftritte gehabt, Hohensinner, der Herr, was ist deine Funktion...

GR. **Schönegger:** Bezirksgeschäftsführer.

GRin. **Binder:** ...Klubobmannstellvertreter, der Herr Stadtrat Miedl hat sowieso zwei tolle Auftritte gehabt mit viel Schwung und Energie. Was das Gefährliche an diesen Diskussionen ist, ist nicht nur, dass sie dann abgleiten auf so eine persönliche Ebene, sondern es gibt so eine Art Freistoß für Rabaukentum und dieses Rabaukentum ist es, das mir in diesem Gemeinderat in letzter Zeit sehr sauer aufstößt. Da wird gezündelt und da bin ich mir schon vom ersten Satz an sicher, dass es hier um nichts anderes geht als um Austeilen, Tiefschläge ansetzen etc. Elke Edlinger hat versucht, das Ganze auch noch einmal auf eine bisschen sachliche Ebene zu bringen und dort möchte ich auch hin. Der Herr Bürgermeister in der Anzeige schreibt, die heute schon einmal zitiert wurde, Nagl erteilt Hausbesetzern und Grünen eine Abfuhr. Und ich verstehe überhaupt nicht, was das heißen soll. Ich weiß überhaupt nicht, Herr Bürgermeister, wofür wollen Sie uns eine Abfuhr erteilen, also mir ist das ein Rätsel? Dass Gemeinderätinnen entgegen den Aussagen vom Herrn Schönegger dort sind, so wie auch die Frau Stadträtin, um dort mit den Hausbesetzerinnen und Hausbesetzern zu kommunizieren, und das war auch notwendig und das wird wahrscheinlich auch wieder notwendig sein, wenn ich mir anhöre, wie die ÖVP sich hier einigelt, das hat für mich sehr wohl auch mit Respekt diesen Menschen gegenüber zu tun. Denn es sind nicht alle so smart und wollen auch gar nicht so smart sein wie, Ihr gehört zur Jugend, nehme ich an, Herr Kollege Schönegger und Hohensinner, es gibt auch andere Jugendliche und ihr habt sehr oft das Wort Respekt in eurem Mund. Aber dann, wenn es darauf ankommt, dann lässt plötzlich dieser Respekt sehr zu wünschen übrig.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Für Hausbesetzer haben wir keinen Respekt.

GRin. **Binder:** Wir sympathisieren mit den Anliegen dieser Menschen, die das Haus besetzt haben, wir sympathisieren weniger bis gar nicht, da gibt es auch Unterschiede mit den Methoden und den Ausdrucksformen, wie eine Gruppe von jungen Menschen auch zu ihrem Recht kommen kann. Und das hat jetzt nichts damit zu tun, wie da auch angetönt wurde und auch hier in der Zeitung steht, die linke Anarchoszene und das Haus, das Eigentum eines Privaten, ist besetzt worden. Meines Wissens nach ist das Haus im Eigentum der Ärztekammer, steht lange leer und ich würde mich gerne einmal hier in diesem Gemeinderat darüber unterhalten, ob nicht auf jahrelang leerstehende Gebäude endlich auch einmal steuermäßig anders zugegriffen werden kann, denn diese Gebäude sind hauptsächlich Spekulationsobjekte und würden dringend für anderes gebraucht werden und genau bei dieser Frage, auch bei dieser Frage stelle ich mir die Frage, wem denn diese Stadt gehört, gehört sie den Smarten allein, gehört sie jenen, die Häuser besitzen und sie gar nicht brauchen und damit spekulieren können, weil sie es sich leisten können, während wir Menschen haben, die ganz anderes brauchen würden, wem gehören auch die spärlichen Freiräume und ich würde mir wünschen und das wäre mein Anliegen, ohne viel jetzt mit Wahlkampfgetöse und so unter der Gürtellinie, das Anliegen nach einem autonomen Jugendzentrum hat seine hohe Berechtigung. Und auch wenn sich ein Herr Korschelt nicht vorstellen kann, was das sein kann, ein autonomes Jugendzentrum...

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Er hat gesagt, er will sich das nicht vorstellen.

GRin. **Binder:**...weil er sich wahrscheinlich nicht informiert hat, wie zum Beispiel das WUK in Wien seit ganz, ganz vielen Jahren, Frau Stadträtin Kaltenbeck hat das auch

angezogen, seit ganz vielen Jahren eines der wesentlichen Kulturzentren ist und wo ausgezeichnete Arbeit geleistet wird und so etwas wünsche ich mir hier auch in Graz neben anderen Kulturzentren. Aber in dieser Diskussion ist eine Polarisierung aufgetreten als wäre das eine nicht möglich, wenn es das andere gibt und umgekehrt, so ist es nicht. Bitte gehen wir an diese Frage sachlich heran und versuchen wir mit Respekt auch den Wünschen jener Menschen, die heute vor einiger Zeit ein Haus besetzt haben, zu begegnen und ihnen auch die Chance zu geben und auch uns die Chance zu geben, denn so ein autonomes Jugendkulturzentrum ist auch eine Chance für uns, nicht nur für die, die das Haus besetzen.

GR. **Schönegger**: Vielleicht nur ganz kurz ein paar Sätze zur Sigi Binder, weil ich früher auch mit dem Hermann Candussi diskutiert habe. Ich habe mich sehr gefreut, als die Lisa Rücker heute klargestellt hat, dass sie keine Sympathie für Hausbesetzer auf Grund der Hausbesetzung hat. Mit dem Anliegen schon, habe ich so verstanden, vielleicht habe ich es falsch verstanden. Sigi Binder stellt sich da heraus und sagt, ja das Haus, na gut, das hat ja der Ärztekammer gehört, das kann man ja quasi, ist mitgeschwungen, ist für mich mitgeschwungen.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Das hat sie nicht gesagt.

GR. **Schönegger**: Ich habe deswegen die Lisa Rücker vorweg genannt. Ich wollte eigentlich ganz was anderes sagen. Harald Korschelt, wir haben schon Recht mit unseren Inseraten, in Graz ist vieles weitergegangen und zwar gemeinsam mit allen, das ist auch da nachzulesen. Darauf können wir auch stolz sein, dass wir heute unterschiedlicher Meinung sind in einer wesentlichen Frage, nämlich in der Frage, wie man mit Eigentum anderer Menschen umgeht, das ist auch etwas Normales, wir sind dieser Meinung mit eurer Fraktion gemeinsam, andere sind anderer Meinung. Was ich eigentlich sagen wollte, weil sich der Wolfgang Riedler vorher ein wenig echauffiert hat, ich habe in meiner ersten Wortmeldung gesagt, ich finde es schäbig,

wie sich manche verhalten, wie sich die Parteifreunde der Tatjana verhalten, ich habe gemeint und da bitte ich auch um Verzeihung, diese Größe habe ich, dazu stehe ich, ich bitte um Verzeihung, es sind da mit mir die Emotionen durchgegangen. Die Tatjana da so allein draußen stehen zu lassen, ich habe bis dato von Walter Ferk kein Wort dazu gehört, ich habe bis dato vom Wolfgang Riedler kein Wort dazu gehört, deswegen war ich echt böse. Die Tatjana Kaltenbeck, die ein tolles, ich wiederhole es, ein Abschiedsinterview gegeben hat, da so alleine stehen zu lassen, das hat mich innerlich echt aufgeregt und dafür entschuldige ich mich (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Candussi**: Herr Mag. Schönegger, ich sage ganz bewusst nicht lieber Bernd...

Zwischenruf GRin. Gesek: Wir sind nicht in der Schule.

Mag. **Candussi**: Ich weiß den Unterschied, meine SchülerInnen kenne ich besser als Sie. Bernd Schönegger hat gerade wieder ein wunderbares Beispiel dafür gebracht, wie man in diesem Haus zündeln kann, wie man Leuten im Mund das Wort umdrehen kann. Sigi Binder hat nichts anderes gesagt, als dass das Haus der Ärztekammer gehört hat, Punkt, aus, und sie hat gesagt, denken wir darüber nach, ob wir leerstehende Wohnungen oder Häuser besteuern können oder nicht. Sie hat nicht gesagt, denken wir darüber nach, ob wir Häuser besetzen sollen oder nicht.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Du musst wissen, dass es Leute mit Aufmerksamkeitsdefizit gibt.

Mag. **Candussi**: Soll jetzt einmal sein. Ich habe während der Debatte relativ viel über meine Jugend nachgedacht, die so, landläufig hätte man gesagt, wir sind hergewachsen wie die Rüben, woanders würde das wahrscheinlich heißen, autonom. Das heißt, ich bin im Stiftingtal aufgewachsen mit sehr viel Platz rundherum, wir waren sehr viele Kinder am Viktor-Geramb-Weg und wir haben uns eigentlich sehr frei bewegen können in dieser Gegend, weil viel Platz war und wir haben einen relativ lockeren Umgang gepflogen mit dem Eigentum von anderen Menschen. Wie Jugendliche das möglicherweise generell einmal tun, weil sie da was ausprobieren, wir haben Kirschen gestohlen, wir haben Kukuruz nach Bedarf gestohlen, wir haben Gartenhütten besetzt und dort gewohnt, wir haben uns für den Ernstfall, dass da jemand kommen könnte, bewaffnet...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Pass auf, sonst sagt die ÖVP, du bist fürs Stehlen.

Mag. **Candussi**: Wir waren eigentlich wahnsinnig schlimm. Und jetzt Spaß bei Seite, ich sage das nicht ganz, nur um jetzt lustig zu sein, sondern ich denke darüber nach, was war der Unterschied, dass das bei uns damals möglich war, dass wir durchaus auch noch mit Steinen schmeißen konnten oder sonst was, dass das möglich war und das wurde dann irgendwo zwischen Eltern geregelt oder mit Taschengeldentzug oder sonst irgendwie, es waren eigentlich brutale Geschichten, die wir gemacht haben, aber sie gingen, weil wir Raum hatten. Wenn Jugendliche in der Stadt das tun würden, was ich als Jugendlicher getan hätte, dann ginge das ohne mittelgroßen Polizeieinsatz nicht mehr ab und das ist das, was mir eigentlich durch den Kopf geht, was da passiert in Ballungszentren und mit Raum für Jugendliche, Raum für Exploratives, Raum auch für, sagen wir einmal, Aggressionsfreiräume..

Zwischenruf GRin. Krampl: Wie alt warst du damals?

Mag. **Candussi**: Das hat sich gezogen, 16/17 waren wir schon auch noch, wo wir uns ziemlich aufgeführt haben, dann schon mit Mopeds im Wald und ich weiß nicht wie noch. Es ist alles Definitionssache und es ist die zweite Sache und ich bin froh, dass der Werner Miedl jetzt wieder da ist. Der Werner Miedl hat schon auch eine besondere Gabe immer dann seinen Polizisteninstinkt durchblitzen zu lassen, wenn er bestimmte Dinge und Tatbestände beschreibt. Und ich habe mir hinten, wie ich da gesessen bin und zugehört habe, gedacht, wie wäre es und habe so frei nach Antonio Fian, den vielleicht manche kennen von den Dramoletten, die er im Standard immer schreibt, ein Dramolett entwickelt und das heißt: „Werner Miedl beschattet die Sternsinger.“ Und Werner Miedl auf der Pirsch hinter den Sternsingern nach und am Abend schreibt er in sein Notizbuch, organisierte bettelnde Jugendbande, von Erwachsenen aufgestachelt, mittels Hausfriedensbruchs und Beschmieren von Haustüren (Geheimcode CMB??) und manchmal unerträglicher Lärm und Geruchserregung in Privathaushalten, maskiert, vorgeblich farbig, erpressen mittels sozialem Druck Geld von Hausbesitzern, das ganz unverhohlen für (Hilfsprojekte) ins Ausland transferiert werden soll. Werner Miedl notiert höchst bedenklich: Wir werden der Sache weiter nachgehen.

GR. Mag. **Fluch**: Aus aktuellem Anlass, lieber Hermann Candussi, du weißt, ich bedauere, dass du dem nächsten Gemeinderat nicht mehr angehören wirst. Ich denke, wir müssen uns zum Glück überhaupt keine Sorgen um dich machen, weil selbst als Verfasser von Dramoletten wirst du dein Publikum finden. Ich denke, das war auch wirklich lustig, ein bisschen muss ich es auch entzaubern, wir zwei kommen ein bisschen auch aus dem gleichen Stall, das heißt, wir haben es auch gelernt, solche Textsorten zu schreiben, es ist trotzdem witzig, Kompliment, passt schon und war sicher lustig. Ich möchte trotzdem zurückkommen zu dem, was ich jetzt doch über eineinhalb Stunden auch da in meiner Bank mitverfolgt habe. Mich wundert es immer, wenn in diesem Grazer Gemeinderat so über die Parteien hinweg manche beklagen, dass da irgendwie Wahlkampf stattfindet und dass Politiker Auftritte haben wollen und diese ihnen gelingen und irgendwie auch Emotionen entstehen, Entschuldigung, das ist unser Job da hier, wobei ich immer merke, das Unangenehme ist, dass auch die wenigen Journalisten neben den wenigen

BesucherInnen auf der Galerie, die uns noch zuhören, irgendwie nicht sonderlich amüsiert zuhören, sondern eigentlich durchaus auch gequält. Also manches davon geht ganz offensichtlich daneben, heißt für mich, wir sehen, ob wir mit dem, was wir hier tun, richtig liegen, wenn draußen auf der Straße die Bürger wissen, welche Linien wir verfolgen und da sind wir jetzt sozusagen beim ernstesten Kern dessen, was die Anfrage von Kurt Hohensinner eigentlich bewirkt hat. Er hat nämlich eine Frage gestellt, die ich bisher erst von einer Seite beantwortet bekommen habe. Er hat gefragt, wie ist das, ein Beispiel der Hausbesetzungen, kriegen jetzt, die laut sind, schneller Recht, sind jetzt die, die sich gegen Gesetze wenden, die irgendwie so ungesichert auf Dächern herumlaufen, die sich ver mummen, die sich verkleiden, die Aufruhr machen, die in den Medien landen, sind die diejenigen, die jetzt schneller was erreichen als diejenigen, die so den Marsch durch die Institutionen antreten und bei uns vorstellig werden und Anträge stellen und Politiker bemühen und sich um Termine bemühen und dann sagt man ihnen, ein Termin kam nicht zustande und das dauert halt und im Budget ist es nicht vorgesehen, das war sozusagen der eigentliche Kern der Anfrage. Ich habe zu dieser Frage eine sehr klare Antwort des Herrn Bürgermeisters gehört, weil er gesagt hat, das ist nicht der Weg, den wir unterstützen wollen und diese klare Antwort, die fehlt mir von anderer Seite noch immer. Es sind in dieser Debatte trotzdem für mich ein paar Dinge aufgetaucht, die hochpolitisch sind und da merke ich, ich werde dem Herrn Korschelt durchaus auch Freude machen, denn in manchen Bereichen treffen wir uns mit unserem Arbeitsübereinkommenspartner. In einem Bereich nicht. Es schaut nämlich immer so aus, als gäbe es nur die Leisen und nur die Lauten, als gebe es sozusagen die Lauten, das sind die, die immer gleich auch missverstanden und arm und gefährdet sind und da muss man extra hinschauen, sind eine Minderheit und alle sind ja so schlimm zu ihnen und besonderes böse ist der Herr Bürgermeister und auf der anderen Seite gibt es da nur die Smarten und die Angepassten und das hat dann schon wieder so einen abwertenden Unterton. Und ich behaupte, neben den Lauten und neben denen, die sich da ver mummen und neben denen, die Häuser besetzen und die laut aufschreien und sich so auf die Art bemerkbar machen, mag unbenommen sein, gibt es einfach sehr, sehr viele andere und deren Anliegen zu sehen, ist einfach unsere ursächliche Aufgabe und sozusagen hinstellen zu lassen, als gebe es nur die Smarten, die eh keine Unterstützung brauchen, weil sie sich selber helfen können, so die Angepassten, die Bürger und auf der anderen Seite die,

die sowieso arm sind, weil sie zu diesen Mitteln greifen. Das ist für mich eine hochpolitische Frage und da bewege ich mich als Vertreterin der ÖVP in Graz ganz eindeutig dort, wo nämlich die Menschen sind und zwar die Mehrzahl der Menschen, ohne jetzt respektlos mit einer Minderheit umgehen zu wollen, aber ich lasse das einfach nicht ausklammern, das lasse ich nicht zu, dass man nur so tut, als gebe es die eine oder die andere Gruppe. Wie gesagt, ich wünsche mir diese eine Antwort, ist es so, dass die Lauten gewinnen oder ist es so, dass man auch auf die hört, die sozusagen ihre normalen Aufgaben wahrnehmen, die die normalen Wege wählen? Und da ist heute etwas gefallen, das für mich wichtig ist, auch von meinem beruflichen Hintergrund her. Die Hausbesetzer, hat es geheißen, das sind nicht nur Jugendliche, das sind auch Erwachsene, es geht nicht nur um die Schaffung eines Jugendzentrums, es geht sozusagen um die Schaffung eines autonomen Kulturzentrums, wie immer man das nennt. Ja aber auch bei der Bürgerbeteiligung bitte gibt es Menschen, die bereit sind, unglaublich viel ihrer Freizeit in einen Bürgerbeteiligungsprozess hineinzustecken. Wir haben das heuer bei der „Zeit für Graz“ gesehen und dort gab es Bürger, die haben genau diesen Weg gewählt und haben gesagt, wir wünschen uns Begegnungsräume in der Stadt, wir wünschen uns in den Bezirken sozusagen Räume, die von der Stadt aber auch zur Verfügung gestellt werden, wo man dann auch vielleicht Personal einsetzt, das muss ja nicht eine vollbeschäftigte Kraft sein, aber wir hätten gerne, dass jemand dort Sitzungen moderiert, weil vielleicht kommen dort Konflikte, das war ein umfangreicher Prozess, wir waren teilweise dabei, wir wissen, die Bürger fordern das, ja bitte, da gibt es keine eineinhalbstündige Diskussion im Gemeinderat und das sind Bürger, deren Anliegen ich sehr ernst nehmen möchte und zwar ernster nehmen möchte, als die von den wenigen, die ein Haus besetzen und wie gesagt, privates Eigentum verletzen, das ist mir ganz wichtig (*Applaus ÖVP*). Nun zu den Grünen, Sigi Binder hat sich jetzt sozusagen sehr gemäßigt geäußert, aber da waren schon ein paar Spitzen dahinter und es darf sich die Grüne Fraktion auch nicht wundern, wenn die Broschüre, wo es damals darum geht, wie geht man mit der Polizei um, dass die einfach auch Widerstände weckt, dass man darüber diskutiert. Heute habe ich gehört, dass die Frau Klubobfrau sagt, sie hat Sympathien für die Gruppe der Hausbesetzer, das war sehr nobel formuliert. Ich habe auch ein bisschen gesurft im Internet, habe mir so angeschaut, diese Gruppe ruft zur Mitverweigerung auf, geht davon aus, dass sozusagen Eigentum an Grund und Boden in privaten Händen

nichts verloren hat, also das sind Dinge, wo ich sage, ich sehe das nicht wirklich als ganz harmlos an, wenn eine Fraktion im Gemeinderat dann sagt, sie sympathisiert mit der Gruppe. Wie gesagt, jede, ich werde alles dafür tun, da gibt es diesen berühmten Ausspruch, dass diese Gruppe im Internet ihre Meinungen äußern kann, ich habe ein paar Dinge gefunden, die durchaus auch spannende sind, die ich aber nicht teile, weil zum Beispiel gibt es einen Artikel, der sozusagen als Diskussionsbeitrag ins Forum gestellt wurde über Erziehen, wo man davon ausgeht, dass es für Erziehende im Wesentlichen zwei Erziehungsmittel gibt, die Verführung und die Erpressung andererseits und dann noch Einschüchterung und dass man deswegen davon absehen sollte, erzieherisch tätig zu werden gegenüber Kindern. Also das sind so Dinge, die, ich denke, als Diskussionsbeiträge interessant sind, nur sympathisieren möchte ich einfach mit solchen Tendenzen sicherlich nicht (*Applaus ÖVP*). Ein letzter Punkt, und da bin ich jetzt bei der Elke Edlinger, und kann dem Kollegen Korschelt mitteilen, vielleicht treffen wir uns doch wo als Arbeitsübereinkommenspartner, ich nehme an, dass die Sissi Potzinger gemeinsam mit Stadtrat Miedl kein Problem haben wird, über die Broschüre und die Ergebnisse der Umfrage unter SchülerInnen zu berichten. Ich würde mir wünschen, dass sich der Jugendausschuss auch wirklich konkret mit den Möglichkeiten für ein Jugendzentrum in Gösting beschäftigt und zwar noch in dieser Legislaturperiode. Wir werden es jetzt nicht mehr umsetzen, aber man kann es sehr solide vorbereiten und vielleicht noch ein letztes Wort dazu, ich bitte sehr, dass man das Jugendzentrum Explosiv hier sozusagen aus der Wahlauseinandersetzung heraushält. Glücklicherweise erhält es in einer Phase, in der es nicht offen ist, weil es momentan seine Räume noch herrichtet und noch nicht die Finanzen dafür gesichert hat, erhält es die Unterstützung von verschiedenen Ressorts der Stadt Graz und auch das Land, ich habe das Glück, dass ich das mit vorbereiten kann, es läuft über meine politische Chefin, bemüht sich, dass man da auf einen guten Weg kommt. Das Explosiv sollte man da raushalten und wir sollten schauen, dass man bei solchen Fragen, wo es dann wirklich darum geht, dass junge Leute was davon haben, sprich die Ergebnisse der Umfrage von Stadtrat Miedl berücksichtigen, sprich Jugendzentrum in Gösting, bitte endlich verwirklichen, auch wenn sie zu den Leisen zählen und nicht zu den Lauten und auf keinen Dächern rumklettern und drittens, bitte das Explosiv wenigstens nach er Wahl dann auch ordentlich auf die Beine stellen. Danke vielmals (*Applaus ÖVP*)

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Weil da immer wieder der Vorwurf schon seit vielen Jahren im Raum steht, von der ÖVP in meine Richtung geäußert, ich mache nur Politik für Randgruppen, möchte ich dazu sagen, der Vorwurf an mich ist das eine, ich kann mich da ganz gut wehren und im Übrigen möchte ich dem Herrn Kollegen Schönegger sagen, es ist schon ein komisches Spiel, auf der einen Seite wir beschließen, hauen wir die Kaltenbeck, weil da können wir uns am besten profilieren als künftige Jugendstadträte und auf der anderen Seite sich dann hinzustellen und sagen, na schau, wie arm die ist, ich kann mich selber verteidigen und definiere selber, wann ich mich alleine fühle, soviel dazu. Aber der Vorwurf gegen mich ist das eine, aber was mich sehr nachdenklich macht bei dieser wiederholten Behauptung ist die leichtfertige Definition gegenüber Gruppen von Menschen, nämlich davon, was wir denn als Randgruppe bezeichnen. Das macht mich, Herr Kollege Miedl, wirklich sehr, sehr nachdenklich. Und schauen wir sie uns einmal an, von wem wir reden, wer sind den die Nutzer und Nutzerinnen der Angebote des Jugendamtes? Ich erinnere daran, erinnere dich und mich daran, ich glaube von dem Raum war niemand dabei, wir hatten vorige Woche die Eröffnung eines Zubaus des WIKI-Jugendtreffs in Grünanger. Den gibt es schon seit vielen Jahren und zwar dort für die Jugendlichen, die in der Siedlung wohnen mit Beratungsangeboten, mit Unterstützungsangeboten, mit Freizeit, jetzt frage ich dich, Kollege Miedl, du warst auch dort als WIKI-Obmann und jetzt frage ich dich, wir haben ja eine Untersuchung gemacht, die Scheubl-Untersuchung, wird dir ja auch bekannt sein, wo wir eruiert haben, wer sind den Zielgruppen der einzelnen Jugendzentren und da hat WIKI-Grünanger zum Beispiele angegeben, Jugendliche zwischen 13 und 16 Jahren, enger Siedlungsbezug im Kontext der Sprengelschule, also viele Jugendliche aus der Schule kommen dorthin, gibt es auch eine gute Kooperation mit der Schule Liebenau. Vor allem HauptschülerInnen, etwa zwei Drittel davon mit Migrationshintergrund, viele Jugendliche aus sozial schwächeren Familien, einige Jugendliche mit Drogenproblemen, ohne reguläre Berufsausbildung beziehungsweise regelmäßige Beschäftigung. Jetzt stelle dir vor, eine von uns wäre dorthin gegangen und hätte dort geredet, du oder ich, mit dem Bild der Jugendlichen davon, dass sie Randgruppenjugendliche seien, ich glaube, die hätten dort anders geredet. Jetzt können wir uns anschauen, wie schauen die Zielgruppen in allen anderen Einrichtungen aus. Also, zum Beispiel im Domino Jugendliche ab 14 Jahren. In der Dietrichkeuschn Hauptzielgruppe, ich brauche jetzt ein bisschen länger, aber

ich muss das jetzt ein für alle Mal richtigstellen, es tut mir leid. Hauptzielgruppe sind Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren, Lehrlinge und Angestellte, junge Erwachsene bilden eine kleinere Kerngruppe. WIKI habe ich schon genannt, Don Bosco: Kinder unter 12 Jahren, Jugendliche über 12 Jahren, gemischtes Stammklientel von zirka 150 Kindern, InländerInnen und MigrantInnen. Jugendzentrum Umleitung: alle Jugendlichen in Andritz zwischen 12 und 25 Jahren, im Besonderen sozial benachteiligte Jugendliche. Ich hoffe, dass wir nicht sozial benachteiligt gleichsetzen mit Randgruppen, aber da komme ich noch dazu. Insel überwiegend MigrantInnen, überwiegend männlich, HauptschülerInnen, Lehrlinge, Szene, insbesondere Hip Hop. Diabolo, Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren, stadtteilspezifische Ausrichtung auf Jugendliche aus Puntigam. Fantastic, das ist übrigens jenes Jugendzentrum, das solange gedauert hat, nämlich eine ganze Periode, weil der damalige Liegenschaftsreferent einfach nicht bereit war, den Mietvertrag in der Neuholdaugasse rechtzeitig zu unterschreiben, alle die damals im Gemeinderat waren und vor allem im Jugendausschuss wissen, wie sich das hinausgezögert hat. Er ist jetzt nicht mehr Liegenschaftsreferent, Finanzreferent war er damals auch.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Ich war es nicht.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Fantastic, Jugendliche zwischen 12 und 25 Jahren, Großteil 14 bis 17 Jahre. SchülerInnen, Lehrlinge, kleinere Gruppe von Jugendlichen mit Defiziten. Lehrlinge und SchülerInnen, sowohl Burschen als auch Mädchen, etwa 50 % InländerInnen, Kerngruppe zwischen 14 und 17. Also ich denke, das hat deutlich gemacht, dass wir überhaupt nicht einmal ansatzweise davon reden können, dass da nur Randgruppen hinkommen, dann sage ich, bitte Kollege Miedl geh in die Einrichtung und sage denen, ihr seid lauter Randgruppenjugendliche, dann haben wir noch ein paar Hausbesetzer und Hausbesetzerinnen mehr. Ich verwehre mich dagegen, eine ganze Gruppe von Menschen, nur weil sie eben gerade darauf angewiesen sind, aber auch interessiert daran sind, Jugendzentren mit den tollen Angeboten, die wir haben, zu nutzen, zu diffamieren als Randgruppenjugendliche

(*Applaus SPÖ*). Und ich habe mir den Folder jetzt genauer angeschaut, habe ihn zum ersten Mal in die Hand genommen, du fragst die Jugendlichen, welche Angebote sie sich wünschen würden und anzukreuzen ist Internet, Lesecke, Drehfußballspiele, Musik, Rock, Pop, Technorap, Sport, Kulturangebot, Sonstiges, das haben wir alles in unseren Jugendzentren, da ist nichts Neues daran, das haben wir, seit es Jugendzentren in Graz gibt. Und noch einmal zu den Randgruppen und zu dem Vorwurf, ich arbeite nur für Randgruppen. Wir haben im heurigen Sommer ein ganz großartiges Projekt für Jugendliche gehabt, leider haben viel zu wenig Mädchen teilgenommen, aber es muss für nächstes Jahr oder müssen sich andere für nächstes Jahr noch was anderes überlegen, in Siedlungen, wo es besonders viele Konflikte gibt, sie sind eh bekannt, die Riesensiedlungen in Graz, Jugendliche eingeladen haben zu Homesoccer. Den ganzen Sommer sind sie von Fratz Graz betreut worden, haben sie trainiert und am vorigen Samstag hat es in der Siedlung in der Schererstraße ein ganz tolles Abschlussturnier gegeben. Hunderte von Jugendlichen in Siedlungen haben teilgenommen, es wird doch hoffentlich niemand sagen, dass das alles Randgruppenjugendlichen sind, weil sie in Wohnungen sind, die dem sozialen Wohnbau zugehörig sind, sind wir uns da hoffentlich einig, also das sind keine Randgruppenjugendliche. Diejenigen, die die Spielbusse in Anspruch nehmen, sind ja hoffentlich auch keine Randgruppenjugendlichen. Die unsere Ferienaktion in Anspruch nehmen, im Winter, im Sommer, in den Semesterferien, aber auch unsere Erholungszuschüsse, die werden wir doch hoffentlich auch nicht zu Randgruppenjugendlichen zählen. Die Mädchen, die am Mädchenparlament teilnehmen, zählen wir hoffentlich auch nicht zu Randgruppen, es sei denn, man hat die Haltung, Frauen sind Randgruppen, die soll ja auch noch in irgendwelchen Köpfen schwirren, diese Haltung. Das Gleiche gilt übrigens, dass es vielleicht auch die Haltung gibt, alle Migranten und Migrantinnen sind einer Randgruppe zuzuordnen. Die Kinder im Kindergemeinderat sind auch keine Randgruppen und schon gar nicht jene hunderte von Jugendlichen, die jetzt seit zwei Jahren im Projekt Point for Action mitarbeiten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, 3000 Stunden wurden ehrenamtlich von diesen Jugendlichen nicht nur angeboten, sondern durchgeführt in Senioren und Seniorinneneinrichtungen, das ist gelebter Dialog und das ist gelebte Partizipation und so stelle ich mir Jugendarbeit vor, die jugendliche Menschen einlädt zum mitmachen, um sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Und übrigens, auf diese Jugendliche können wir wirklich sehr stolz sein, die verdienen den Applaus,

den du gerade angedeutet hast (*Applaus SPÖ*). Und, liebe Kollegin Fluch, ich möchte dir gerne sagen, dass natürlich diese durchaus berechtigte Frage, kriegen die jetzt etwas, nur weil sie lauter sind, das ist natürlich eine Geschichte, mit der man sehr sensibel umgehen muss und mit der ich auch sehr sensibel umgehe, mich jedenfalls darum bemühe, aber eines möchte ich schon dazu sagen, weil du gesagt hast, machen wir denn plötzlich Politik, wo sich die Lauteren durchsetzen, ich könnte dir hunderte von Entscheidungen in den letzten Jahren hier aufzählen, die nur gefallen sind, weil sich die Lauten durchgesetzt haben, nur deshalb,...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Ich stelle überall die gleiche Frage.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** ...weil die besondere Lobbying-Gruppen gehabt haben. Und weil davon geredet wurde, das kann doch nicht sein, dass wir zulassen, dass privates Eigentum verletzt wird, genau diese Lobbying-Interessen mit den lauten Stimmen haben zunehmend, und das ist auch eure Verantwortung und da wurde auch die des Bürgermeister angesprochen, dazu geführt, dass der öffentliche Raum immer enger wird, dass eine Gruppe nach der anderen aus dem öffentlichen Raum verdrängt wird, weil sie Konsum, Profit und Handelsinteressen nicht entspricht, habt ja selber so formuliert. Ich könnte ja zitieren, wenn ich wollte. Also wenn, ich gebe dir gerne Recht, sensibel zu schauen, wer setzt sich denn durch und wie balancieren wir aus, was an Interessen und Bedürfnislagen da ist, aber dann bitte soll das für alle gelten und nicht nur für eine Gruppe von Menschen, mit der ihr ein großes Problem habt. Ich bin dafür, Politik zu machen, die vor allem den Leisen eine Stimme gibt, das schon, aber dann bitte gleichberechtigt für alle (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ja nicht ganz neu in diesem Haus, aber so wie sich das heute abspielt, das ist schon neu für mich. Und das ist keine Erfahrung, die ich unbedingt öfter machen möchte. Ich will jetzt gar nicht in die Sachdiskussion eingehen, es war ja ein bisschen Sachlichkeit auch in der

Diskussion, nicht allzu viel, aber immerhin ein bisschen. Aber so viel Pharisäertum oder ich weiß nicht, wie ich es sonst nennen soll. Die Tatjana Kaltenbeck müsste man in die Schatzkammer geben, die Wertgeschätzteste, also vor allem von der ÖVP und dann schütten wir wieder den Kübel hin und umgekehrt genauso. Wir sitzen jetzt da über zwei Stunden und tun uns nur anagitieren, wir wissen, es gibt eine Gruppe, die hat diesen Zugang und es gibt eine andere Gruppe, die hat einen anderen Zugang, diese Positionen können wir da ruhig diskutieren, aber wir agitieren uns da seit zwei Stunden an und dafür zahlt uns der Steuerzahler und das ist eine Katastrophe, das sage ich euch. Wir haben noch zwei Sitzungen, ich werde da jetzt sicher nicht sozusagen es dazu bringen, dass wir in den nächsten zwei Sitzungen nicht Wahlkampf haben, das ist schon klar, dass man im Wahlkampf die Auseinandersetzung mit dem anderen finden muss. Warum es ausgerechnet die Tatjana ist, verstehe ich nicht, weil die geht eh, aber das ist ja nicht mein Problem, aber überlegt euch wirklich oder überlegen wir uns alle, ich will mich da ja nicht ausnehmen, überlegen wir uns alle, ob wir die nächsten zwei Sitzungen in dieser Art und Weise weiterführen wollen. Die Journalisten interessiert das nicht mehr, uns eigentlich auch nicht, dass wir uns da gegenseitig anagitieren, für wen tut ihr das oder wir das?

GR. **Hohensinner:** Bei Anfragen gibt es kein Schlusswort, aber trotzdem. Ich bedanke mich bei allen für die angeregte Diskussion, weil ich glaube, zum Thema Jugend ist nie zuviel Zeit verschwendet. Ich möchte nur eines klarstellen. Wir sollen den leiseren Jugendlichen mehr Gehör schenken, deswegen ist ein Jugendbeirat ganz, ganz wichtig und da möchte ich was klarstellen, ich habe jemandem Unrecht getan und zwar ist der Jugendbeirat in der Werkstätte Graz diskutiert worden und der Alexander Perissutti war bei einer Veranstaltung dabei und hat sich auch äußerst konstruktiv eingebracht, umso schade finde ich, dass er in der nächsten Periode nicht dabei ist. Danke (*Applaus ÖVP*).

Gm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich möchte auf ein paar Dinge eingehen jetzt im Schlusswort. Punkt eins einmal, jeder von uns würde sich schön bedanken, wenn sein Eigentum, wenn seine Wohnung, wenn sein Haus, all das, was er besitzt, von irgendjemandem dann plötzlich besetzt wird und ihm weggenommen wird, weil da muss man einmal hineindenken. Wenn hier diskutiert wird über öffentlichen Raum, der geschwunden ist, ich bin schon beim Hermann Candussi, wir müssen Menschen Raum geben, aber zu sagen, öffentlicher Raum ist verschwunden, also ich kann mich nicht erinnern, dass wir großartig die Grundstücksflächen und Parkanlagen in der Stadt, die wir haben, reduziert haben. Eines ist passiert, weil eine Stadt wächst, dass die Privatgrundstücke, die wir haben, auch verbaut worden sind und da sind wir dann auch ein bisschen bei dem, was Hermann Candussi gesagt hat. Aber ich gehe jetzt schon auf ein paar wichtige Punkte ein. Der Gemeinderat hier herinnen kann und wird weiterhin politisch diskutieren und wenn es eine klare Haltung von einer Fraktion gibt und sie sie da vorbringen, dann werden das auch andere akzeptieren müssen, auch ganz egal, wie lange die Diskussion dauert und ich lasse mir von niemandem vorwerfen, auch nicht vom einem Stadtratskollegen, dass ich irgendwo säumig bin, hinausgehe oder sonst was. Die Stunden, die ich in dieser Gemeinderatsstube verbracht habe, die Stunden, die ich beim Finanzausgleich verhandelt habe, die wünsche ich erst einmal vielen Kolleginnen und Kollegen dabei zu sein, so lasse ich mich auch nicht anpatzen in einer Tour, auch in der Öffentlichkeit (*Applaus ÖVP*). Das Zweite, ich werde immer ein Bürgermeister sein, der auch Grenzen zieht und Dinge aufsetzt und der eine klare politische Haltung vertritt und ich komme gerne, Karl-Heinz, auf die Türkei-Debatte wieder zurück, ich lasse sie mir auch nicht von dir zum 27. Mal, noch von jemandem anderen dauernd in irgendeiner Form interpretieren. Ich war einer der Ersten, heute sagt sogar der Bundeskanzler, ich war einer der Ersten, die gesagt haben, es ist mehr als heuchlerisch, wenn in Brüssel die Herrschaften mit Verhandlungen beginnen zum Beitritt der Türkei und wisst ihr, wo ich das gesagt habe, bei einer Pressekonferenz zum Thema Menschenrechte, Frauenrechte, Sozialstaat und vieles andere und ich habe einen Satz gesagt und zu dem stehe ich bis zum heutigen Tag, der gelautet hat: Es muss in diesem Europa auch ein Nebeneinander in Form wie in einem Haus mit Wohnungen geben, und jetzt wiederhole ich es da zum xten Mal, weil ich es mir nicht immer uminterpretieren lasse, und es wird nicht jedes Land bei uns im Wohnzimmer, auch die Türkei nicht,

da herinnen sein müssen, es kann Nachbarn geben in irgendeiner Form. Heute traut sich das jeder sagen, die Interpretationen, dass ich gegen die Türken, die bei uns sind, etwas hätte, habe ich als Einziger im ETC mit jungen Menschen und mit Interessierten diskutiert und die Kurden, die da gesessen sind und die wir dort gefragt haben, haben eine ganz andere Antwort gegeben, auch über die Menschenrechtssituation und, und, und. Und da gehe ich gerne hinaus zu allen Bürgerinnen und Bürgern, ich fühle mich nämlich schon auch als Volksvertreter noch in dieser Politik und in diesem Rathaus. Und da haben mir sehr viele Menschen gesagt, danke, dass einer sich einmal sagen hat traut, dass das so nicht geht und dass es auch so etwas gibt wie ein Heimatgefühl von Menschen, dass man nicht alles nur gutheißt. Und es gibt Linksgruppierungen, die extrem draußen sind und es gibt extreme Rechtsgruppierungen und von beiden werde ich mich und meine Fraktion deutlich abgrenzen und in der Mitte uns positionieren (*Applaus ÖVP*). Und jetzt sage ich euch was, liebe Grüne Kolleginnen und Kollegen, das ist mir ganz wichtig, liebe Frau Binder auch, Sie sagen, wir sympathisieren mit diesen Menschen, ich habe heute nichts anderes getan als meinen Brief verlesen, den ich vorhabe ihnen jetzt als Antwort auf ihren Brief zu schreiben. Und ich habe klar auseinandergehalten, da gibt es zwei Gruppierungen, die einen sind junge Menschen und ich habe es eingangs gesagt, ich weiß gar nicht, wo die Aufregung heute hergekommen ist, ich habe eingangs gesagt, es gibt junge Menschen, die vielleicht auch sozialromantisch oder in einer Begeisterung als junge Menschen da mitmachen, die werden allerdings angeführt, unterstützt und begleitet von Menschen, von denen ich mich ganz schnell, aber ganz schnell, und damit dann auch von eurer Haltung, ihr habt gesagt, ihr sympathisiert mit diesen Menschen, ihr sympathisiert mit dem Anliegen dieser Menschen...

Zwischenruf GRin. Binder: Mit den Menschen, nicht den Methoden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Gesagt haben Sie, wir sympathisieren mit diesen Menschen. Jetzt sage ich, ich sympathisiere mit manchen nicht und zwar ganz bewusst nicht, weil ich sie für eine Gefahr halte und ich werde das da weiterhin sagen, wenn man solche

Anleitungen herausgibt, wenn man den Rechtsstaat gefährden will, dann wird es von mir eine Abgrenzung geben und meiner Partei und das wird einmal da so hingenommen werden (*Applaus ÖVP*). Eigentum stärker besteuern, leerstehende Geschichten vielleicht stärker besteuern, ja das kann ein politischer Vorschlag sein, meiner wird es nicht sein, unsere wird es nicht sein, weil es gibt viele Menschen, die haben sich Eigentum ein Leben lang erarbeitet, hart erspart und es kann sein, dass...

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt passen Sie auf, Frau Binder, es gibt zum Beispiel solche Fälle, dass jemand auch sagt, ich hätte das jetzt aber für meine Tochter, die ist in zwei Jahren dran, die soll dann Steuer zahlen, das will ich nicht.

Zwischenruf GRin. Binder: Das sind Spekulationen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nicht Spekulationen, Sie haben es anders gesagt, ich will keine Steuer, ich und wir als ÖVP wollen keine Steuererhöhungen. Und jetzt kommen wir zur Ärztekammer, ganz wichtig, das ist eine Institution und dort gibt es viele fleißige Menschen, die als Ärzte ihr Leben lang gearbeitet haben und die brauchen und sind gesetzlich verpflichtet...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Moment, die Ärztekammer kauft sich Häuser, muss sie, bestmöglich, nämlich die Herrschaften, die in der Ärztekammer Verantwortung tragen, bestmöglich nach den Satzungen versuchen, diese Gebäude nicht zu veräußern, als Wertanlage anzulegen, dass auch Pensionen und Versicherungen etc. gewährleistet sind. Deswegen gibt es keine Tabugeschichte und Hinzeigen auf die Ärztekammer. Es wird von mir auch ein klares Nein geben, wenn der Antrag kommt, ja könnten wir das nicht als Stadt jetzt gleich anmieten und denen geben und noch was, zu lauter und leise, und da werden wir dann immer alle so ganz, ich rede auch mit den Menschen, denen es nicht gut geht. Und ich rede mit vielen Menschen, die heute als Randgruppen bezeichnet werden, ich habe erst am Samstag da unten einen jungen Burschen gehabt, der mir nicht aus dem Kopf geht. Dominik heißt er, 18 Jahre ist er jung, bei der Oma ist hinausgeflogen, ob das stimmt, weiß ich nicht und jetzt weiß er nicht, wo er schlafen soll. Der Thomas war mit dabei,...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Im Schlupfhaus.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, haben wir ihm alles gesagt, weißt, was er mir gesagt hat? Dort und dort war ich schon, da habe ich keinen Platz, habe ich ihn gefragt, warum hat dich die Oma hinausgeschmissen, hat er gesagt, weil ich sie bestohlen habe. Habe ich gesagt, super, warum hast sie bestohlen, hat eh nichts sagen müssen, weil die Augen waren glasig genug, dass man gewusst hat, dass er leider Drogen nimmt und dann sind wir auf seine Drogenprobleme gekommen, dann ist sein Freund dazu gekommen, 22 Jahr jung, und dann haben wir geschaut, dass sie einmal wo unterkommen, ich habe ihn dann einmal mit dem Notdürftigsten versorgt und hoffe inbrünstig, dass er das Geld genommen hat, um sich was halbwegs Vernünftiges zu kaufen und ich bin nicht der Bürgermeisterunmensch, den manche da herinnen auch politisch aus mir machen möchten. Das lasse ich nicht zu und werde ich nicht... (*Applaus ÖVP*). Das wollte ich im Übrigen sagen, Tatjana, weil du das gesagt hast, die Lauten und die Leisen und du kannst immer sagen, dass sich so manche Laute durchgesetzt haben, ja freilich haben sich schon viele Laute durchgesetzt, aber die, die sich durchgesetzt haben, haben unseren Rechtsstaat geachtet und da gibt es

Menschen, die haben ein Problem mit unserem Rechtsstaat, sie wollen drüberfahren und wollen sich etwas nehmen, was ihnen nicht zusteht und das ist das, was ich heute auch thematisieren wollte und einmal deutlich hineinstellen wollte. Noch einmal, ich habe keine Sympathien für Menschen, die solche Anleitungen herausgeben und unseren Jugendlichen und jungen Menschen das hier lernen und zeigen. Und es hat auch eine Geschichte gegeben, ich habe noch nie drüber geredet, aber heute tue ich es, ich weiß nicht, was ich damit auslöse, aber es ist mir ganz wichtig: Wir haben auch ein Jugendparlament beschlossen, ein Kinderparlament, Frau Stadträtin, Tatjana, und dieses Kinderparlament hat, und das hat mich damals sehr nachdenklich, ich habe nichts gesagt, aber heute möchte ich es da auch sagen, weil es wieder dazupasst, dieses Kinderparlament, und ich glaube, da ist tolle Arbeit geleistet worden, aber ich habe mich damals schon geschreckt, wie eine der ersten Aktivitäten dieses Kinderparlaments war, nicht parlamentarisch drüber zu diskutieren und Vorschläge zu erarbeiten, was man gegen Feinstaub tun kann, sondern dass man gesagt hat, so liebe Kinder, wir gehen jetzt protestieren und unsere Kleinsten sind vor das Rathaus gezogen, ich sage dir ganz ehrlich, ich habe ein Problem damit gehabt, weil ich mir gedacht habe, wir wollen mit einem Kinderparlament jungen, kleinen Menschen in dieser Stadt rechtzeitig auch zeigen, dass es so etwas wie Parlamentarismus, so etwas wie Demokratie gibt und nicht gleich auf die Straßen gehen und demonstrieren.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Eine angemeldete Demonstration ist demokratisch.

Bgm. Mag. Nagl: Nein, aber wenn ich es schon Parlament taufe,...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das ist ein Grundrecht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das weiß ich, dass es ein Grundrecht ist, aber ich habe mir gedacht, wenn wir es Parlament taufen, dass wir parlamentarisch damit umgehen und nicht gleich die Demo wieder inszenieren, ich habe das halt auch einmal so empfunden (*Applaus ÖVP*). Das ist ganz lieb von dir, dass du noch mit Taschengeldentzug und deine Freunde und auch ich vielleicht die eine oder andere Maßregelung zu Hause bekommen haben, die vielleicht wieder gewirkt hat, so habe ich es jetzt einmal empfunden, ich habe aber nicht den Eindruck gehabt bei den Herrschaften, die in Uniformen, in schwarzen Uniformen, mit schwarzen Baretten, mit Clowngesichtern geschminkt, mit deutschem Akzent waren, dass sich die von irgendeiner Taschengeldkürzung auch nur in irgendeiner Form beeindrucken lassen würden. Das sind für mich Menschen, die sind, wie gesagt, aus meiner Sicht ganz weit links außen, kann mich vielleicht auch täuschen und da werde ich dagegen vorgehen, diese Grenzen werde ich setzen. Noch ein Punkt, Karl-Heinz Herper, die bunten Menschen, die Punks, ich habe nie Berührungsängste mit ihnen gehabt: Und habe es heute noch nicht, aber ich wiederhole es auch da noch einmal, wir haben jahrelang zugesehen, bevor ich mit Blumen einmal gesagt habe und jetzt ist Schluss. Da waren viele Menschen bei mir, die in der Stadt arbeiten, die auch deiner Fraktion und eurer Fraktion angehören, die gesagt haben, können wir bitte endlich einmal aufhören, dass wir für die da unten den Dreck wegputzen müssen, wir halten es nicht mehr aus. Und dann habe ich gesagt, so, dann habe ich nur mehr eine Möglichkeit, weil da herinnen ist es nicht gegangen, ich sperre es einmal, nicht mit Ketten oder Brachialgewalt oder unmenschlich, Blumen, Flower Power gegen Punks, was weiß ich, was da alles gekommen ist, aber das war für mich gar nicht so wichtig. Jetzt sind wir eh schon so weit, dass da unten, sage ich einmal, relativ sauber ist, was viele Menschen in dieser Stadt wollten, aber was mir noch viel wichtiger ist, auf einmal, Frau Stadträtin, weil du jetzt fein gesagt hast, auf einmal hast du Anträge gestellt, die von uns allen unterstützt worden sind und ich freue mich, wenn ich dann Punks auch wieder sehe, wie sie in Arbeitsprojekten mit dabei sind und ich habe da vollen Herzens immer zugestimmt und hätte jede Initiative auch vorher von dir unterstützt. Aber es hat erst der Wirbel losbrechen müssen, dass es sich fokussiert hat. Und es mag auch sein, dass vor 30 Jahren...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das warst alles du, das ist Realitätsverweigerung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, es ist keine Realitätsverweigerung, du hast es ausgeweitet, aber es ist nur eines interessant, dann sage mir, warum es jetzt auf einmal funktioniert und vorher nicht und warum haben einige Personen da unten jeden Tag den Alkohol und Drogenkonsum soweit treiben müssen, bis es zur Eskalation gekommen ist? Das kann man auch immer wieder so bringen, aber mir ist eines wichtig, dann passiert endlich was, wenn der Focus dort ist, vielleicht ist es auch gut, ich glaube, dass diese Herrschaften sogar was bewegt haben, aber ich werde ihnen trotzdem sagen, wenn ihr so kommt, dann bitte nicht mit mir, das geht nämlich auch gar nicht. Ich weiß nicht, wer jetzt davon träumt, dass die Stadt Graz hergeht und sagt, da haben wir jetzt ein Haus, das sperren wir auf, da habt die Schlüssel und das war es, wer übernimmt denn die Verantwortung, wer übernimmt die Verantwortung, wer übernimmt die Kosten?

Zwischenruf Str. Mag. Dr. Riedler: Wer sagt das? Du kämpfst gegen Windmühlen, du kämpfst gegen Gegner, die es nicht gibt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich kämpfe nicht gegen Windmühlen, das ist ganz einfach, ich habe auch keinen Gegner. Und noch einmal und jetzt ist mir eines wichtig, wir brechen jetzt eine Jugendschranke vom Zaun, die von sehr wenigen Jugendlichen tatsächlich dort begleitet war bei diesen Hausbesetzungen.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Wer hat es denn vom Zaun gebrochen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Diskussion, ja viele von euch, ich auch heute, liebend gerne und heute noch einmal, die Hausbesetzer haben es vom Zaun gebrochen, sie sollen eine klare Antwort kriegen und ich würde mir auch wünschen, und da ist ja heute einiges zu Tage gekommen, dass sie auch wissen, wie sie dran sind und dass es vor allem auch die jungen Menschen wissen. Weil die paar, die ich dort getroffen habe und die mir gesagt haben, meinen Namen erfahre Sie nicht, mit Ihnen rede ich nicht, ich weiß gar nicht, ob ich autorisiert bin, räumt einmal ein Haus und gebt es uns, wir wollen das haben in Zukunft, so kann man bitte weder mit der Politik noch mit der Stadt Graz umgehen und mehr habe ich nicht gesagt und weniger auch nicht (*Applaus ÖVP*). Und ich habe es ganz klar und deutlich heute verlesen, wenn du es willst, ich gebe dir den Brief, denn sie dann auch noch einmal bekommen werden und das war es dann auch. Und ich möchte schon deutlich betonen, dass ich mit Anarchie ein ziemliches Problem habe und ich bitte auch noch einmal die Fernsehsendung genau anzuschauen, auch im ORF, die Nachrichtensendung damals, da haben die gesagt, wir wollen einfach machen, was wir wollen und sonst gar nichts. Das ist Anarchie, wenn jeder machen darf, was er will und das ist nicht gut und wird im Zusammenleben einer Stadt auch nicht funktionieren. Also kann ich nicht so großartig sympathisieren. Mit jenen, die es dort ernst meinen, mit den Jugendlichen, über die kann ich gerne reden und jetzt höre ich auf und das war noch einmal eine Klarstellung zu dem Thema (*Applaus ÖVP*).

2) FH-Joanneum – Übersiedlung von Grazer Studiengängen an andere Standorte

GR. Dr. **Piffli-Percevic** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich schicke vorweg, vorher hatten wir es mit Hausbesetzungen zu tun, die nächste Anfrage ist das Gegenteil davon. Es soll ein Haus geräumt werden. In einem Fall gilt es, Hausbesetzungen Barrieren zu setzen, Grenzen zu setzen der Jugend, im anderen Fall geht es um Bildungschancen für unsere Jugend, nämlich Bildungsbarrieren

wegzuräumen. Nur wie soll das möglich sein, wenn Studiengänge für unsere jungen Menschen in Graz nach wie vor auf der Transferliste sind? Es gibt da eine Partei, die macht sich immer wieder stark, weg mit den Bildungsbarrieren. Erstens ist die Fachhochschule jene Institution, die erstmals ein Studium für alle ermöglicht, die auch keine Matura haben. Ich glaube, das ist noch viel zu wenigen bewusst bei uns. Leider wird das zu wenig kolportiert, offensichtlich hat es auch die Volkspartei zu wenig getan, ich tue es heute. Die Fachhochschule ist in vielem gleich ähnlich wie die Universität, in einem Punkt ist sie anders, die Durchlässigkeit, auch für Menschen aus der dualen Lehre, aus dem Beruf zum Hochschulstudium hat sie geschaffen und das ist mit ein Grund, dass wir nicht zuschauen können, dass aus Graz nach wie vor, obwohl wir vor einem Monat einstimmig, und ich möchte mich bei allen Fraktionen hier bedanken, wir haben einstimmig beschlossen, dass wir so eine Art von Bildungsabbau, noch dazu mit Studiengängen, die wir mitfinanzieren, dass wir die nicht hinnehmen. Wir haben dann gehört so rund um unsere Gemeinderatsdebatte FH-Streit, SPÖ macht nun einen Rückzieher, bitte, ich habe es schwarz auf weiß mitgebracht, ich habe es nämlich schon vergessen, dass das so war, weil warum ist dann heute in der Kleinen Zeitung es notwendig, dass die Landesrätin Vollath die Übersiedlung endgültig abbläst. Also bis gestern war es noch nicht endgültig abgeblasen und ich kann euch versichern, ich weiß aus gesicherter Quelle, dass an diesem Montag in einem hohen Gremium der Landes-SPÖ intensiv über den weiteren Abzug von Studiengängen nicht nur gesprochen wurde, sondern ein genauer Fahrplan besprochen wurde, welche anderen Studiengänge jetzt weggehen sollen, im Übrigen wieder nach Kapfenberg. Ich betone ausdrücklich, Kapfenberg ist nicht unser Gegner...

Zwischenruf GR. Herper: Peter bist du kooptiertes Mitglied?

Dr. **Piffl-Percevic**: Das brauche ich gar nicht, weil ich erfahre gewisse wichtige Dinge auch so. Ein ganz hohes Gremium, ich sage es gerne unter vier Augen, es steht in der Zeitung fast angegeben. Kapfenberg, wohin diese Studiengänge gehen sollen,

weil da steht ja heute die Überschrift, Elke Edlinger, Neuer Anlauf für Kapfenberg. Kapfenberg ist unser Partner, wenn wir ein Problem mit einem Fachhochschulstudiengang haben, die meisten funktionieren dort übrigens hervorragend, es sind 600 Studierende in Kapfenberg, dann erwarten wir, dass sich der Eigentümer Land Steiermark mit uns zusammensetzt und die besten Köpfe holt, um Lösungen zu finden, aber wir erwarten nicht, dass es heißt, welche anderen Standorte geben jetzt Studiengänge her (*Applaus ÖVP*), das ist unverantwortlich.

Und es geht leider, wie wir entnehmen, auch nicht nur um das Abziehen von Studiengängen, hier sehen Sie den schriftlichen Plan der FH-Joanneums-Verantwortlichen vom 12. September 2007, wo zum Beispiel für einen Studiengang, ich erinnere mich noch, an vorderster Front hat Bürgermeister Stingl für den Studiengang Journalismus gekämpft. Es war nicht einfach, die Stadt Graz hat als Vorleistung sich bereit erklärt, die Infrastruktur hinzustellen und was soll jetzt mit diesem Studiengang geschehen? Er heißt Journalismus und Unternehmenskommunikation, er war der erste in ganz Österreich, ein Aushängeschild unserer FH-Joanneum, erstens, bitte niemand soll sich wundern, er soll natürlich auch nach Kapfenberg gehen, hier schwarz auf weiß, und zweitens, er soll auch dort gar nicht so ankommen, das Masterstudium hat mit Journalismus nichts mehr zu tun, das heißt, der Journalismus wird von Bord geworfen und die ursprüngliche Idee, in der Steiermark auch für Studierende, die keine Matura haben, ein Hochschulstudium in dem Bereich zu haben, wird von Graz abgezogen und bei der Gelegenheit überhaupt pervertiert und verändert. Ich möchte Ihnen das deswegen zeigen, weil die Standortfrage ist es nicht allein, wo wir endlich eine Mitsprache haben wollen, sondern es sind sehr wohl wesentliche Inhalte, die auch die Grundlage sind für die Förderungsverträge, die zuletzt auch Wolfgang Riedler mit dem Gemeinderat zusammen bestätigt hat.

Herr Bürgermeister, ich darf daher an dich, die

A n f r a g e

stellen, wie du die tatsächliche Situation nun einschätzt, ich wiederhole, September, SPÖ macht nun einen Rückzieher, gestern, nun ist es wirklich soweit, Information, es ist keineswegs so weit. Wie siehst du die Situation und was können wir tun, um endlich diese Unvernunft, die offensichtlich synonym mit Landesrätin Dr. Bettina

Vollath ist, offensichtlich auch mit dem Namen Landeshauptmann Voves verbunden ist, denn er hat die erste Ankündigung des Rückziehers gemacht, er hat so getan, als wäre die Sache jetzt vom Tisch und ich kann auch der Stadt-SPÖ, die sich immer wieder mit ihrem Einsatz für Bildung und für das Wegräumen von Bildungsbarrieren, die meisten gibt es ja überhaupt nicht mehr, einige gibt es noch, da kämpfen wir. Ich kann die Stadt-SPÖ nicht hier aus der Mitschuld nehmen, die Situation ist ernst, Herr Bürgermeister, was kann man dagegen tun, um der einstimmigen Beschlusslage dieses Gemeinderates auch Rechnung zu tragen (*Applaus ÖVP*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte, ich weiß nicht, wie lange wir heute da drüber debattieren wollen oder nicht. Wichtig ist mir nur eines und da gibt es die nächste Hiobsbotschaft von der Frau Landesrätin, die ich jetzt auch bekommen habe und ich habe auch kein Verständnis, ich weiß auch nicht, wer die Beraterinnen und Berater sind, aber ich bitte ernsthaft auch die Kolleginnen und Kollegen aus der SPÖ mit ihr Kontakt aufzunehmen und zu telefonieren, wir werden es auch tun. Die Sprachförderkurse für MigrantInnen in Graz werden um 50 % gekürzt, 68 Kurse bisher auf 34 Kurse, das sind statt 748 Stunden zu 374 Stunden. Mir fällt dazu nicht viel ein, als dass man das bitte gemeinsam dringend haben, das ist im Pflichtschulbereich die Botschaft, die wir aus dem Bezirksschulrat haben. Heuer wurden die Stunden, auch für den sonderpädagogischen Förderbedarf, massiv gekürzt, ein höherer Anteil an MigrantInnenkindern ist ja auch bei uns da und jetzt kriegen alle die 2,67 %, ich kann nur sagen, das was offiziell bei uns in der Stadt jetzt da ist und das bedeutet, dass wir die Halbierung der Deutschkurse, gerade im Grazer Westen, dann haben werden,...

Zwischenruf GR. Eichberger: Das stimmt nicht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann bitte ich, dass du das korrigierst.

GRin. **Meißlitzer**: Also, das ist weder eine Kürzung, sondern es geht darum, dass die außerordentlichen Schüler mit nicht deutscher Sprache gefördert werden und voriges Jahr war der Bedarf für 68 Einheiten und heuer ist der Bedarf für 34 und der Bedarf wurde genau erhoben in den Grazer Schulen, das war immer so und auch der Herr Inspektor Lickl hat genau bestätigt, dass der Bedarf bei 34 Schülern gegeben ist und daher ist es keine Halbierung, sondern es ist genau der Bedarf abgedeckt und das Land muss diesen Bedarf auch an den Bund melden, weil der Bund diese Stunden übernimmt (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GRin. Gesek: Das stimmt nicht.

StR. **Miedl**: Meine Damen und Herren! Ich bin jetzt wirklich empört, Frau Kollegin Meißlitzer, Sie gehen da her und stellen einen Bedarf fest. Ich war jetzt ununterbrochen in Schulen unterwegs und die PädagogInnen, die hier im Raum sind, mögen mir das bestätigen oder nicht, die klagen alle über die Zustände, die wir jetzt haben. Sie müssen sich vorstellen, Frau Kollegin Meißlitzer, wir haben 46 % der MigrantInnenkinder hier in Graz und wir kürzen um genau 50 % und Sie sagen, die Kürzung ist deswegen erfolgt, weil wir zuwenig Bedarf haben. Wir schauen ununterbrochen, dass die MigrantInnenkinder Deutsch lernen, was wahnsinnig wichtig ist, damit die Integration stattfinden kann und sie gehen her und kürzen die Stunden, das ist doch unerhört, meine Damen und Herren...

Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Es geht nur um die außerordentlichen Schüler, Sie verwechseln Äpfel mit Birnen.

StR. **Miedl:** ...wir stecken Ressourcen hinein zusätzliche und Sie wollen das auch noch verteidigen. Ich werde nicht Äpfel mit Birnen verwechseln. Jetzt sage ich Ihnen was. Damit wir es genau wissen, im Pflichtschulbereich haben wir einen sonderpädagogischen Förderbedarf, auch der wurde gekürzt. Nämlich wir haben in der ganzen Steiermark 2,67 % an Stunden werden zur Verfügung gestellt und in Graz haben wir bitte 6 % an Bedarf, was den sonderpädagogischen Förderbedarf anlangt. Auch hier geht das Land her und fährt mit den gleichmacherischen Kamm drüber, obwohl der Bedarf in der Stadt viel höher wäre im sonderpädagogischen Förderbedarf, das ist ein Unterschied. Kriegen wir das gleich Stundenkontingent wie St. Peter am Kammersberg oder sonst wer, ein Punkt, zweiter Punkt sind die Sprachförderkurse für MigrantInnen, die Sprachförderkurse für MigrantInnen sind alleine im Grazer Westen, das sind jene Schulen, um die es mir so besonders geht, weil wir dort besonders etwas bewegen wollen; im selben Augenblick, wo wir Geld da hineinpumpen und hineinstecken, kürzt die Frau Landesrätin Vollath von 748 auf 374 Stunden herunter und Sie behaupten, es wäre kein Bedarf da, das ist doch unerhört und das ist in Wirklichkeit ein Hohn, den Sie da durchführen, das kann man so nicht gelten lassen (*Applaus ÖVP*). Meine Damen und Herren, der Herr Kollege Klubobmann Peter Piffel-Percevic hat das Vorgehen der Landesrätin Vollath hier erwähnt im Zusammenhang mit der Fachhochschule.

Zwischenruf GR. Eichberger: Das ist ja auch falsch, lies die Zeitung.

StR. **Miedl:** Ich weiß aber, Herr Kollege, ich weiß, was ich erlebt habe und wenn Sie mir sagen, es ist falsch, was ich erlebt habe, dann weiß ich nicht, wovon Sie da reden. Ich werde Ihnen jetzt was sagen, Herr Kollege...

Zwischenruf unverständlich.

StR. **Miedl**: Aha, das ist ein Blödsinn. Es ist dermaßen infam diese Vorgangsweise, dass ich sage, ich schaffe es in Wirklichkeit nicht und ich werde Mittel und Wege finden, den PädagogInnen in Grazer Westen zu erzählen, was Ihre Haltung ist, ganz, ganz sicher (*Applaus ÖVP*). Meine Damen und Herren, der Kollege Piffli-Percevic hat erwähnt, wie es im Fachhochschulbereich wie es da zugegangen ist. Ich sage Ihnen vor der Entscheidung, die seinerzeit vor zirka vier Wochen herangestanden ist, wie es darum ging, dass bestimmte Fachhochschulbereiche abgesiedelt werden sollen nach Kapfenberg, war ich in dieser Woche, wo das bekannt gegeben wurde bei der Kollegin Vollath, sie hat mir kein Wort darüber berichtet, immerhin bin ich nur der für die Wissenschaft zuständige Stadtrat, die zweite Geschichte, Herr Kollege, die Geschäftsführung von der Fachhochschule Joanneum war bei mir und hat mich informiert über das, was sie zu tun gedenkt, sie hat mich mit keinem Wort darüber informiert, was sie vorhat zu tun. Jetzt gibt es eine Neuauflage und ich treffe gestern nachdem Peter Piffli-Percevic tätig geworden ist (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), treffe ich die Geschäftsführung bei einer Ausstellungseröffnung in der Hypo-Bank. Ich treffe die Frau Magister und frage sie, was denn da dahintersteckt, und jetzt hört zu, das ist ganz besonders wichtig: Die Frau Mag. Sabine Paschek sagt mir, sie haben jetzt vor, mit Kapfenberg zu reden. In erster Linie wird jetzt mit Kapfenberg geredet und dann wird einmal aufgeteilt. Und ich sage, ja Frau Kollegin, Sie müssen wissen, dass die Stadt Graz sieben Millionen Euro in die Fachhochschulbereiche auch investiert. Sagt sie, mit Ihnen wird auch geredet, aber nachdem mit Kapfenberg geredet wurde. Wir werden informiert über diese Vorgangsweise und ich schreibe dann der Kollegin Vollath einen Brief. Aufgrund dieses Briefes schreibt sie mir zurück: „Auf Initiative des Landes Steiermark wird am 12. November 2007 eine Gesprächsrunde an der FH in Kapfenberg stattfinden“, haben wir eh schon gewusst, nicht?, „wo es ausschließlich um das Angebot am Standort Kapfenberg geht. Zu diesem Gespräch sind selbstverständlich VertreterInnen der Stadtgemeinde Kapfenberg eingeladen.“ Meine Damen und Herren, Sie müssen wissen, bis jetzt gab es nicht eine offizielle Besprechung, wo die Stadt Graz hinzugezogen wurde, es war wohl der Kollege Wolfgang Riedler und ich einmal bei der Frau Kollegin Vollath, um zu klären, inwieweit die Stadt Graz in die Struktur des FH-Joanneum eingebunden werden könnte und wir haben unverbrüchlich damals festgestellt, dass wir auch inhaltlich mitreden wollen. Jetzt ist die zweite Attacke sozusagen vorbereitet und wir sollen das unwidersprochen

hinnehmen, na was glaubt man denn eigentlich, wie das funktionieren und gehen soll? Das kann ja so nicht akzeptiert werden, meine Damen und Herren, und es wird auch ganz sicher nicht akzeptiert von uns (*Applaus ÖVP*). In dem Sinne, bitte ich die Kolleginnen und Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion, wirklich mitzuhelfen, erstens wollen wir bei der Fachhochschule mitreden, wir wollen mitreden, was da passiert und zum Zweiten, es ist nicht aushaltbar, es ist mir eine körperliche Qual, wenn jetzt die Vollath hergeht und die Stunden in den gepeinigten Grazer Schulen, im Westen, wo die nicht mehr wissen, woher die Ressourcen kommen, dass dort eine weitere Kürzung stattfindet, das ist so nicht akzeptabel und das gehört sofort repariert (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also, das ist jetzt eine Kindesweglegung allererster Güte. Es gibt eine Behörde, das ist der Bezirksschulrat, das ist die Schulbehörde. Der Vorsitzende des Bezirksschulrates ist der Bürgermeister in Graz, der Bezirksschulrat ist dazu beauftragt zu erheben, welcher zum Beispiel pädagogischer Sonderförderbedarf notwendig ist und welche Deutschkurse notwendig sind. Das heißt also, in der Verantwortung des Bürgermeisters ist diese Erhebung durchgeführt worden, die ist weitergegeben worden, jetzt kommt der Schulstadtrat und stellt fest, das ist leider zu wenig herausgekommen.

Zwischenruf GRin. Gesek: Schreien ist ein Zeichen von Schwäche.

StR. Dr. **Riedler**: Also, meine lieben Freunde, jetzt fangt doch einmal an, miteinander zu arbeiten, euch eure Erhebungen anzuschauen, ihr seid verantwortlich für das und daher, wenn sich herausstellen sollte, dass das zu wenig Förderstunden sind, dann werden wir selbstverständlich euch zur Seite springen, euch helfen, dass genug Förderstunden kommen, ganz klar, sehr gerne, macht aber bitte eure Arbeit zuerst, bevor ihr dann anfangt, andere anzuputzen. Ich stelle ein weiteres Mal fest, der ÖVP

liegt es heute daran zu eskalieren, Streit heraufzubefördern und das, indem sie möglichst irgendwas irgendwohin hauen. Das Nächste, was wirklich zu sagen ist, lieber Peter, nein, ihr versteht es offenbar sonst nicht, lieber Peter, es ist wirklich notwendig zu sagen, dass es uns gelungen ist, die Veränderungen in der Struktur der Fachhochschule, insbesondere das Absiedeln der Lehrgänge zu verhindern, das ist abgesagt, bitte tu nicht so, als ob das wieder...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das stimmt nicht, das war eine Diskussion im SPÖ-Landtagsklub.

StR. Dr. **Riedler**: Das ist doch ein Unsinn, ich weiß nicht, habt ihr jetzt schon Spione im SPÖ-Landtagsklub, damit ihr die zum Zeugen da macht, das Gegenteil ist schlicht und einfach der Fall. Aber Peter, ich frage dich was anderes,...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.

StR. Dr. **Riedler**: Wir haben einen Landtagsabgeordneten, der auch dabei war, der steht da. Schau, es nützt ja alles nichts, gut dass du das jetzt auch feststellst, dass es nicht stimmt und dass du es nicht einmal glaubst, ich frage dich was anderes. Stimmt das, dass du im Namen der Stadt Graz bei der Geschäftsführung der Fachhochschule aufgetreten bist und bestimmte Forderungen gestellt hast?

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Nein, das stimmt nicht.

StR. Dr. **Riedler**: Dann beantworte diese Frage bitte, weil das ist ein wirr, dass du auftrittst mit einem Mandat, das du gar nicht hast gegenüber der Fachhochschule, also vielleicht sollten wir uns doch alle ein bisschen zurücknehmen, nicht irgendwelche Nebelgranaten schmeißen, nicht irgendwelche Geschichten erzählen, die man dann bei der nächsten Gelegenheit wieder zurücknehmen muss und vielleicht sollten wir ein bisschen mehr Verantwortung für uns selber übernehmen, Herr Bürgermeister, du vor allem bist gefordert als Vorsitzender des Bezirksschulrates (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir haben jetzt ein paar Brocken wieder am Tisch und die würde ich jetzt schon gerne ein bisschen aufklären. Lieber Wolfgang Riedler, versuche bitte einmal ganz schnell, mit der Kollegin Vollath im Lande oben zu verhandeln, weil es schon wieder toll wäre, weil früher war es einmal so, bevor du die neuen Verträge gemacht hast, dass ohne Gemeinderatsbeschluss und ohne Unterschrift des Bürgermeisters bei so hohen Summen, die wir zur Verfügung stellen, nicht einfach eine Änderung durchgeführt werden kann (*Applaus ÖVP*), und ich bitte euch noch was, da bin ich wirklich momentan in einer großen Sorge, sprecht einmal mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im FH Joanneum, in unseren Fachhochschulen, dort liegen zum Teil die Nerven blank. Wenn man so operiert, wie man das jetzt alle miteinander dort tun, dann brauchen wir uns auch nicht wundern, wenn da vielleicht uns noch welche verlassen werden und weggehen werden, wenn die Qualität nicht stimmt und ein Erfolgsprodukt, das wir in Graz haben, auf einmal vielleicht nicht mehr so funktioniert wie bisher. Und ich bin deswegen in Sorge, weil ich hatte den Antrittsbesuch vor etwa zehn Tagen von der derzeitigen Geschäftsführerin und vom Leiter und ich muss euch ganz ehrlich sagen, die haben mir dort ins Gesicht gesagt, dass sie nach wie vor aus sachlichen Gründen und fachlichen Gründen zu der Entscheidung von damals, dass diese beiden Lehrgänge nach Kapfenberg hinauf sollen, stehen. Ich habe daraufhin gesagt, sie sind die einzigen Beiden in der Steiermark, könnt mich gerne zitieren überall, sie sind die einzigen Zwei in der Steiermark, die ich bisher getroffen habe, die das für den richtigen Weg halten. Ich kann es mir nicht vorstellen, es war immer so ein Ausbildungssystem und das darf dort nicht hinaufwandern. Das heißt, nachdem die Beiden bei mir waren und noch

einmal gemeint haben, dass das gescheit wäre, wäre es wirklich gut, wenn die Politik Land und Stadt sich zusammensetzt und das Ganze einmal ausredet. Das ist ein ganz wichtiger Punkt und mehr oder weniger habe ich nicht gesagt, ich weiß nicht, warum immer alles gleich eskaliert, meine Bitte ist nur, die Gerüchteküche brodeln und es wäre vielleicht gut, wenn jeder seinen Kanal zum Land nutzen würde und sagen würde, bitte nicht, da geht es um ein ganz wichtiges Asset von Graz. Die zweite Angelegenheit, um die es da heute geht, und ich habe das mitangeschnitten, weil es mir jetzt auf den Tisch gekommen ist, kann der Herr Dr. Just und der Werner Miedl vielleicht gleich klären. Haben wir weniger Deutschsprachkurse in Zukunft und Stunden für unsere Kinder, ja oder nein?

Zwischenruf GR Eichberger: Das ist die falsche Frage. Es muss heißen: Wie viele wurden beantragt?

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist die erste Frage, wartet einmal. Ich stelle die erste Frage und die lautet: Haben wir weniger und zweitens haben wir weniger beantragt ist es gerechtfertigt, ja oder nein, und das wurde jetzt da noch einmal ausdiskutiert und Werner Miedl wird es uns jetzt sagen. Ich weiß nicht, warum immer so eine Aufregung da ist. Noch eine Frage vom Herrn Stadtrat Riedler.

Str. Mag. Dr. **Riedler**: Ich möchte von dir, lieber Werner, gerne wissen, wie viele Stunden wurden vom Herrn Bezirksschulinspektor Lickl beantragt und sind alle Stunden, die beantragt wurden, auch genehmigt worden?

StR. **Miedl**: Ich habe jetzt mit dem Dr. Just ein sehr intensives Gespräch geführt. Tatsache ist, dass so wie es jetzt ausschaut, die Stundenkontingente dramatisch

reduziert wurden im Grazer Westen. Bitte zuständig für die Aufteilung der Ressourcen ist das Land, der Landeschulrat, Entschuldigung, da muss ich jetzt dazu sagen, wir sind jetzt dabei in der nächsten Woche zu klären, das ist der Vorschlag vom Dr. Just, was die Ursache dafür ist, weil (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*)...

Zwischenruf GR. Eichberger: Was ist beantragt worden?

StR. **Miedl:** Ich wiederhole noch einmal, die Sprachförderkurse für MigrantInnen im Grazer Westen wurden um 50 % gekürzt, von 68 Kurse auf 34 Kurse, ein Kurs hat ein Kontingent von 11 Stunden. Und, meine Damen und Herren, Sie brauchen ja nur mit PädagogInnen reden, sie klagen alle, sie werden wahrscheinlich Ähnliches erlebt haben. Jetzt sind wir dabei, die Ursache zu ergründen, beim Land nachzufragen, ob das noch reparabel ist oder nicht. Tatsache ist, dass es so, wie es jetzt aussieht, das Kontingent um genau 50 % reduziert ist und das gehört korrigiert, ich meine, das ist ein Hilfeschrei in Wirklichkeit, meine Damen und Herren (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder:** Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich bin unverdächtig, ich gehöre weder der ÖVP an, das wird auch niemanden überraschen, und der SPÖ auch nicht. Ich bin einfach Lehrerin und beschäftige mich mit diesen Dingen schon und da möchte ich schon eines zur Klärung beitragen. Die Kürzung der Stunden für Kinder mit nicht deutscher Muttersprache ist eine Sache, die uns seit vielen Jahren begleitet und ich kann mich erinnern, dass noch Kollege Stadtrat Eisel-Eiselsberg zuständig war für den Schulbereich und damals war die Inspektorin Kibisch und damals gab es enorme Kürzungen, enorme, und die KollegInnen sind auch gekommen und haben geklagt, dass sie nicht nur weniger Stunden bekommen haben für die Kinder mit nicht deutscher Muttersprache, sondern dass sie auch,

wenn LehrerInnen an der Schule erkrankt sind, dann supplieren mussten, wo dann die wenigen Stunden für die Kinder mit nicht deutscher Muttersprache entfallen mussten. Damals war die Frau Inspektor Kibisch bitterböse auf mich und dieses Spiel wird aber seit vielen Jahren gespielt. Was ist die Grundlage für die Stunden, es ist schlicht die Meldung, die der Bezirksschulinspektor weitergibt. Wie viele Kinder mit nicht deutscher Muttersprache gibt es, wie viele davon sind außerordentlich, dafür gibt es einen anderen Schlüssel und wie viele Kinder sind ordentliche Schüler, da gibt es einen Schlüssel von 0,15, ist eh mickrig genug, man kann ja kaum wirklich arbeiten damit. Also, tun wir jetzt nicht so hin und her, sind jetzt Kurse weniger geworden, ja, sie sind weniger geworden und hier hat ganz eindeutig die Position zu beziehen der Inspektor, wie viel ist gemeldet worden, denn der Bund gibt auf Grund dieser Meldung die Stunden.

GRin. **Bauer:** Werte KollegInnen, lieber Herr Bürgermeister! Ich muss jetzt einiges richtig stellen, weil da sind viele Unwahrheiten jetzt an den Tag getreten. Das stimmt, Sigi Binder, das mit den 0,15 für ordentliche Kinder, 0,8 % für außerordentliche. Nur es hat heuer schon Änderungen gegeben und die sind sehr wohl landesabhängig und zwar auf Grund dieser 11 Stunden Sprachkurse, die erst seit dem vorigen Jahr in Kraft getreten sind, war eine Kann-Bestimmung und ist vom Landesschulrat auch damals ein Erlass weitergegeben worden, diese Sprachkurse, die 11 Stunden für Kinder, die erst ein Jahr geschult worden sind in der deutschen Sprache, können noch ein weiteres Jahr beschult werden IKL-mäßig und das ist leider nicht mehr verwirklicht worden. Das heißt, diese Stunden wurden eingespart, das heißt, Kinder, die neu gekommen sind nach Österreich, haben ein Jahr jetzt einen Förderkurs bekommen und haben jetzt keine Ansprüche mehr überhaupt einen zusätzlichen IKL-Kurs zu erhalten und das hat nichts mit dem Bezirksschulinspektor zu tun, die Meldungen sind weitergegeben worden und wissentlich sind diese Stunden gekürzt worden. Und wir haben darum gekämpft,...

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Bauer:** Das stimmt nicht, die Stunden sind weitergegeben worden, nein, es war eine Kann-Bestimmung und die ist nicht realisiert worden, so schaut es aus. Es ist so geregelt, dass das Land die Stunden, das Kontingent, weitergibt und die haben sie nicht weitergegeben mehr, obwohl es diese Tatsache gibt, dass die Kinder nicht länger beschult worden sind und das Zweite ist der sonderpädagogische Förderbedarf, was der Werner Miedl auch heute schon angesprochen hat, das stimmt genauso, das begleitet uns wirklich seit Jahren, ist nicht neu, aber das ist das Problem, dass alle Kinder des Landes Steiermark zusammengezählt werden, alle Kinder, die sonderpädagogischen Förderbedarf haben und in Graz aber zahlreiche Kinder von auswärts beschult werden und die natürlich in das Kontingent von Graz nicht reinfallen. Jetzt kann sogar im worst Case sein, dass Schulen am Land einen Einzellehrer haben für ein behindertes oder SPF-Kind und in Graz haben wir dafür viel zu wenig Pädagogen und das ist ein großes Manko, das dringend behoben werden muss, so schaut es aus (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Dass wir im Wahlkampf sind, das merkt man eh laufend den ganzen Nachmittag schon. Peter, um deinen Phantomschmerz, ich verstehe das, du bist einer der Geburtshelfer und der Väter der Fachhochschule, ich verstehe dein Leid und deine Sorge als Vater, aber bitte, ich habe gerade mit der Landesrätin telefoniert. Also alle deine Annahmen, Gerüchte, welche sensationellen und geheimnisvollen Sitzungen sich in der SPÖ abtun, das ist alles nur vom Hörensagen und Gesprächspartner hin, Gesprächspartner her, das ist eine Geisterdebatte, weil die schon vor Wochen abgesagt wurde von höchster Stelle, vom Landeshauptmann persönlich und was ein Kollege, so ehrenwert er ist, der Ernst Sittinger, in der Kleinen Zeitung schreibt, dass es jetzt erst abgesagt wurde, das ist für euch nur Treibstoff für eine Wahlkampfeinlage hier wieder im Gemeinderat (*Applaus SPÖ*). Die Landesrätin sagt, eine Übersiedlung ist ad acta und gestorben, es gibt keine Übersiedlung von Fachrichtungen von Graz nach Kapfenberg. Um was es jetzt geht, ist einfach darum Sorge zu tragen, was in Kapfenberg neu eingerichtet werden kann und deswegen gibt es eine Sitzung Ende Oktober. Natürlicherweise mit dem Forschungsrat und am 12. November in der Stadtgemeinde Kapfenberg selber. Sie gibt aber auch zugleich zu, Geldmittel gibt es keine, sie muss einfach nach neuen Geldmitteln fündig werden,

das ist die Wirklichkeit. Ihr wollt einen Wahlkampf auf Kosten wieder der Fachhochschule, auf Kosten der Studierenden, auf Kosten der Fachkräfte, wir werden in diese Falle nicht hineintappen. Und die zweite Frage, die Wolfgang Riedler gestellt hat an den Werner Miedl, bitte bei den angeblich gekürzten Stunden, wie viele wurden wirklich bestellt, wie viele wurde auf Grund der Bedarfserhebung wirklich bestellt von Seiten des Schulinspektors Lickl und das hätte ich gerne gewusst bitte, weil der hat die Bedarfserhebung durchgeführt, der hat die Bestellung an das Land weitergegeben und auf Grund seiner Vorlage wird gehandelt, das hätte ich gerne gewusst (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Bürgermeister, hohes Haus! Ich habe Zeugen für all das, was ich euch hier sage, glaubwürdige Zeugen und ich habe mir auch überlegt, diese Anfrage zu stellen, weil die weltweit anerkannte Institution FH-Joanneum, der Katalog, der jährlich über die Arbeiten der Studierenden von Industrial Design herauskommt, wird sofort ins Chinesische, ins Englische übersetzt, nicht von der FH, sondern von Leuten, die das äußerst interessiert. Wir haben hier in wenigen Jahren nicht nur in einem Bereich ein Flaggschiff zum Starten verholfen mit unserer Finanzierung, das sich sehen lassen kann. Und wäre jetzt noch die Inskriptionszeit, das war meine Überlegung, hätte ich zu diesem Zeitpunkt die Anfrage nicht gestellt, weil es kommt langsam auf eine Rufschädigung, auf eine Imageschädigung für unsere Institution, auch wenn noch der Eigentümer allein das Land ist, es ist unsere mitstadteigene Institution. Wir wollen nur, und Karl-Heinz, wenn du gesagt hast, ich habe einen Phantomschmerz, dann kann ich nur sagen, die Vollath ist ein Phantom, weil sie schmerzt mich, das stimmt (*Applaus ÖVP*), sie schmerzt mich und sie verursacht uns allen Schmerz.

Zwischenruf GR. Eichberger: Was ist denn los? Eine alte Geschichte aufwärmen.

Dr. **Piffli-Percevic**: Leider kann ich dich nicht beruhigen, ich weiß nicht, willst du noch welche Details, was dort noch alles los war, ich verschone dich damit, ich habe eh schon einiges gesagt. Immerhin der Herr Redakteur der Kleinen Zeitung, Dr. Sittinger, Unterschrift, nun endgültig, also gestern war es endgültig aus, bläst Übersiedlung endgültig ab, nachdem der Ferk vor einem Monat das schon so gesagt hat, wie oft muss denn ein Politiker von euch noch das Wort endgültig in den Mund nehmen, sollen wir das noch glauben?

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Bis es die ÖVP versteht.

Dr. **Piffli-Percevic**: Wir haben etwas zu verlieren, auch wir, die Politik, hat eine Glaubwürdigkeit zu verlieren insgesamt. Wir wollen aber im Interesse unserer Jugend nochmals, ihr sprecht, und jedes Mal, wenn ihr sagt, ich wiederhole das, Bildungsbarrieren wegräumen, dann applaudiere ich, auch wenn meine Kollegen sagen, ich darf nicht immer applaudieren, wenn ihr was sagt, weil jede Barriere gehört bedingungslos weggeräumt. Aber wenn es dann um die Taten geht, dann macht ihr oft das Gegenteil und das ist nunmehr unhaltbar geworden (*Applaus ÖVP*). Wir wollen in Graz eine moderne von uns mitaufgebaute Institution, die zum Teil Studiengänge, die es in Österreich so noch nicht gegeben hat, und es ist da eine Tragik, ich vermeide das Wort Komödie, es wäre schön, wenn es nur eine Komödie wäre, dass ausgerechnet die Studiengänge Industrial Design und Journalismus, wie ich bereits gesagt habe, mehrfach davon betroffen sind. Und das Papier, das ich in Händen halte...

Zwischenruf GR. Herper: Es gibt keine Absiedlung.

Dr. **Piffli-Percevic**: Das Papier, das ich in Händen halte, hat auf Seite 33 die Kapfenberg-Lösung mit Design...

Zwischenruf GR. Herper: Das ist ein altes Papier.

Dr. **Piffli-Percevic**: Weißt du, wann wir das Papier bekommen haben, nicht vorgestern bei meinem Termin bei der Geschäftsführung, sondern gestern hat uns die Frau Landesrätin hochhoffiziell dem Herrn Stadtrat Werner Miedl dieses Papier gegeben. Ich habe dieses Papier, weil vorne ist 12. September, ist auch als solches gewertet. Ich habe es heute Nacht noch einmal ausführlich studiert bei gutem Licht...

Zwischenruf GR. Herper: Es gibt kein neues Papier.

Dr. **Piffli-Percevic**: Gestern war der 17. Oktober und gestern hat sie dieses Papier...

Zwischenruf GR. Herper: Das ist das 12.-September-Papier.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Es gibt noch kein neues Papier, jetzt diskutieren wir zwei Stunden über ein Papier, das veraltet ist.

Dr. **Piffl-Percevic**: Nunmehr, Kollegin Edlinger, ich muss dir Recht geben, das Papier ist möglicherweise wirklich nicht mehr aktuell. Elke Edlinger am Montag im SPÖ-Landtagsklub ist es auch nicht mehr um...

Zwischenruf GR. Herper: Der Landtagsklub war am Dienstag bitte.

Dr. **Piffl-Percevic**: Ein Gespräch auf Klubebene, ging es nicht mehr um die Studiengänge Industrial Design, ich erzähle dir gleich was, auch nicht mehr um den Studiengang Journalismus, aber es ging um andere Studiengänge (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) namentlich angeführt, Grazer Studiengänge, die hinaufkommen sollen. Ihr könnt ja gerne den Herrn Klubobmann Kröpfl einladen.

GRin. Krampl zu GRin. Gesek: Halt bitte die Klappe, du nervst.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, jetzt würde ich dann einmal bitten, dass wir uns wieder beruhigen. Ich habe heute schon...

Zwischenruf GR. Eichberger unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Lieber Kollege Eichberger, jetzt werde ich einmal ganz schnell was sagen. Die Zwischenrufe kommen nicht von mir, Punkt eins, es waren Zwischenrufe von Blödsinn über Schwachsinn bis zu der Geschichte jetzt, aber wegen schäbig haben wir heute schon eine große Debatte gehabt und das hat mir auch nicht gefallen, weder Wahnsinn noch Blödsinn und das, was jetzt auch war. Ja, du kannst jetzt mit mir dann wieder philosophieren, ob schäbig oder Schwachsinn schlimmer ist, ich betone es noch einmal, wir sollten jetzt wieder einen ordentlichen Ton hier pflegen und ich habe gestern (*Applaus ÖVP*), nein, wenn du es jemandem zurufst, der gerade seine Vorstellungen macht, dann ist das auch eine Beleidigung und dabei bleibe ich und die zweite Geschichte möchte ich jetzt auch sagen. Ich war gestern in der Früh beim Eröffnen des Automobilforums von Graz, dort sind alle wie aufgeschreckt zusammengelaufen und haben darum gebeten, dass wir einmal ganz schnell wieder schauen soll, weil alle schon gewusst haben, dass der wirtschaftliche Lehrgang von Graz hinaufkommen soll. Und wer es wo besprochen hat, weiß ich nicht, ich habe nichts anderes getan, also nach dem Vortrag und nach der Anfrage vom Klubobmann Piffel-Percevic gesagt, könnten wir bitte auch das noch hinzufügen, auch mit den IKL-Stunden, die ich da höre, das soll Graz nicht treffen und da sollten wir bitte alle miteinander telefonieren. Mehr war es nicht, jetzt kommt schon wieder so eine Aufregung heraus und das könnten wir jetzt lassen. Jetzt machst du bitte fertig und dann habe ich noch ein paar Wortmeldungen.

Dr. **Piffel-Percevic**: Leider darf ich damit dieses Kapitel abschließen. Eine Antwort an Wolfgang Riedler habe ich noch, handelt es sich hier um keine, leider um keine Hirngespinnste, um keine Phantome, sondern es ist leider die Realität, die von Leuten so geäußert wird, Herr Bürgermeister, ich brauche da nichts hinzuzufügen. Wehret auch hier den Anfängen, ich sage doch noch ein Wort, ich habe mir auch gedacht, Design wollen die abziehen, das kann doch keinem vernünftig denkenden Menschen einfallen, vielleicht bekomme ich jetzt einen Ordnungsruf, aber es ist unvernünftig, aus der Designstadt Graz, die sie mittlerweile ist, diesen Studiengang abzuziehen. Es ist doch gewesen und ich habe mir schon damals gedacht, da wird es einen Aufschrei geben von den Studierenden, von allen Fachleuten und dann habe ich mir gedacht, werden sie mit anderen Studiengängen kommen und genau das scheint

jetzt im Gange zu sein. Das ist kein Phantom von mir, keine Erfindung, wehret den Anfängen, Wolfgang Riedler, zu dir. Du hast gesagt, ich gebe mich da ohne Vollmacht und ohne Mandat in Gespräche mit der Geschäftsführung, also erstens, in diesem Gemeinderatsauftrag, den wir alle beschlossen haben, sind namentlich an verschiedenen Punkten, bist du genannt, ist der Werner Miedl zweimal genannt, du hast auch, das ist berichtet worden, ein Gespräch mit der Landesrätin Vollath geführt, es ging dort im Wesentlichen um die Eigentümerstruktur. Ich habe in den Punkt und der Name ist von den Sozialdemokraten, in diesem Punkt 4 des letztmonatigen Antrags hineingekommen, dass der Miedl auch hier handeln soll, er hat gehandelt, er hat heute Vormittag zum Beispiel mit der Frau, ich war zufällig dabei in seinem Zimmer, mit der Frau Mag. Sabine Paschek telefoniert, um endlich ins Gespräch zu kommen, nicht nur über die Eigentümerstruktur, reden wir doch miteinander, es geht uns doch allen gleich, es wurde bisher nie darüber gesprochen. Man kann doch vieles ausräumen, wenn man ein Gesprächsklima hat, wir brauchen Informationen. Ich maße mir nicht an, dass ich der Oberprofessor der FH-Joanneum bin, weil ich die Informationen gar nicht habe, allerdings die Informationen, die wir bekommen und wo wir gebeten werden zu agieren, das war eine Bitte von außen, nicht mein Insiderwissen, und da komme ich jetzt zum Wolfgang Riedler, dieser, ich kann euch meinen Terminkalender zeigen, der Vorwurf war als solcher formuliert, ich habe ohne Vollmacht mit der Geschäftsführung gesprochen. Also erstens ich würde jeden von euch bitten und raten, wo immer euch die Geschäftsführung, Professoren, Studierende der FH-Joanneum über den Weg laufen, bitte sprecht sie an (*Applaus ÖVP*). Es ist offensichtlich im Grazer Westen, wir sind stolz über Schloss Eggenberg, über Grünraum, es ist ein neues aufstrebendes Gebiet, aber in vielen Köpfen in dieser Stadt ist es noch irgendwo anders, es ist mitten in der Stadt, aber es findet in unseren Köpfen noch nicht so statt. Wir müssen das als unsere Institution empfinden, wir müssen täglich mit irgendjemandem von denen reden. Deswegen kann das überhaupt kein Vorwurf sein, dass ich mit denen gesprochen haben.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das ist Eifersucht.

Dr. **Piffl-Percevic**: Aber zum Formalen, hier in meinem Terminkalender, jeder kann ihn anschauen, steht, Dienstag, 16. Oktober, 11.00 Uhr, Geschäftsführung FH-Joanneum, wie ist der Termin in meinen Terminkalender gekommen? Die Geschäftsführung hat angerufen bei meiner Terminsekretärin, bei der Frau Schiffer im Klub, und gebeten, ob ich nicht ein Gespräch mit ihnen führen könnte. Und ich habe, zweitens, auch dort ausdrücklich betont, obwohl der Stadtrat Miedl davon wusste und ich vorher mit ihm natürlich gesprochen habe, habe ich dort mindestens dreimal betont, ich habe kein inhaltliches Mandat, aber sie haben mich sehr viele Fragen gefragt mit offenen Augen, ich möchte das nicht weiter interpretieren, was ich will und das wollen wir alle und ich danke nochmals für den einstimmigen Beschluss, wir wollen gemeinsam hier ein Projekt für unsere Jugend auch weiterhin ins Ziel führen und haben. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Lieber Peter, kein Grund zur Aufregung, ich habe nur gefragt, ob du, wie mir das vermittelt wurde, dort aufgetreten bist bei der Geschäftsführung und Wünsche der Stadt Graz formuliert hast. Ich würde dir nicht einmal daraus einen Vorwurf machen, ich wollte nur wissen, ob das so ist oder nicht und daher hat mich diese bisschen pikierte Reaktion von dir jetzt gewundert. Ich möchte dir nur Folgendes sagen, und der Werner Miedl wird das bestätigen können, weil da gibt es jetzt einen Zeugen, den ich sogar benennen kann, nämlich den Werner. Wir waren bei der Frau Landesrätin, ich habe dieses Gespräch forciert unmittelbar, ich glaube es war in der Woche nach der letzten Gemeinderatssitzung, und wir haben sofort einen Termin bekommen und wir haben dort vereinbart, dass in Fragen der Studiengangsentwicklung und der Fachbereichsentwicklung, soweit sie den Standort Graz berührt, ein Expertengremium diese Gespräche führen soll und weiterentwickeln soll und Ideen entwickeln soll. Der Werner hat damals gesagt, er weiß noch nicht, wen er nominieren wird in dieses Gremium, hat dann einige Tage später oder eineinhalb Wochen später den Dr. Grabensberger, wie es schon bisher war, fachlich nominiert und von meiner Seite ist die Frau Mag. Mlakar nominiert worden, so wie es im Gemeinderatsbeschluss auch der Auftrag war. Wir haben auch die Frage der Aufsichtsräte angesprochen, so wir beauftragt waren und haben darauf hingewiesen, dass wir die Entsendung der Aufsichtsräte, die leider auch zu deiner

Zeit, als du noch als zuständiger Beamter in der Landesregierung warst, von der Landesregierung uns nicht zugestanden wurde, auch von der Kollegin Edlinger-Ploder verneint wurde, obwohl das im Gründungsdokument so vorgesehen war.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das war in der Beteiligung.

StR. Dr. **Riedler**: Jedenfalls, danke für die Korrektur, du kennst dich, du bist ein ausgewiesener Experte, hervorragend aus, wir haben das moniert und sind auf eine positive Reaktion gestoßen, ohne dass es eine konkrete Zusage gibt, deshalb nicht, weil das auch ausgearbeitet werden soll. Es ist also das Verhältnis zwischen der Stadt Graz, der Geschäftsführung und der zuständigen Landesrätin im Sinne des Gemeinderatsantrages und Gemeinderatsbeschlusses von uns in die Wege genommen worden und diese Verantwortung übernommen worden, gemeinsam Schritt um Schritt. Und daher finde ich es ein bisschen ärgerlich, und jetzt Emotionen rausgenommen, dass du hierher kommst, um aus internen Sitzungen zu zitieren, meinst, wo es Zeugen und Zeuginnen gibt, die dabei waren und die die Sichtweise, die du hier vorstellst, auch wenn du hundert Mal sagst, du benennst sie nicht, benenne den Zeugen bitte, die nicht bestätigt, die bestritten werden. Damit wird von der ÖVP eine Nebelbombe geschmissen und man will noch einmal, und das wundert mich von dir so sehr, Peter, da wird noch einmal Unsicherheit geschürt unter den Lehrenden, unter den Studierenden, unter allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachhochschule, das ist schlecht und das ist unredlich, behaupte ich (*Applaus SPÖ*). Und daher wäre es besser, hier mit einer konkreteren Vorbereitung in diese Gespräche zu gehen und jetzt noch etwas zum Herrn Bürgermeister, auch ganz sachlich, er hat es nur in einem Nebensatz gesagt, den meisten wird es gar nicht aufgefallen sein, ich greife den Ball trotzdem auf. Du hast darauf hingewiesen, dass es zu einer Änderung der Verträge zwischen Graz, und zwar vom Gemeinderat beschlossen, zwischen Graz und der Fachhochschule gekommen ist, das ist richtig. Und das hat zwei Gründe, an die möchte ich dich an dieser Stelle erinnern. Die Verträge, die von meinem Vorgängern verhandelt wurden, haben dazu geführt, dass

wir nicht einmal, obwohl wir sieben Millionen Euro pro Jahr ausgeben, eine Miete kassieren konnten, die uns zur Vorsteuerabzugsberechtigung gebracht hat. Wir sind daher, und das war schlecht verhandelt, war ein schlechtes Ergebnis für Graz, wir haben nach Wien für etwas bezahlt, wo wir schon einmal in Wirklichkeit in Ziehung genommen worden sind, wie der Christian Buchmann so gerne formuliert hat. Und es ist meinem Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mir gelungen, in schwierigen Verhandlungen hier einen besseren Zugang für Graz herauszuverhandeln. Dann gab es aber einen Wunsch der Fachhochschule und zwar einen begründeten Wunsch der Fachhochschule, dass wenn es zu keinen Veränderungen im Lehrbereich kommt, Ergänzungen möglich werden sollen. Es ist nicht vereinbart, und dafür habe ich ein Rechtsgutachten mittlerweile auch, dass man einfach einen ganzen Lehrgang abziehen kann und woanders hinbringen kann, ohne dass es eine Zustimmung der Stadt gibt. Das was aber, ist aus unserer Sicht rechtlich nicht möglich, wir sind da ja immer einer Meinung gewesen, was wir aber möglich gemacht haben mit der neuen Formulierung des Vertrages, die du offenbar kritisch hier angemerkt hast, lieber Siegfried, das war die Approbierung der Fachhochschule beim Fachhochschulbeirat, die bis zum Beginn dieses Jahres nicht erfolgt war und dafür sind bestimmte, vom Fachhochschulbeirat bestimmte, rechtliche Rahmenbedingungen sicherzustellen. Unter anderem die unabhängige Absicherung des Standortes, unabhängig von dem Erhalt der Gemeinde. Daher ist es zu diesen Veränderungen gekommen, also eine weitere Verbesserung im Sinne dessen, was ihr hier verlangt habt. Also in Wirklichkeit ist es unseren Bemühungen in dieser Periode, auch meinen Bemühungen, ich schreibe mir das auf die Fahne, Herr Bürgermeister, gelungen, die Situation für die Stadt Graz im Fachhochschulbereich wesentlich zu verbessern und wir werden gemeinsam, der Werner Miedl und ich, soweit wir uns in dem Bereich verstanden haben, ich glaube, da sind wir nicht weit auseinander gewesen, weiter drum bemühen, Verbesserungen zustande zu bringen, aber bitte, bitte, bitte, der Vorschlag für die Neuordnung der Fachhochschullehrgänge ist aus dem Management gekommen und war vorbereitet von Leuten selbstverständlich, von Leuten, die das so wollten und die mit Expertisen das auch vertreten haben und da wird immer wieder der Dr. Filz genannt, der ein enger Mitarbeiter, wie man immer wieder hört, oder ein Bekannter von Christian Buchmann ist, der da auch reingesetzt worden ist, also jetzt bitte, Peter, erkundige dich doch in deiner eigenen Partei, wie das Ganze gelaufen ist, dann wirst du es erfahren. Es ist unserer Initiative zu

verdanken und der politischen Reife der Landesrätin Vollath, dass jetzt diese Dinge, die wir alle nicht wollen in Graz, nicht zustande kommen. Ich bitte euch, das anzuerkennen (*Applaus SPÖ*).

StR. Miedl: Ich werde versuchen, mich jetzt sehr kurz zu fassen. Stadtrat Riedler hat jetzt einiges erwähnt, was durchaus der Richtigkeit entspricht und es gab ein sehr gutes und auch kollegiales Gespräch, wo es darum gegangen ist, die Einbindung in die Eigentümerstruktur der Stadt Graz, also etwas, was längst überfällig ist, was Kollege Piffli-Percevic immer wieder auch gefordert hat. Ich habe dann nach unserem Gespräch, Wolfgang, Rücksprache mit dem Bürgermeister gehalten und wir haben uns darauf geeinigt, dass wir seitens der Stadt Graz die Frau Mlakar und auch den Peter Grabensberger bitten, diese Verhandlungen zu führen und jetzt kommt der Punkt, Wolfgang, wo wir unterschiedlicher Meinung sind. Nämlich der Punkt ist der, dass jetzt offensichtlich wieder verhandelt wird und das was Peter Piffli gestern erfahren hat, das ist das, was uns so stört und, Wolfgang, bitte versteh das, es wird jetzt zuerst mit Kapfenberg verhandelt, es gibt eine Summe X an Fachhochschulstudienlehrgängen, eine Summe X und Kapfenberg wird zuerst verhandelt und mit uns redet keiner und das ist das Problem. Jetzt habe ich gestern rein zufällig im Zuge einer Ausstellungseröffnung mit der Geschäftsführung zu tun gehabt und weißt du, Wolfgang, was mir die Geschäftsführerin sagt, sie darf mit mir nicht reden. Heute bei dem Gespräch, das Telefonat, wir haben gestern geredet, dass wir heute noch einmal telefonieren, ich habe die Frau dann soweit gebracht, dass ich gesagt habe, die Stadt Graz verlangt jetzt Gespräche auch inhaltlicher Natur und wir werden darauf nicht verzichten und ich glaube, das ist legitim, wir sind ja bitte nicht bittstellend in dieser Frage, sondern wir haben ein Recht darauf zu erfahren, wie inhaltlich sich die Fachhochschule in Graz auch auszurichten gedenkt und das ist keine Goodwill-Aktion seitens der Fachhochschule oder seitens des Landes, sondern es ist eine Verpflichtung da. Wir zahlen ein entsprechendes Geld dorthin und ich denke, wenn wir uns darauf einigen können, dass wir in dieser Frage nicht Bittsteller sind, sondern dass wir ab sofort wirklich auch inhaltlich miteinzubinden sind, dass wir in die Eigentümerstruktur miteinzubinden sind, ab dem Augenblick werden wir uns

wahrscheinlich auch einigen im Sinne der Stadt und im Sinne der Fachhochschulen in Graz und das ist ein legitimes Unterfangen, behaupte ich (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bauer:** Ich muss mich jetzt insofern noch einmal zu Wort melden, weil ich das nicht schätze, lieber Karl-Heinz, bitte mir zuzuhören, dass man einen Inspektor, der wertvolle Arbeit leistet und geleistet hat irgendwie namentlich erwähnt und dann mit einem negativen Touch stehen lässt.

Zwischenruf GR. Herper: Ich habe eine Frage stellt.

GRin. **Bauer:** Nein, das finde ich nicht in Ordnung, das ist nicht in Ordnung. Man spricht überhaupt nicht so (*Applaus ÖVP*), weil du keine Ahnung vom System sichtlich hast, weil ein Inspektor, der vernetzt ist mit den Schulen, wo Schulen Daten eingeben in den Computer, er es weitergibt an das Land, überhaupt nicht zuständig ist für irgendwelche Umverteilungen von IKL-Stunden. Es stimmt nicht, die Stunden werden weitergegeben ans Land,...

Zwischenruf Herper unverständlich.

GRin. **Bauer:** Nein, es nutzt nichts, du hast ja genau Unwahrheiten gesprochen, das war ja völlig unfachmännisch, es war nicht richtig. Die Stunden werden erhoben, es wird weitergeleitet ans Land, es gibt eine Zahl, es gibt diese Zahlen 0,8 und 0,15 % und es sind diese ganz normalen Stunden, die 0,8 %-Satz-Stunden geändert worden vom Land, da kann ein Inspektor nichts dafür, da haben sich die Kinderzahlen nicht

geändert, sondern es gibt eine Schlechterstellung von Seiten des Landes, aus, Amen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Also wenn es so einfach wäre, wäre es ja schön, wie meine Kollegin Bauer das jetzt gerade erklärt hat. Mehrere Dinge möchte ich noch kurz anschneiden, nämlich, ja, der Inspektor bekommt die Stundenkontingente. Es gibt aber kein eigenes Kontingent, das heißt für interkulturelles Arbeiten oder für Deutschstunden für Kinder mit nicht deutscher Muttersprache. Wie der Inspektor oder die Inspektorin diese Stunden aufteilt, das ist ihre Sache und daher, Stadtrat Miedl wäre es einmal total spannend, mir ist es in diesem Gemeinderat noch nicht gelungen, hier auch für Transparenz zu sorgen, denn wenn immer ich nachgefragt habe, nicht nur im Gemeinderat, sondern auch bei den Inspektoren oder in der Personalvertretung wurde keine Auskunft gegeben oder unzureichend Auskunft gegeben, wo sind denn die Stunden hin für die Kinder mit nicht deutscher Muttersprache. Etwas transparenter geht es mit den Stunden für Kinder, die besondere Bedürfnisse haben, die eine SPF haben, also da ist auch eine starke Lobby dahinter und das ist gut so. Die Kinder mit nicht deutscher Muttersprache haben eine relativ schwache Lobby, ihre Eltern sind nicht die, die auf die Barrikaden steigen und da gibt es kaum eine Transparenz, also hier würde ich bitten, wo sind die Stunden bitte, einen Bericht einmal im Ausschuss, was ist mit diesen Stunden, die vom Bund gegeben wurden, auch wirklich geschehen? So einfach, wie du das darstellst, ist das nicht, denn es würde mich zum Beispiel sehr interessieren, wo sind denn die Stunden hergekommen für euren Schulversuch zum Beispiel, über den man sehr Unterschiedliches hört von seiner Qualität her, wo sind die Stunden hergekommen für andere Schulen, zum Beispiel Realschule Webling? Das ist ja alles ein Topf, es wäre nicht uninteressant, einmal hier für Transparenz zu sorgen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bin jetzt ganz Ihrer Meinung, in dieser Frage gehört Transparenz auf den Tisch, es gehört im Ausschuss einmal jetzt ganz klar drüber gesprochen, welche Stundenkontingente haben wir. Es kann nicht sein, und das ist

der Hauptwiderspruch, dass irgendjemand an irgendjemanden meldet, dass wir in Graz weniger Bedarf haben, weil wenn das jemand meldet, kann ich nur aus meiner eigenen Erfahrung, aber wahrscheinlich aus der Erfahrung vieler anderer, sagen, es stimmt nicht, dann ist das System falsch, dann sollte man drüber nachdenken, wer dieses System so gemacht hat, wer was gemeldet hat. Ich kenne mich jetzt langsam auch nicht mehr aus, ich will das auch als Bericht haben und dann werden wir uns wieder weiter unterhalten.

GRin. **Edlinger**: Diese Gemeinderatssitzung, werte Kolleginnen und Kollegen, bietet uns die Möglichkeit, auch Nachweis zu haben und Beweise dafür zu haben, welche Talente hier auch vertreten sind, im Bereich des Geschichtenerzählens. Wobei wenn ich an die Geschichte, die uns Kollege Candussi erzählt hat über die Sternsinger, zurückdenke, dann hat die bewiesen irgendwie, dass er sein sehr humoristisches Talent hat, lieber Kollege Piffl-Percevic, wenn ich an deine Geschichte von dieser sagenumwobenen Sitzung eines hohen SPÖ-Gremiums am Montag zurückdenke, dann ist das eher ein Bereich der Phantasie, der bei mir wirklich Sorge erregt insofern,...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Weißt du einen Psychiater für mich?

GRin. **Edlinger**: ...um dich zu beruhigen, darf ich vielleicht ein bisschen aufklärend wirken, es war nicht der Landtagsklub, der tagt bei uns am Dienstag, es war die Vorbesprechung für die Landesregierungssitzung, wie sie auch auf ÖVP-Seite stattfindet und nachdem du da berichtet hast, was dort alles diskutiert worden ist, welche Geheimstrategie, wie man den Standort FH Graz schwächen kann, welche Studiengänge in Graz abgezogen und nach Kapfenberg verlegt werden...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Interessant, wie du dich lustig machst über eine wichtige Frage für Graz.

GRin. **Edlinger**: Darf ich vielleicht als eine, in meiner beruflichen Funktion, die als Landesgeschäftsführerin an dieser Sitzung teilgenommen hat, dir erzählen, was dort wirklich besprochen wurde. Die Fachhochschule war kurz Thema deswegen, weil Bettina Vollath einfach darauf hingewiesen hat, im Wesentlichen das, was sie heute auch in der Kleinen Zeitung ausführt, dass es notwendig ist, am Standort Kapfenberg für eine Attraktivierung zu sorgen und dass man, obwohl jetzt von den finanziellen Rahmengeraden her kein weiterer Studiengang möglich ist, dass wir wahrscheinlich überlegen müssen, einen neuen, zusätzlichen Studiengang in Kapfenberg zu installieren. Das war Thema, keine Verschwörungs-, Geheim- oder sonstigen Strategien, du warst nicht dabei, du weißt es trotzdem offensichtlich so viel besser, dass du auf Grund dieser Tatsache heute hier eine Anfrage und eine zweistündige Diskussion initiieren wolltest. Ich bitte dich, glaube mir, ich habe nämlich kein Aufmerksamkeitsdefizit, ich kann sehr gut zuhören und ich weiß, was am Montag besprochen wurde (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ich habe nur eine Bitte, das ist keine Märchenstunde oder irgendein politisches Vorgehen gewesen. Ich habe gestern selber erlebt, wie viele Menschen, auch aus dem Bereich der FH, wieder aufgebracht waren und gesagt haben, bitte unternimmt was, da ist wieder was im Busch, wenn Sie es heute richtigstellen, bin ich Ihnen dankbar dafür.

Zwischenruf GRin. Edlinger unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist schön, wenn wir das weg haben, ist das ok, wir sollten nur bitte alle diese Überlegungen, von Graz was abzusiedeln endgültig vom Tisch haben.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Deswegen haben wir einen gemeinsamen Antrag beschlossen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das weiß ich. Noch einmal, es wurde an uns herangetragen und meistens ist es so, ihr werdet es ja auch bei den nächsten Anfragen jetzt gleich wieder hören, dass Menschen zu uns kommen und sagen, könnt ihr bitte eine Anfrage im Gemeinderat stellen und das haben wir getan und nichts anderes und meine Bitte war, und das war auch nichts anderes, könnt ihr bitte mit der Kollegin Vollath auch Kontakt aufnehmen, falls an dieser Geschichte etwas wahr sein sollte. Die Aufregung können wir uns schon wieder sparen, wenn es eine so klare Aussage vom Herrn Klubobmann gibt, jetzt auch von der Kollegin Edlinger, dass das nicht mehr stattfinden wird, dann bin ich in einem Punkt schon beruhigt. Trotz alledem bin ich noch beunruhigt, weil die zwei Verantwortlichen des FH-Joanneums bei mir waren und eigentlich mit dem, was sie mir gesagt haben, zum Ausdruck gebracht haben, dass sie aus meiner Sicht sich noch in die Gesamtmaterie vertiefen sollten.

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Es ist, glaube ich, wirklich das Thema Fachhochschule zu schade, dass wir uns auf das Niveau herabgeben, so wie es im Fußball einmal war, Kapfenberg gegen Simmering, das ist Brutalität, es sollte nicht ausarten in die Brutalität hier im Gemeinderat, Kapfenberg gegen Graz oder Graz gegen Kapfenberg. Dazu ist mir das Thema viel zu wichtig. Wir sollten uns, und wenn, ich glaube der Elke Edlinger, dass das Thema Absiedelung aus Graz vom Tisch ist, ich wünsche es mir, nehmen wir das einmal so zur Kenntnis, bleiben wir wachsam und verwenden wir alle Kraft im Sinne unserer Studierenden, dass Kapfenberg einen zusätzlichen Lehrgang

bekommt, dann sind wir auf einem guten Weg und wir hätten uns eigentlich die, unter Anführungszeichen, sogenannte „Märchenstunde“ ersparen können (*Applaus KPÖ*).

3) Straßenbau westlich des Kindergartens Kunterbunt

GRin. **Schönberg** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schönberg**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im Zuge der Verbauung des Messeareals Ost wird eine Erschließungsstraße von der Fröhlichgasse benötigt. Die ursprüngliche Variante der Stadtplanung zur Verlängerung der Klosterwiesgasse auf gerader Linie nach Süden in die Fröhlichgasse ist am Widerstand der Grazer Messe gescheitert. In der jetzigen Variante führt die Straße allerdings genau unterhalb des Spielplatzes des Kindergartens Kunterbunt vorbei.

Der Kindergarten betreut ganztägig 14 Kinder in der Krippe und 25 Kinder im Kindergarten. Die Kinder verbringen deshalb auch sehr viel Zeit im Garten, der dann auf zwei Seiten von Straßen, mit dem damit verbundenen Verkehr und dementsprechenden Abgasen, eingegrenzt wird.

Die Eltern und die Betreuerinnen fürchten zur Recht um gesundheitliche Beeinträchtigungen der Kinder.

Gegen die ursprüngliche Variante hatte sich die Grazer Messe erfolgreich wehren können, weil sie ihr Ausstellungsgelände nicht durch eine Straße einschränken lassen wollte. Wir gehen aber davon aus, dass das gesundheitliche Interesse für die Kinder mehr wert ist als die Geschäftsinteressen der Messe.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, mit den zuständigen Abteilungen Gespräche aufzunehmen, um eine zweite Straße direkt neben dem Kindergarten zu verhindern? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, so weit mir bekannt ist, ist das die Zufahrt zur Tiefgarage, aber keine öffentliche Straße, aber ich muss mir das genau anschauen, Sie werden das geschäftsordnungsgemäß von mir bekommen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Errichtete Mauer entlang der Conrad-von-Hötzendorf-Straße

GR. **Slamanig** stellt folgende Anfrage:

GR. **Slamanig**: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Bürgermeister! In der Conrad-von-Hötzendorf-Straße wurde südlich des Ostbahnhofs eine Mauer im Zuge der Anlagen für eine Flüssiggasverladestation und eines unterirdischen Mineralöllagers errichtet. Bezüglich der Flüssiggasverladestation wurde in den Verhandlungen darauf hingewiesen, dass die Anlage einen Bescheid nach Eisenbahnrecht hat und die Mauer als Explosionsschutz Teil dieser Anlage sei.

Für die Errichtung des Mineralöllagers gab es aber eine gewerberechtliche Verhandlung. Das heißt, dass es sich hierbei um keine eisenbahnrechtliche Anlage handelt. Bei dieser Verhandlung wurde eben diese Mauer als Stahlbetonlärmschutzwand für das Mineralöllager erwähnt.

Soweit wir Kenntnis darüber haben, gab es aber zu keinem Zeitpunkt eine baurechtliche Verhandlung über die Errichtung dieser Mauer.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, Herrn Stadtrat Werner Miedl selbstverständlich unter Einhaltung schutzwürdiger Geheimhaltungsinteressen aber auch der gebotenen Informationspflicht um Antwort zu bitten, ob im Zuge der Errichtung des Mineralöllagers und der Flüssiggasverladestation in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße um eine Baubewilligung zur Errichtung einer Stahlbetonlärmschutzwand angesucht wurde, und wenn nicht, welche Vorgangsweise er der Bau- und Anlagenbehörde vorschlagen wird? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Preisentwicklung bei Räumlichkeiten für Maturabälle

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um die Preisentwicklung der Räumlichkeiten für Maturabälle und ähnliche Veranstaltungen. Wie viele Eltern aus eigener Erfahrung wissen, werden mittlerweile schon ab der 6. Klasse in Gymnasien Beiträge einbezahlt, um die Finanzierung des zwei Jahre später geplanten Maturaballs zu gewährleisten. Dies ist für viele Klassen die einzige Möglichkeit, den zu erwartenden hohen Kosten für die erfreulichste Veranstaltung im Laufe ihres Schullebens aufzubringen. Für manche Schülerinnen und Schüler ist es aber noch nicht einmal klar, ob sie die Schullaufbahn bis zur Matura fortsetzen werden. Für diese Schülerinnen und Schüler ist dieses Geld natürlich nicht sinnvoll investiert.

Die Grundidee eines Maturaballs neben dem gemeinsamen schönen Abend für Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen war und ist es, eine Einkommensmöglichkeit für die Schüलगemeinschaft zu schaffen, um eine Maturareise finanzieren zu können. Das wird aber durch die hohen Mieten der Veranstaltungssäle und die beschränkten Möglichkeiten, während der Ballveranstaltungen zusätzliche eigene Aktivitäten zu setzen, bei denen Geld für die Klasse lukriert werden könnte, verunmöglicht.

Sinnvoll wäre es, den Absolventen Möglichkeiten zu bieten, sich ihren Finanzbedarf für eine Maturareise selbst zu erarbeiten.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Bist du bereit, dich bei den Vermietern von Veranstaltungslokalitäten, die sich im unmittelbaren Einflussbereich der Stadt Graz befinden, dahingehend zu verwenden, dass für Maturabälle Grazer Gymnasien schülerverträgliche Tarife und Möglichkeiten zum Verkauf von Speisen und Getränken etc. angeboten werden? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich schaue es mir gerne wieder an. Jetzt habe ich drei Töchter durch die Matura gehabt in den letzten Jahren und jedes Mal die Maturabälle. Ich habe nur festgestellt, dass es den Jugendlichen meistens gelungen ist, nicht nur diese Miete zu erwirtschaften, sondern auch noch sich die Maturareise zu finanzieren. Wenn du mir sagst, welche Klassen das nicht geschafft haben, ich rede gerne wieder einmal. Auf der anderen Seite geht es in der Linie um den Kongress, das ist die Hauptdestination, die wir als Stadt haben, in der Stadthalle hat nur ein Ball erst stattgefunden. Der Schloßberg ist jetzt wieder da, ich weiß nicht, ob er teurer ist, aber es wird natürlich nicht so teuer sein, mit denen können wir auch gerne reden. Schaue ich mir noch im Detail an.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Fairness und Ersuchen zur letzten Gemeinderatssitzung

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Mir geht es um Fairness und das Ersuchen zur letzten Gemeinderatssitzung. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde auf einen meiner dringlichen Anträge hin eine die persönliche Integrität verletzende und untergriffige Debatte geführt. Aus diesem Anlass und in der Meinung, dass Fairness nicht nur vor den Augen der Medien, sondern auch hier im Haus stattfinden muss, ist der Grüne Gemeinderat mit dem schriftlichen Ersuchen an Sie herangetreten, noch vor dieser Gemeinderatssitzung die Klubobleute aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zu einem Gespräch einzuladen. In einem weiteren Schreiben haben wir um einen Vorabzug des entsprechenden Protokolls gebeten.

Weder auf das eine, noch auf das andere Ersuchen hat es Ihrerseits eine Reaktion gegeben.

Aus diesem Grund richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Beabsichtigen Sie, noch vor der kommenden Gemeinderatssitzung auf unsere Ersuchen zu reagieren?

Bgm. Mag. **Nagl**: Tue ich gerne, wir haben auch einmal kurz darüber gesprochen, ich war bei dem Zeitpunkt nicht der Vorsitzende, als diese Ihrer Meinung nach persönliche Integrität verletzenden und untergriffige Debatte geführt worden ist, deswegen habe ich gebeten, dass ich auch das Protokoll bekommen möge. Ich glaube, es ist noch nicht fertig gewesen. Ich habe es auf alle Fälle noch nicht und meine zweite Geschichte, die ich gesetzt habe, ich habe die beiden Klubobleute im Arbeitsausschuss von ÖVP und SPÖ gebeten, dass sie mit allen Klubobleuten da Kontakt aufnehmen. Ich halte das für eine gute Vorgehensweise und ich hoffe, dass wir dann beides noch einmal behandeln werden.

7) Ergebnisse des Finanzausgleichs

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Nach den emotionalen Debatten heute und jetzt im leeren Haus eines der Themen, das ich eigentlich für wesentlich wichtiger empfinde, als diese ganzen Wahlkampfthicks zu Themen, die eigentlich schon längst erledigt sein müssten. Wir haben im Finanzausschuss schon kurz ein sogenanntes Privatissimum gehabt, der Herr Finanzstadtrat und ich, zum Thema Finanzausgleich, wie der Herr Vorsitzende das genannt hat. Ich halte es für keine Privatissimumfrage, wie es mit dem Finanzausgleich steht, mit dem Ergebnis des Finanzausgleichs, was eines der Grundfragen dieser Stadt ist. Wir haben gerade den Rechnungsabschluss im Kontrollausschuss behandelt und ein Ergebnis ist wieder einmal, ganz wenig überraschend, wenn sich auf Seiten Ausgleich zwischen Bund, Land und Gemeinden nichts ändert, wird die Stadt noch ganz lange, ganz massive Probleme haben im Bereich der Finanzen. Nun ist es so, dass der Herr Bürgermeister als Vizepräsident des Städtebundes sehr prominent verhandelt hat im Finanzausgleich und für mich immer mehr eine Frage, die in den Vordergrund rückt, nämlich über die Rolle des Städtebundes insgesamt in diesem ganzen Konstrukt Finanzverhandlungen und Finanzausgleich, weil das Ergebnis eigentlich massiv enttäuschend ist. Ganz kurz noch einmal zusammenfassend, was zum Beispiel so ewig lang formulierte

grundlegende Forderungen des Österreichischen Städtebundes im Bereich finanzieller Angelegenheiten sind: Stärkere Berücksichtigung der Aufgaben der größeren Gemeinden, etwa durch verstärkte Abgeltung überörtlicher Leistungen, zum Beispiel als Schul- oder Verwaltungsstandorte oder die Berücksichtigung der Zahl der zum Teil gar nicht kommunalsteuerpflichtigen Arbeitsplätze bei der Verteilung der Gemeindeertragsanteile. Oder, zurückgewiesen wird eine zu Lasten der größeren Städte folgende weitere Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels oder die Abschaffung der Landesumlage beziehungsweise Bindung für kommunale Zwecke oder Änderung der Vereinbarung über den Konsultationsmechanismus durch Ausdehnung der auf EU-Regelungen sowie Einführung spezieller Schwellenwerte bei Aufgabenübertragungen an die Statutarstädte. Diese Liste ist lange, das Papier, das ich jetzt da vor mir habe, ist ein Forderungspapier des Städtebundes, wer auf die Homepage des Städtebundes geht, kann sich da noch in Studien vertiefen und in ganz viel Material, wo eine ganz klare Forderung da ist schon lange, dass der Finanzausgleich auf völlig neue Beine zu stellen wäre, wenn Städte in der Größenordnung wie Graz endlich analog abgegolten bekommen, was sie leisten. Das Ergebnis, das wir vorliegen haben, ist kein warmer Geldregen für Graz, ganz sicher nicht, das was erreicht wurde, ist ein lang überfälliger Bereich, nämlich dass die Erhebung der Bevölkerungsanzahl nicht mehr auf Grund eines letzten Mikrozensus stattfindet, sondern auf Grund des Melderegisters, das war längst überfällig, ist aber auch schon von den Konsequenzen her, dass das jetzt so entschieden wurde, im Budget eingerechnet in den nächsten Eckwerten. Das heißt, es ist in dem Sinn überhaupt kein Erfolg auf finanzieller Seite, weil da nicht mehr Geld reinkommt, da kommt etwas herein, mit dem schon geplant wird in dieser Stadt. Wir sind immer noch die Stadt im Vergleich zu Linz und zu Salzburg, die eine Pro-Kopf-Quote von minus 63,50 Euro im Vergleich zu Linz und immerhin 154 Euro zu Salzburg hat. Das ist ein uralter Schlüssel, der da herangezogen wird auf Grund einer wirtschaftlichen und auf Grundlage einer wirtschaftlichen Potentialsituation, die Jahre alt ist, die Jahrzehnte alt ist, eigentlich in den 90er-Jahren, irgendwann ist das festgelegt worden und überhaupt nicht mehr zusammenstimmt mit der heutigen Realität, wurde auch nicht verändert. Dann die Frage mit den aufgabenorientierten Entgelten von Leistungen, die überall Großräume wie Graz zum Beispiel erfüllen stärkere Bindung an eine Aufgabenorientierung, ewiges Thema im Städtebund, ist auch nicht durchgesetzt. Und das, was jetzt

festgeschrieben wurde im neuen Finanzausgleich wird für die nächsten sechs Jahre festgeschrieben, das heißt, die Verlängerung des Zeitraumes heißt, wir haben sechs Jahre vor uns, wo sich eigentlich ganz wenig geändert hat. Und mich interessiert jetzt weniger Ihre persönliche Rolle, Sie sind als Vizepräsident des Städtebundes einer der Chefverhandler gewesen. Ich höre immer wieder, der Städtebund hat im Vergleich zum Gemeindeverbund und im Vergleich zu Land und Bund ganz eine schwache Position da drinnen und ich möchte es mir endlich erklären lassen, warum das so ist und woran Sie, Herr Bürgermeister, als Hauptverhandler den Grund sehen, dass wir eben wieder es nicht geschafft haben, den Finanzausgleich auf eine neue, den der Stadt Graz naheliegenden Bedürfnissen gerecht werdenden Finanzausgleich zu stellen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Gerne, Frau Gemeinderätin. Ich fange vielleicht einmal bei einem ganz wesentlichen Punkt an und das ist das Zusammenwirken dieser Kräfte. Und selbstverständlich ist es eine politische Entscheidung über Fraktionen hinweg, und der Städtebund hat eine relativ schwache Stellung. Weil das Bundesland Wien, auch mit dem Präsidenten Häupl an beiden Tischenden sitzt, sowohl als Stadt als auch als Land, weil im Städtebund in erster Linie Städte vertreten sind, denen es zum Teil oder sehr viele Städte, denen es zum Teil auch sehr gut geht oder zumindest nicht schlecht geht, so schlecht geht wie St. Pölten oder Graz oder ein paar anderen, die man da noch aufzählen könnte und es gilt in dieser komplexen Situation ein Finanzausgleich, ich würde jetzt schon fast sagen, der über Jahrzehnte nur fortgeschrieben worden ist, endlich einmal einen neuen Ansatz zustande zu bringen. Der ist aber politisch nie machbar. Das heißt, wir schreiben es immer wieder hinein, Gott sei Dank sind ein paar Forderungen, die Sie aufgezählt haben, jetzt auch umgesetzt worden. Die wichtigste Forderung war, der abgestufte Bevölkerungsschlüssel darf nicht stattfinden oder darf nicht zu unseren Lasten gehen, der größeren Städte. Das hat Bundesminister Molterer und der Staatssekretär letzten Endes dann auch getan, weil sie umgeschichtet haben und gesagt haben, von den Ländern...

Zwischenruf GRin. Rücker unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wieso? Da haben wir nichts dazugewonnen, aber da ist zumindest auch einmal schon ein Verhandlungserfolg, dass man nicht dem Wunsch des Gemeindebundes, der bei den Ländern und beim Bund leider Gottes sehr gut angenommen wird immer und wo sie auf der Seite der kleinen Gemeinden stehen, nicht gesagt haben und das nehmen wir euch weg, wir flachen ihn nur ab und das war es, sondern die haben gesagt, na ja, wenn die 100 Millionen kriegen, dann werden sie es nicht von euch kriegen, sondern dann müssen das alle tragen, vor allem auch die Länder und der Bund. Das heißt, das ist abgegolten worden, dadurch ist es zu keinem Schaden für die Städte gekommen, auch das kann nämlich passieren. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass natürlich der Bundesminister sehr oft sagt, ich verschiebe jetzt relativ viel Geld in die Länder und ihr habt de facto auch, und da sind viele Landeshauptleute dabei oder fast alle, die dann auch sagen, wir wollen das Geld haben, wir reden dann schon über Bedarfszuweisungsmittel über Vorwegabzüge und, und, und. Deswegen jetzt auch meine Forderung, bitte endlich das umsetzen, weil das steht noch nicht hineingeschrieben in unseren Budgetzahlen, von 11 auf 15 % wurde es uns zugesagt, die Erhöhung des Vorweganteils, jetzt gäbe es auch eine Begründung, weil jetzt könnten beide Landeshauptleute auch sagen, nachdem die kleinen Gemeinden mehr bekommen haben, ist eine Veränderung dieses Vorweganteils wieder möglich, das ist ein Punkt. Dass wir das hineingenommen haben mit Volkszahl und dass sie es so dargestellt haben, na ja das wäre sowieso jetzt gekommen, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, da haben wir ordentlich kämpfen müssen drum.

Zwischenruf GRin. Rücker: Das war längst überfällig.

Bgm. Mag. **Nagl**. Das ist längst überfällig, wir haben es hineingeschrieben ab dem Jahr 2009 und jetzt wird es auch so kommen, das wird Gott sei Dank ein großer Wurf für Graz sein, weil es den ersten Berechnungen zufolge vielleicht dann 13/14 Millionen Euro sein werden, die dann jährlich wieder dazukommen, auch das galt es aber erst zu verhandeln, weil man kann sich vorstellen, es gibt da viele Städte, aber vor allem auch viele Länder, die dramatisch verlieren und da gewinnt in erster Linie wieder Wien, also das geht, glaube ich, bis zu 98 Millionen Euro, die Wien sofort wieder hat. Ich beklage mich nicht drüber, das irgendwer irgendjemanden alleine gelassen hat, aber die Funktion, die wir dort haben, ist die Stabilität im Finanzierungsbereich Österreichs zu sichern und man denkt dort immer wieder drüber nach und sagt, also soll ich das überhaupt unterfertigen, soll ich das mittragen, man muss nur wissen, wenn wir es nicht mit unterschreiben, dann ist dieses Konstrukt in Zukunft in Österreich gar nicht mehr da. Weil dann kann es irgendjemand klagen, das muss nicht die Stadt Graz sein, das kann wer anderer sein, dann würde dieser Finanzausgleich, der auf rechtlich tönernen Füßen steht, in die Luft fliegen, dann müsste man einen neuen machen. Aber es warnen uns alle davor, weil es nicht gewährleistet ist, dass man auf Grund dieser Geschichte dann, abgesehen davon, dass einmal eine ziemlich schlimme Situation eintreten würde in der gesamten Finanzierungssicherheit eines Landes, sondern es ist dann überhaupt nicht gewährleistet, ob in Zukunft der Finanzausgleich unter so föderalistischen Gesichtspunkten gemacht worden ist, wie die Rechte, die unsere Vorgänger schon vor Jahrzehnten einmal niedergeschrieben haben. Also das ist eine Besonderheit in Österreich, darum beneiden und zum Beispiel deutsche Städte, dass wir einen solchen Finanzausgleich haben, weil die haben das gleich einmal gar nicht, die sitzen gar nicht am Tisch. Dort steht man relativ unzufrieden oft auf, es waren nur diesmal einige Punkte dabei, etwas was wir heute auch einmal besprechen werden, dass wir jetzt den Krabbelstubenbereich mit Landes- und Bundesmitteln festgeschrieben reinbekommen, dass die Mindestsicherung zumindest so finanziell ausgestattet ist, dass man, falls die Deckel nicht halten, nach einem Jahr diesen Finanzausgleich wieder aufmacht und weiterverhandelt, genauso die Pflegegeschichte und die Grundsicherung sind so abgehandelt worden. Wir haben zum Schluss aber gesagt, meine lieben Herrschaften, die Länder haben 320 Millionen Euro pro Jahr gewonnen, alle miteinander, die Gemeinden haben 100 Millionen gewonnen die kleinen, es kann nicht sein, dass wir jetzt da zumindest nur

neutral gehalten werden und so haben wir es zum Schluss noch geschafft, am letzten Verhandlungstag nach 14 Stunden und wenig Sauerstoff im Raum, dass wir 16 Millionen noch einmal für die Städte bekommen haben. Wir müssen jetzt nur schauen, das gilt für die Städte über 10.000 Einwohner und gilt für finanzschwache Städte und da gäbe es die Möglichkeit, wenn es nach der Finanzkraftermittlung und der Kopfquote geht, dass die Landeshauptstadt Graz da in etwa 3,7 Millionen Euro zusätzlich bekommen wird. Das wird aber jetzt noch einmal zu verhandeln sein, werde mich da auch mit dem Präsidenten Häupl noch einmal zusammentelefonieren, dass ein solches Projekt dann auch umgesetzt wird, weil das nur fair wäre. Mein Vorschlag war ganz ein anderer, aber es ist leider niemand darauf eingestiegen, weder die Bundesseiten noch die Länder und schon gar nicht der Gemeindebund, ich habe gesagt, auch bei den Gemeinden gibt es eine Ungerechtigkeit, die kriegen zwar jetzt 100 Millionen, aber wenn man sich anschaut, wie viele Gemeinden es gibt, dann kriegen dort auch wieder gleich verteilt die Umlandgemeinden von Graz, denen es vielleicht eh schon gut geht, oder von Linz-Pasching kriegen trotzdem ein Geld drauf, obwohl es ihnen gut geht. Die kleinsten Gemeinden kriegen wieder nur ein paar tausend Euro, mit denen sie ihre Probleme nicht lösen und ähnlich geht es auch uns im Städtebund. Das heißt, dieser generelle Wunsch einmal zu sagen, Schnitt, und fangen wir von vorne an, wird jedes Mal debattiert, fängt zwei/drei Jahre vorher an, diesmal wurde es auch wieder hineingeschrieben, die nächsten sechs Jahre, faktisch schaut es aber bei den Verhandlungen immer ganz anders aus, da liegen dann blanke Forderungen so lange am Tisch, da wird im Kreis geredet, bis der Finanzminister endlich einmal ein Geld auf den Tisch legt und dann stürzen sich doch sehr viele wie die Raubtiere drauf, sage ich einmal und da haben wir leider nie gute Karten, weil wir natürlich nicht eine solche politische Kraft darstellen. Mir tut es weh, weil in Wahrheit die Hälfte der Bevölkerung Österreichs in den Städten lebt und die Hälfte in den Gemeinden lebt, also man kann es sich ziemlich genau aufteilen. Und es ist zwar nicht immer fair und die Kollegin Bräuner verhält sich auch wirklich toll, wie das auch der Vorgänger Rieder als Finanzreferent von Wien gemacht hat, aber es ist halt einmal so, wenn wir einen Brocken für die Städte verhandeln und wir vertreten vier Millionen Menschen und Wien hat zwei Millionen, dann nehmen sie automatisch 55 % von diesem Kuchen sofort wieder nach Wien, obwohl sie auf der Landesseite auch kriegen. Das heißt, das ist sicherlich auch eine der schwierigen Situationen, Wien verhält sich nicht unfair, sie haben jetzt auch gleich wieder zwei

Millionen zum Schluss draufgelegt, zehn Millionen kamen von den Gemeinden, zwei Millionen von den Ländern und zwei Millionen vom Bund. Dann hat Kollege Schaden und ich auch nach Rücksprache diesem Finanzausgleich wieder zugestimmt, mehr ist es nicht, das heißt, manchmal muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass politisch andere, die auch am Ende des Tisches sitzen, gewisse Reformen eben nicht wollen und deswegen ist es auch noch nie zu einer Gesamtreform gekommen. Es geht vielen noch gut und denjenigen, denen es schlecht geht, die sind noch in der Minderzahl, vielleicht läuft das nach dem Motto, der Krug geht so lang zum Brunnen, bis er bricht, dann muss man eh einmal was tun. Wir werden da, so wie wir unterwegs sind, nicht die Ersten sein, aber ich kann mir vorstellen, dass demnächst einige Städte Österreichs wirklich so etwas wie den Konkurs anmelden müssen, dann wird sicherlich anders drüber debattiert werden als jetzt wieder beim Finanzausgleich (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich bin sehr froh, Herr Bürgermeister, dass du das jetzt auch so ähnlich darstellst, wie ich es auch sehe. Die ersten Meldungen, vielleicht auch nur in der Kolportage, haben ja eher nach Jubelmeldungen ausgesehen. Für die Städte gibt es aber nichts zu jubeln, die Städte sind eindeutig nicht die Gewinner, wie es ein Vertreter des Gemeindebundes vorsichtig umschrieben hat, eindeutig nicht die Gewinner des Finanzausgleichs. Für viele Städte ist es geradezu ein Erfolg, wenn sie einigermaßen auf gleichem Niveau bleiben. Das alles bei dem Finanzausgleich, der uns auf zwei Jahre länger bindet, als es eigentlich ursprünglich vorgesehen wäre und der ein Jahr früher die Verhandlungen durchgeführt hat und die Verhandlungen vorgezogen hat. Es ist richtig, der größte Vorteil mag wohl sein für Graz die Zugrundelegung der Ertragsanteilszuweisungen durch die Bevölkerungszahlen nach dem ZMR statistisch bereinigt, in Wirklichkeit aber nur ein Vorzug, den wir haben, indem wir sagen, das Geld kommt um zwei Jahre früher, mehr ist es leider nicht, also zwei Jahre früher bekommen wir das Geld, das uns zusteht, auf Grund der extrem stark gewachsenen Bevölkerungszahl, wie du richtig gesagt hast, zu sagen wie viel das nominell sein wird ab dem Jahr 2009, ist zum heutigen Zeitpunkt gar nicht möglich, weil die gesamte Bevölkerungsentwicklung in Österreich ja auch in die Berechnung mit einbezogen werden muss. Alles andere ist alles andere als

erfreulich, die kleinen Gemeinden unter 10.000 Einwohner, die schon jetzt im mittlerweile beim vorletzten Finanzausgleich extrem bevorzugt worden sind, werden wieder bevorzugt, bekommen 100 Millionen Euro zusätzlich, ÖVP-bedingt sehr stark, es war eine Forderung nicht nur vom Präsidenten Mödlhammer, das ist ja nachvollziehbar, sondern auch vom Finanzminister, der dieses Thema immer wieder aufs Tablett gebracht hat und gleichzeitig gibt es keinen entsprechenden Ausgleich für die Städte. Von den 157 Millionen Euro, die für die Gemeinden und Städte am Tisch gelegen sind, kommen 100 Millionen zu den Gemeinden mit unter 10.000 Einwohnern, 57 wiederum werden auf alle anderen verteilt, sodann Graz und andere große Städte, insbesondere Statutarstädte, die in den letzten Jahren immer wieder extrem benachteiligt wurden, keinesfalls zu dem Ausgleich kommen, den sie brauchen. Die 16 Millionen, die der Herr Bürgermeister angesprochen hat und die in der zweiten Etappe verteilt werden sollen, diese 16 Millionen stehen jetzt zur Debatte, man kann heute weder sagen, dass 3,7 Millionen Euro, wie du gemeint hast, nach Graz kommen, noch dass es mehr oder weniger ist. Im Moment verhandeln gerade die Expertinnen und Experten, auch der Stadt Graz, um hier zu einem Ergebnis zu kommen, das einigermaßen für uns erträglich ist. Nicht einberechnet wurde allerdings in diese Verteilung von Finanzmitteln zusätzliche Belastungen, die auf die Städte zukommen werden unbestrittenermaßen, vor allem durch die soziodemographische Entwicklung, mit anderen Worten, Bevölkerungswandel, soziale Verhältnisse, vor allem in den Städten, und auch nicht miteinbezogen wurde die neue Steuerreform, die im Jahr 2009 verhandelt werden soll und die auf uns zukommt. Mit anderen Worten, es kommen große Belastungen auf die Städte, damit auch auf Graz, zu, die Forderung Vorrang für die Städte, die du angesprochen hast, ist nicht wiederzuerkennen und aus meiner Sicht hätte der Finanzausgleich so nicht abgeschlossen werden dürfen. Ich verstehe den Druck, unter dem die Verhandler stehen, auch unser Bürgermeister hat es in der letzten Runde nicht leicht gehabt, ich möchte aber, weil du das vorhin angeführt hast, Herr Bürgermeister, weil du vorher gesagt hast, du möchtest dir etwas nicht mehr vorhalten lassen von mir, du hast mich nicht genannt, aber du hast gesagt von Stadtsenatskollegen, ich beziehe jetzt einmal stark auf mich. Die politische Kritik an Verhandlungsführung und auch Verhandlungsanwesenheit wird dir nicht erspart bleiben, ganz gleich, ob du sie hören willst oder nicht und ich werde sie auch weiter formulieren und vorbringen, weil ich glaube, dass hier Fehler passiert sind, Herr

Bürgermeister, und ich glaube, dass es zur politischen Auseinandersetzung gehört, dass man sich mit der Kritik auseinandersetzt und dass man sie nicht einfach vom Tisch wischen kann. Also, dazu stehe ich schon und ich wiederhole es auch sehr gerne und auch sehr gerne zu einer geeigneteren Gelegenheit, weil vielleicht heute auch im Gemeinderat nicht mehr die Aufmerksamkeit in der Form da ist. Sicher ist, dass das was wir brauchen für unseren Sanierungsweg, so wie es auch der Direktor des städtischen Rechnungshofes formuliert hat, ist nicht zu kriegen gewesen, weder für uns, noch für andere große Städte. Wir gehören zu den Nichtgewinnern, ich will gar nicht sagen Verlierern, zu den Nichtgewinnern, wir werden es in den konkreten Auswirkungen erst in den nächsten Tagen sehen. Ich habe gerade vorhin einen Anruf vom Generalsekretär des Städtebundes bekommen, es wird im Moment heftigst drüber verhandelt, wie die 16 Millionen verteilt werden, wir bringen uns nach wie vor ein und ich möchte, weil du immer wieder sagst, du hast schwer verhandelt, ich gestehe dir das wirklich zu, dieser letzte Verhandlungstag hat sicher einiges an Substanz gefordert, wie du weißt, bin ich die ganze Zeit, obwohl ich nicht zum Verhandlungsteam gehört habe, in Wien geblieben, bin dir auch zur Verfügung gestanden, leider hast du mich nicht angerufen, bevor du abgeschlossen hast, ich hätte dir möglicherweise etwas anderes empfohlen und geraten. Aber jedenfalls meine Solidarität für die Finanzausgleichsverhandler war auch physisch durchaus vorhanden, das wollte ich bei der Gelegenheit auch sagen. Zu der Anfrage von Lisa Rücker, glaube ich, die ist in einem hohen Maß berechtigt. Schlussendlich, so wie es nun aussieht, werden die vollen Sanierungslasten für die Budgets der Stadt Graz vor allem weiterhin von der Stadt zu tragen sein. Zusätzliche Ausgaben oder ein Abweichen vom Sanierungsweg wird für uns auch durch den Finanzausgleich nicht möglich werden (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker:** Was mich schön langsam ein bisschen nervt da herinnen, ist dieses ständig sich in einer gewissen Weise ohnmächtig zu erklären, auch von der Regierungsbank. Dieser Finanzausgleich hat kein Ergebnis gebracht, das dieser Stadt weiterhilft. Ich frage mich, wie innerhalb eurer Parteien durch die Ebenen zum Thema Finanzausgleich und der Situation der Städte diskutiert wird, wird da überhaupt darüber geredet auf allen Ebenen? Weil du hast ein paar Sachen gesagt,

die auf die Städte zukommen, da hast du einige Dinge unterschlagen, wir haben ein massives Feinstaubproblem, wir haben eine Verkehrssituation, die absolut nicht finanziert ist, auch wenn wunderschöne Pläne da sind, wir haben eine CO₂-Reduktionsaufgabe, die enorm ist, das war Thema für den Finanzausgleich, was vorgegeben ist, glaube ich, überhaupt nicht behandelt worden, das heißt, da sind ganz viele Dinge, die auf die Städte zukommen und so wie sich die Städte entwickeln, ist es mir zu wenig, immer wieder zu sagen, es ist halt nicht mehr gegangen. Ich erwarte mir, dass ihr auch innerhalb eurer Parteien, ihr sitzt bitte in der Regierung, ihr sitzt in der Landesregierung in unterschiedlicher Kombination, aber immer seid es ihr und ihr müsst euch endlich zu einer Form durchringen, wie ihr zu der Situation kommt, dass in den Städten die Zukunft liegt, nämlich auch die Bewältigung der Zukunft. Und da ist es mir zu wenig, immer wieder zu sagen, ja wir haben es probiert, wir haben es massiv probiert, ok, das kann ich schon hören, aber es ist ganz eindeutig zu wenig gewesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ich sage Ihnen auch was und das ist vielleicht ganz wichtig in dem Punkt. In solchen Gremien drinnen zu sitzen bedeutet nicht nur Gesamtverantwortung zu tragen, auch Extrawürste nicht einfordern zu können und wenn man mit den Forderungen, und ich glaube, der Städtebund denkt über viel nach und er wird nicht nur getragen von zwei Fraktionen, sondern da sitzen mehrere Fraktionen drinnen, weil es Bürgermeister aus vielen Fraktionen gibt und Bürgermeisterinnen, genauso schaut es auf der Verhandlungsebene aus, die Landeshauptleute sitzen dort mit am Tisch und vertritt und, und, und. Das heißt, es ist jetzt nicht nur eine Angelegenheit, wo man sagt, redet jetzt mit den eurigen. Das tun wir, aber man muss immer zur Kenntnis nehmen in der Demokratie, dass es Mehrheiten gibt und dass manchmal, in dem Fall der Gemeindebund, die stärkeren Karten gehabt hat als wir. Das tun wir, das was ich dem Wolfgang Riedler noch sagen möchte, ist, wenn ich meine Urlaubswoche eh schon abgeblasen habe, wenn ich dann drei Tage meinen Buben und meine Frau abholen fahre, dann lasse ich mir von niemandem öffentlich erklären, dass ich irgendwas schwänze, weil wir haben im Gemeinde- und im Städtebund Gott sei Dank ein Gremium bestellt und dieses Gremium besteht aus Hauptverantwortlichen und diese können sich abwechseln und

selbstverständlich war mein Stellvertreter Bürgermeister Linhard dort, genauso wie der Bürgermeister Schaden nicht jedes Mal teilnimmt und auch nicht alle Landeshauptleute teilnehmen. Und ich nehme mir diese drei Tage und ich finde das eigentlich fast letztklassig, dass man dann sagt, da schwänzt einer was. Noch dazu, wenn man weiß (*Applaus ÖVP*), dass in den letzten zehn Jahren gerade die Arbeit im Städtebund enorm von mir auch immer wieder mitgetragen wurde. Man könnte sich das viel leichter machen, es gibt leider einige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die sagen, das macht eh ihr, auf Wiedersehen, das ist eure Zeit. Wir tun das, weil wir wissen, dass wir dort eine der wenigen Möglichkeiten haben überhaupt aufzuzeigen. Dass es uns zu wenig ist, brauchen wir gar nicht reden, das ist der Fall, das war das Verhandlungsergebnis, das machbare,...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Nicht nur du hast Kinder.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, eh nicht, aber ich habe dir noch nie vorgeworfen, dass du irgendwas schwänzt, weil du vielleicht einmal bei einem Stadtsenat auch nicht da warst. Noch einmal, es bleibt dabei, es ist fast kindisch, mein Sohn hat sich das auch verdient und ich war da unten, Ende der Durchsage. Außerdem hat es damals geheißen, und das war auch eine Fehlmeldung in den Medien, der Finanzausgleich ist abgeschlossen und der Bürgermeister war nicht anwesend. Der Finanzausgleich ist in der nächsten Sitzung abgeschlossen worden und dort war ich dabei (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Potzinger: Entschuldigung für das Wort schwänzen.

8) Solidarbeitrag

GR. Mag. **Candussi** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Candussi**: Also, das mit dem Schwänzen, da muss ich als Lehrer auch entschieden dagegen sein, dass geschwänzt wird. Aber irgendwie erinnert es mich an das, was der Herr Schützenhöfer letztthin öffentlich gesagt hat, das war nämlich auch super. Er hat gesagt, man muss ein- für allemal feststellen, dass nicht diejenigen, die sagen, die anderen wären die Streithanseln, die Streithanseln sind, sondern die es sagen und er sagt ganz klar und deutlich, dass die anderen die Streithanseln sind, so war es. Ich glaube nicht, dass er verstanden hat, was er da gesagt hat.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, du hast vorhin gerade das Wort letztklassig in den Mund genommen und es geht um etwas, was ich auch so empfunden habe. Und da ich es irgendwann satt hatte, wiederholte Male aus der Zeitung und zwar aus unterschiedlichen Zeitungen zu erfahren, dass ich mich angeblich weigern würde, den vom Gemeinderat vereinbarten Solidarbeitrag einzuzahlen, obwohl ich bis dato meinen Beitrag entrichtet habe, ersuchte ich dich am 26. September dieses Jahres per Mail, den von mir im heurigen Kalenderjahr bereits an die Stadtkasse überwiesenen Geldbetrag an das „Forum Zivilcourage – Gemeinschaft für Spenden, Graz“ weiterzuleiten.

Dieser Verein wurde vor einigen Jahren von Emil Breisach initiiert, arbeitet relativ unspektakulär, dafür aber auch effizient und bietet jedem Mitglied die Möglichkeit, sich im einmal jährlich stattfindenden Spendenparlament aktiv an der Verteilung der Spendengelder zu beteiligen.

Ich ersuchte dich in diesem Mail weiters, über zwei Dinge nachzudenken:

1. ob die Öffentlichkeitsarbeit, die dein Büro und das was dafür letztendlich verantwortlich, sich in dieser Sache bisher geleistet hat, nicht einer Korrektur bedarf – und ich will jetzt gar nicht der Frage nachgehen, wie das Büro zu den angeblichen Fakten über angebliche ZahlerInnen und Nicht-ZahlerInnen gekommen sein will, weil ich denke, da gibt es klare Zuständigkeiten und auch Verschwiegenheitspflichten in den zuständigen Abteilungen
und

2. ob nicht die gesamte Solidarbeitrags-Aktion ab sofort über das „Forum Zivilcourage“ abgewickelt werden sollte, was die Sache aus dem peinlichen tagespolitischen Kleingeldwechselln ein- für allemal herausbringen würde.

Da ich bis heute vergeblich auf eine Antwort deinerseits gewartet habe, ich spreche übrigens weder deutschen Akzent, noch wechsele ich meine E-Mail-Adressen, mein Name ist im Amt bekannt, also es wäre durchaus möglich gewesen, mir zu antworten, richte ich an dich heute die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, mir die im Motivenbericht gestellten Fragen nun hier und jetzt zu beantworten, und ob die Überweisung der von mir im Jahr 2007 eingezahlten Gelder an das „Forum Zivilcourage“ von dir bereits veranlasst wurde?

Bgm. Mag. **Nagl**: Du kannst gerne eine Antwort haben, erstens einmal weiß ich nicht, wieso du immer auf die Idee kommst, dass die Öffentlichkeitsarbeit meines Büros immer irgendwelche Dinge in den Zeitungen oder zu den Zeitungen gebracht hätte, das ist einmal...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...das ist einmal eine Behauptung, die du da in den Raum stellst, was die Antwort anbelangt, ich verstehe es eh nicht mehr ganz, weil ich habe jetzt ein Stück eingebracht und zwar schon in der vorletzten Gemeinderatssitzung, damit wir dieses Kapitel wieder einmal abschließen können und dort habe ich ganz klar gesagt, es haben sich bislang drei Bewerber wieder um dieses Geld bei uns gemeldet und die hätten gerne was, vom Pfarrer Pucher beginnend über ein Projekt

direkt in Hostice und auch ein Grazer Projekt. So, das habe ich eingebracht, so wie es sich gehört, da brauchen wir gar nicht lang diskutieren, wurde im Ausschuss wieder zurückgestellt, ich habe gebeten, könnt ihr mir bitte endlich sagen, ob noch was dazugekommen ist, ihr könnt es auch gleich im Ausschuss dazu hineinreklamieren, mir ist es gleichgültig. Bis heute haben wir das wieder nicht geschafft, weil es zurückgestellt worden ist, weil ich keine Antworten bekomme, deswegen bin ich es auch irgendwie schon fast leidig, kann man dazu sagen, dass das so ist. Es muss überhaupt niemand mitmachen, es war der Versuch, dass alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und die Stadtsenatsmitglieder auch einen solidarischen Beitrag leisten im vergangene Jahr und vielleicht auch noch jetzt bis zur nächsten Konstituierung des Gemeinderates, um Hilfsprojekte zu unterstützen. Gleich wie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einmal einen solidarischen Beitrag geleistet haben, das war die Grundidee, das war das letzte Mal, das habe ich dann eingebracht, da ist mit dringlichem Antrag damals auch über uns hinweg gleich beschlossen worden, es geht dort und dorthin, habe ich mitgetragen, diesmal wollte ich es besser machen, habe drei Vorschläge zusammengestellt, weil sie sich eh bei uns gemeldet haben, bis heute haben wir das noch nicht geschafft. Wird nächstes Mal am Gemeinderatsspiegel sein und dann haben wir vielleicht auch wieder geholfen, weil wer schnell hilft, hilft doppelt. Ich hoffe, dass uns das jetzt noch gelingt (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Candussi**: Du hast gefragt, wie ich dazu komme, ich meine, das ist relativ einfach, wenn in der Zeitung steht, dass das Bürgermeisteramt sagt, die Grünen und große Teile der SPÖ würden nicht zahlen, dann gehe ich einmal aus, dass es vom Bürgermeisteramt kommt und nach Rückfrage bei den jeweiligen Journalisten wurde mir das auch bestätigt, weil ich habe mich dort nach dem Wortlaut erkundigt. Dann richte es nicht an mich, sondern die Frechheit kommt dann nicht von mir.

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Das ist nicht gestanden, dass es vom Bürgermeisteramt kommt. Das ist eine Frechheit.

Mag. **Candussi**: O ja, es stand sehr wohl, lies die Sachen, ich habe die Sachen jetzt nicht da aber ich zeige sie dir. Punkt zwei, du hast die Frage noch nicht beantwortet, ob die Überweisung meiner Gelder bereits veranlasst wurde.

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Dass kann ja so nicht sein.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, das kann so nicht sein, weil wir einen Fonds haben, über den wir hier gemeinsam bestimmen, das muss dir auch klar sein.

Mag. **Candussi**: Nein, Moment, ich habe auch relativ klar und deutlich in dem Mail klargemacht, dass ich nicht mehr bereit bin, mich an der Solidaraktion im Rahmen des Gemeinderates zu beteiligen, sondern dass ich mein Geld dem Forum Zivilcourage zur Verfügung stellen möchte, Punkt, aus, weil ich mich an diesem peinlichen parteipolitischen Spiel, das vom Bürgermeisteramt offenbar getragen wurde, nicht beteiligen will, ganz einfach.

Bgm. Mag. **Nagl**: Du irrst in einem wesentlichen Punkt. Wenn du Gelder hier herinnen lässt, kann nicht jeder sagen, und das Präsidialamt und die Magistratsdirektion sollen bitte dort oder dahin überweisen, das kannst selber machen, das kannst du gerne privat machen und da steht auch nichts im Wege. Ich bin gerne bereit, auch über dieses Forum Zivilcourage, das du dort hast, dass wir das hineinreklamieren, dann kann man diese Beiträge, die du schon einbezahlt hast, ich glaube auch nicht, dass, selbst wenn jemand aus meinem Büro eine Antwort gegeben hat, dass die falsch gewesen sein sollte, weil da haben halt wahrscheinlich Leute auch nicht einbezahlt und mit dieser Feststellung müssen dann auch manche leben. So, wenn du einbezahlt hast zum damaligen Zeitpunkt, ich weiß das nicht.

GR. Mag. **Candussi**: Ich kann es dir belegen, ich habe alle Beläge von der Bank und wenn ich dann aus der Zeitung erfahre, ich habe nicht gezahlt,...

Bgm. Mag. **Nagl**: Da bin ich nicht verantwortlich, sondern musst mit denen reden, die da angeblich zitiert worden sind. Mir ist es nur wichtig, wenn du einbezahlt haben solltest, auch im heurigen Jahr, jetzt schon das ganze Jahr über, dann werden diese Gelder nur aus dem Topf herausbezahlt an jene Institutionen, die wir gemeinsam im Ausschuss und dann da im Gemeinderat beschließen und das wird beim nächsten Mal der Fall sein und wenn das Forum Zivilcourage mehrheitlich dabei sein sollte, dann reduziert sich einfach der Anteil beim Herrn Pfarrer Pucher und bei den anderen Projekten, die wir gehabt haben. Aus, so einfach ist es und sonst bitte ich dich, dass du das nicht einzahlst, dann aber auch klar und deutlich sagst, ich zahle es nicht ein, dann gibt es auch gar nicht solche Debatten und ich zahle es ins Forum Zivilcourage.

Mag. **Candussi**: Ich habe mit Datum 11. 10. ohnedies den Dauerauftrag gewechselt zugunsten des Forums, nur ich mag aber, dass das in diesem Jahr bisher von mir eingezahlte Geld nicht in diese Geschichte kommt, wo sich dann irgendwer das Mascherl umhängt, was er damit finanziert hat, sondern ich mag, dass das an einen Verein kommt, der das anonym macht und damit basta.

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann bitte ich dich im Ausschuss, wenn das...

Mag. **Candussi**: Und ich habe dir im Mail Kontonummer etc. mitgeteilt und ich bitte darum, das zu erledigen, das muss möglich sein.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das werden wir nur erledigen, wenn jetzt im Ausschuss und im Gemeinderat auch beschlossen wird, dass die Gelder dorthin gehen und das wird machbar sein, nehme ich an.

GRin. **Binder**: Also ich finde nicht gut, wenn der Vorschlag oder der Wunsch vom Hermann Candussi so abgetan wird. Bei der letzten Ausschusssitzung, das war eine relativ unappetitliche Geschichte, Herr Bürgermeister, denn gerade der Kollege Schönegger war derjenige im Ausschuss, der die Frage gestellt hat, bitte können Sie auflisten, wer einzahlt und wer nicht eingezahlt hat.

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Ich habe gefragt, wer eingezahlt hat.

GRin. **Binder**: Das geht in Richtung, wir haben das dann auch sehr engagiert diskutiert, es ist dann die klar Aussage gekommen, nein, da gibt es einen Datenschutz....

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Was hat das mit Datenschutz zu tun?

GRin. **Binder**: ...und ich denke, hast du den Magister in Juristerei gemacht, du müsstest das eigentlich auch wissen und vorher gab es dann diese Zeitungsmeldungen, vielleicht sind sie nicht aus Ihrem Büro gekommen, dann sind sie aus einem anderen ÖVP-Büro gekommen, ich weiß es nicht, will es jetzt auch gar nicht mehr wissen. Die Geschichte, warum das abgesetzt wurde, Herr Bürgermeister, war nicht, dass wir vielleicht diese Projekte so nicht mit unterstützen wollen, sondern

weil es ein Kollektivgeld ist, wie Sie jetzt auch gesagt haben, sollte es auch, und das war mehrmals der Wunsch, der an Sie gerichtet wurde, auch von meiner Seite, dass Sie eine Einladung aussprechen an die Klubs, dass man sich zusammensetzt und gemeinsam überlegt, an wen kann dieses Geld ausgegeben werden. Sie haben das nicht gemacht und das war auch der Wunsch dann im letzten Ausschuss. Es ist ja bis heute nicht passiert, ich habe mich selber gewundert, warum nie ein Vorstoß von Ihnen da kommt und das könnte man sofort und ganz einfach erledigen.

Zwischenruf Gr. Mag. Schönegger: Warum soll ein Vorstoß kommen, ist ja unvorstellbar.

GRin. **Binder:** Unvorstellbar, Herr Kollege Magister Schönegger ist, dass du kommst und sagst und wer hat nicht eingezahlt und die werden wir dann an den Pranger stellen. Da war es aus, weil das geht in eine ganz, ganz ungute Richtung, die du da angezogen hast. Aber du hast die Antworten von den Klubs eh gekriegt.

Bgm. Mag. **Nagl:** Frau Gemeinderätin, ich habe ein großes Interesse und auf das sollten wir uns jetzt auch einigen. Es sitzen alle Klubs in den Ausschüssen, es ist ein Gemeinderatsstück und so wie jedes andere Gemeinderatsstück in einen Ausschuss kommt, könnte man dort gleich sagen, kommt noch dazu Forum Zivilcourage die und die Summe und das wäre...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi unverständlich.

Zwischenruf GRin. Gesek: Jetzt seid einmal still und hört zu.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, das könnte man...was ist?

Zwischenruf GR. Mag. **Candussi** unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, das kannst du dort einbringen, aber du kannst allein nicht über ein kollektives Geld bestimmen, wo wir auch einzahlen. Nein, im Kollektiv allein nicht, da brauche ich einen Mehrheitsbeschluss und sonst bitte nicht dran teilnehmen und ich hätte es ganz gerne und das...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Dann überweise mir das Geld zurück, dann kann ich selber...

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, zuerst weiß ich gar nicht, wer alles eingezahlt hat, aber es ist jetzt, glaube ich, an der Zeit, drüber nachzudenken, weil sonst wird aus einer guten Idee ganz eine schlechte.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Das wurde es schon.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, wenn wir gefragt werden, ob eingezahlt wird, ja oder nein, und wir haben das vorgehabt, der Öffentlichkeit kundzutun. Ich glaube, dass es jetzt einfach gut ist, wenn wir einmal auflisten, wer was getan hat und wer nicht, das können wir gerne machen, das kann man dort auch diskutieren, dann ist die Debatte überhaupt weg. Ich habe durchbezahlt vom Anfang an und werde das auch jetzt bis zum März nächsten Jahres tun, das sind Daueraufträge und ich habe immer darauf gewartet, dass sich hier dieses kollektive Gremium auch auf die guten Zwecke einigt. An was anderem bin ich nicht interessiert und jetzt weiß ich, dass du den Wunsch hast, dass das Geld rauskommt, du wirst von meiner Fraktion die Unterstützung haben, dass zumindest auch die Summe, die du bis jetzt einbezahlt hast, dann ans Forum Zivilcourage kommt, vielleicht hilft dir das weiter, ich habe kein Interesse daran, ich wollte helfen im doppelten Sinne und ich glaube, das ist gut (Applaus ÖVP. Ich bitte auch immer, alle Unterstellungen wegzulassen und das ist mir auch wichtig und dann können wir das schaffen. Also ich bitte, im nächsten Ausschuss über diese Summen gleich von den Fraktionen her fertig zu verhandeln und dann können wir es im Gemeinderat beschließen.